



Schöne Neue Welt

Plenum

Begrüßung: Aldous Huxley

[Engl. Akzent] Willkommen im Jahr 2048 – es ist für Sie ihre erste Zeitreise, für mich übrigens auch. Aber ich musste sehr viel weiter reisen als Sie, für Sie es waren nur 30 Jahre, für mich 100 Jahre. Wir Literaten haben ja schon lange Bücher über die Zukunft geschrieben, da wurden sie noch nicht »Science Fiction« genannt. Wir wollten schon immer beschreiben, wie die Welt einmal aussehen wird. Mein Kollege George Orwell hat das ja – nach mir – auch schon getan, 1948 schrieb er das Buch 1984. Das waren ja keine Fantasien, sondern durchaus realistische Fortschreibungen von absehbaren Entwicklungen. Ich freue mich, dass wir das heute fortsetzen. Wir versuchen herauszufinden, was 2048 sein wird, 100 Jahre nach dem Buch des geschätzten Kollegen Orwell.

Ich dachte, mit dieser Zeitreise wir finden heraus, wie es aussieht in 2048, was bringt die Zukunft. Leider, nein, es ist viel komplizierter – aber deshalb auch spannender. Wir müssen nämlich feststellen, die Technologie der Zeitreise funktioniert nicht so perfekt, so wir sind gelandet in zwei verschiedenen Varianten von 2048. Eine utopische, eine positive Variante, nennen wir sie Plan A, und eine dystopische, negative Variante, nennen wir sie Plan B. Wir wissen aber nicht, welche die richtige ist. Es ist egal, was wir lieber hätten, was wir uns wünschen, was wir glauben. Möglich sind trotzdem beide Varianten.

Wir wollen heute und morgen diese möglichen Varianten genau anschauen. Was sind die Voraussetzungen für diese Varianten, wie konnte es dazu kommen, welche Akteure haben was getan, damit es so gekommen ist? Wir wollen verstehen, was sind die Voraussetzungen für jede Variante. Zwei Tage lang. Übrigens: Es gelten die Datenschutzgesetze von 2048, alles wird gefilmt, und wer nicht gefilmt werden will, muss wieder in das Jahr 2018 zurückreisen. You can check out anytime. Aber dann, Sie verpassen sehr viel. Einige Zeitreisende besuchen uns, die noch länger unterwegs waren als Sie. Und wir haben viel Kultur, viel Diskussion, viel Show und Inszenierung, und wir haben Future Food.

Ich bin sehr gespannt, denn es wird ja durchaus viel über die Zukunft diskutiert, meist prophetisch, oft apokalyptisch oder superoptimistisch, selten differenziert und realistisch, aber noch wichtiger: Zukunft ist nicht eine unveränderliche Bestimmung oder Schicksal, sondern ich freue mich, dass wir verschiedene Möglichkeiten und Optionen beschreiben, um Zukunft zu gestalten. Wir werden analysieren, warum es im Jahr 2048 so gekommen ist, wie es unsere Inputgeber beschreiben. „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“ Dieses Zitat stammt von Willy Brandt, und er hat es stets so gemacht. Er gehörte zu den wenigen, die es getan haben. Vielleicht gehören Sie bald zu denjenigen, die es auch tun.

Schauen Sie sich genau an, was unsere Inputgeber, die Protagonisten von Plan A und Plan B, präsentieren. Wie logisch ist es? Wie realistisch ist es? Ist es science, oder nur fiction? Fiction interessiert uns nicht, wir wollen wissen, was müssen wir tun, damit wir Plan A bekommen und nicht Plan B – aber vielleicht, Sie finden Plan A genauso wenig erstrebenswert wie Plan B, dann brauchen Sie Plan C. Whatever you want, der erste Schritt ist, Sie müssen verstehen, warum sich Plan A, B, C oder anderes durchsetzen kann. Sie können das nicht dem Zufall überlassen, Sie müssen verstehen, was Sie tun müssen, um Ihren Plan zu bekommen. Morgen Abend, ich hoffe, wir sind alle schlauer.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß und vor allem messerscharfe Diskussionen.

Thank you very much.



Plenum

Keynote: Margret Thatcher

Wenn ich richtig informiert bin, sind Sie hier eine Versammlung von Weltverbesserern. Solche Leute kenne ich. Die gibt es überall. Wissen Sie überhaupt, was Sie vorhaben? Sie wollen die Welt verändern? Davon reden alle, aber nur den wenigsten gelingt es. Ich meine jetzt nicht diejenigen, die irgendwo in einem Dorf mal eine Schule gebaut oder Autobahn verhindert haben oder so etwas, das sind ja Dinge, die Leute wie Sie schon als Weltveränderung feiern. Wir reden von der Welt, nicht von irgendwelchen Dörfern, verstehen Sie? Wenn Sie beim Thema Weltveränderung mitreden wollen, sollten Sie sich erstmal sachkundig machen. Also zum Beispiel mit jemandem reden, der wirklich die Welt verändert hat. Zum Beispiel mit mir.

Eigentlich sollte ich Ihnen gar nicht verraten, wie man die Welt verändert, denn Sie sind ja meine Gegner. Aber besonders viel traue ich Ihnen nicht zu, deshalb rede ich hier ganz offen.

Glauben Sie mir, wenn Sie die Welt verändern wollen, dann starten Sie ein Himmelfahrtskommando. Sie haben alle gegen sich. Auch diejenigen, die sagen, sie sind mit Ihnen – die meisten meinen das nicht ernst. Wenn es ernst wird, kneifen sie. Das ging mir auch so. Im Kabinett von Premierminister Edward Heath gab er mir immer Recht, wir müssten alles anders machen, und tat doch nichts. Es soll sich schon was ändern, aber es soll doch alles so bleiben wie es ist. Genau diese Mentalität, die gibt es überall. Ich musste ihn als Parteichef stürzen, ich stand allein gegen alle und ich gewann doch. Allein gegen alle kann man aber nicht gewinnen, Sie brauchen Verbündete, aber die müssen Sie sich gut aussuchen. Wer hat ein Interesse, etwas zu ändern? Nicht die erste oder zweite Garde des Establishments, die sind die Lordsiegelbewahrer des Status quo, und der Status quo ist ihr Werk. Die Hinterbänkler waren meine Verbündeten, die der Herr Premierminister immer nur als Stimmvieh behandelt hat. Viele hatten offene Rechnungen mit der Parteiführung. Rache ist süß, sagten die. Sie waren meine Hausmacht, aber ein Programm hatten die nicht, im Gegensatz zu mir. Sie waren Opportunisten, diese Leute haben Sie schnell als Freunde, wenn Sie Erfolg haben. Als ich Parteichefin wurde, glauben Sie mir, hatte ich plötzlich viele neue Freunde. So mancher hat

rechtzeitig die Seiten gewechselt, damit er nicht abgeräumt wurde. Aber ich warne Sie. Die meisten waren falsche Freunde. Freunde auf Zeit. Es gibt sie überall.

Ich gebe zu, ich habe auch gewonnen, weil man mich am Anfang gar nicht ernst nahm. Eine Frau will Parteichefin, will Premierministerin werden? Welch eine lächerliche Vorstellung! Es ist gut, wenn man Sie am Anfang nicht ernst nimmt, dieser Leichtsinn Ihrer Gegner rächt sich.

Meine erste Wahlperiode war nicht einfach, und es sah nicht gut aus für die Wiederwahl. Ich gebe zu, ich war vielleicht zu sehr damit beschäftigt, einen Gegner nach dem anderen in der eigenen Partei zu neutralisieren. Die Gelegenheiten dafür müssen Sie schaffen, Sie können sich nicht darauf verlassen, dass die von alleine kommen, auch wenn sie das manchmal tun. Aber das kostet viel Zeit. Sie können besser ein Land oder gar die Welt verändern, wenn sie nicht die Hälfte der Zeit damit beschäftigt sind, den eigenen Laden zu verändern.

Trotzdem, die Wirtschaftsdaten waren gut, und die Opposition hatte keine Antwort auf meine Politik, außer immer linksradikaler zu werden. Aber meine Botschaft war: Glaube an dich selbst, nicht an den Staat. Ich sagte: „So etwas wie eine Gesellschaft gibt es nicht. Du bist für dich selbst verantwortlich.“ Das kam gut an, sogar in der Jugend – der Sozialismus, den die Opposition, die Labour Party predigte, war so attraktiv wie alte Socken.

Die nächste Wahl habe ich tatsächlich gewonnen, und daran war die Unfähigkeit der Opposition genauso schuld wie meine eigenen Erfolge, und ich habe Großbritannien umgekrempelt. Nicht nur Großbritannien, als mein Verbündeter Ronald Reagan dann Präsident der USA wurde, haben wir wirklich gemeinsam die Welt verändert. Wir haben die Steuern umfassend gesenkt, Staatsunternehmen privatisiert, die Wirtschaft und den Finanzsektor dereguliert, die Gewerkschaften praktisch zerschlagen, alles dem Markt untergeordnet, das ganze neoliberale Programm. Alle sagten, das sei unmöglich, das geht nicht. Wir hatten anfangs alle gegen uns. Das ganze Establishment. Ganz Kontinentaleuropa, Ihren Bundeskanzler Kohl zum Beispiel. Der wollte nichts ändern mit seiner sozialen Marktwirtschaft. Was waren das für Waschlappen. Wenn Sie die Steuern senken wollen, also die Reichen reicher machen wollen, was machen Sie denn wenn die meisten Reichen entweder gar nicht kapieren was Sie vorhaben oder gar nicht reicher werden wollen? Natürlich haben wir nicht offen gesagt, wir wollen die Reichen reicher machen, aber wer eins und eins zusammenzählen konnte, der hat schon verstanden, dass das das Ergebnis unserer Politik sein würde. Wir haben es trotzdem durchgezogen, wir haben keine Kompromisse gemacht, schon gar keine faulen Kompromisse. Das geht nur mit dem unbedingten Willen zur Macht. So gesehen waren wir alles andere als konservativ, wir haben alles umgekrempelt. Wir haben polarisiert, wir haben zugespitzt. Aber glauben Sie, Sie brauchen langen Atem, viel Geduld, Sie müssen Kurs halten.

Ich rate Ihnen, suchen Sie sich nie falsche Verbündete. Manche Leute sind da sehr leichtsinnig. Schauen Sie genau hin, wer wirklich dasselbe will wie Sie. Analysieren Sie die Interessen, Ihre eigenen und die von möglichen Verbündeten. Der Feind meines Feindes ist mein Freund, ja, und deshalb: Taktische Allianzen, no problem. Strategische Allianzen mit den Falschen aber sind tödlich. Es kann Sie Ihre ganze Glaubwürdigkeit kosten. Am schlimmsten ist das, wenn Sie das zu früh tun, wenn Sie noch schwach sind – später können Sie diesen Fehler verkraften, aber am Anfang kann es Ihr Untergang sein. Und Sie müssen sich klarmachen, warum Sie die Welt verändern wollen. Machen Sie das aus Idealismus, weil Sie an Ihre Ideologie glauben? Oder machen Sie das weil Sie sich selber etwas davon versprechen? Natürlich werden Sie

sagen, Sie tun das aus Idealismus, ich würde sagen aus Ideologie, aber machen Sie sich nichts vor, viele Ihrer Mitläufer machen es weil sie sich materiell etwas davon versprechen. So wie viele der Hinterbänkler, die mich anfangs unterstützt haben. Ich habe viele Leute reich gemacht mit meiner Ideologie, aber nicht mich selbst. Das ist oft das Schicksal derer, die die Welt verändern.

Aber Sie wollen ja wissen, wie das genau geht, die Welt zu verändern. Sie müssen die Unzufriedenen auf ihre Seite ziehen, mit den Zufriedenen erreichen sie gar nichts, die wollen nichts ändern. Sie müssen den Unzufriedenen das Gefühl geben, sie tun was für die, auch wenn es gar nicht stimmt. Es reicht, wenn die das glauben. Unsere Gegner standen für den schlechten Status quo, wir für die bessere Zukunft. Ende der 1970er Jahre hatten die meisten Menschen in Großbritannien das Gefühl, so können wir nicht weitermachen, nur die politische Elite nicht. Wir standen für die Veränderung, ausgerechnet wir als Konservative, und irgendwann glaubte die Mehrheit genau das, jedenfalls glaubten sie eher uns als den anderen. Damit haben wir unsere Gegner so geschwächt, dass sie uns nicht mehr gefährlich werden konnten. Wir waren da nicht immer fair, Sie würden es vielleicht Propaganda oder psychologische Kriegsführung nennen, aber wenn Sie zu viel Rücksicht nehmen, können Sie die Welt nun mal nicht verändern. Schon deshalb werden Sie das nie schaffen, weil Sie zu viele Skrupel haben.

Entscheidend war, dass wir unsere Privatisierungsagenda rasch durchgezogen haben: Wasser, Eisenbahn, Post, Energie, einfach alles was man privatisieren und kommerzialisieren kann. Wir wollten den Staat umfassend aus der Wirtschaft zurückdrängen, alles dem Markt unterordnen. Dafür müssen Sie die Steuern für die Reichen drastisch senken, und dann machen Sie den Staat abhängig vom privaten Kapital, Sie machen ihn erpressbar, denn er braucht das Geld der Reichen, das er ihnen per Steuersenkung geschenkt hat, denn selber hat er ja jetzt nicht mehr so viel, verstehen Sie? Was vorher Allgemeingut war, habe ich zu Privateigentum gemacht, das den Gesetzen des Marktes folgt. Das fanden die Leute nicht schlimm, sondern gut, denn wir haben die Staatsunternehmen absichtlich schlecht gemanagt, so dass alle frustriert waren, am schlimmsten war es bei der Bahn. Hinterher war es nicht besser, manchmal sogar noch schlimmer, aber dafür teurer – aber das haben die Leute erst viel, viel später gemerkt. Okay, das hat nicht alles so geklappt wie wir dachten – aber ideologisch blieben wir 100 Prozent bei unseren Dogmen.

Drei Wahlen habe ich so gewonnen. Sie können lange suchen, bis Sie jemanden finden, der das vor mir geschafft hat. Aber glauben Sie mir, solange sie nur drei Wahlen nacheinander gewinnen, damit verändern sie noch lange nicht die Welt. Irgendwann verlieren Sie auch mal wieder, das ist nicht zu ändern. Gewonnen haben Sie erst, wenn auch die Opposition ihre Politik übernimmt, dann können Sie getrost eine Wahl oder sogar mehrere verlieren. Wenn Sie das schaffen, dann haben Sie gewonnen. Das ist uns gelungen, Ronald Reagan und mir. There is no alternative, irgendwann haben sie alle mein Mantra geglaubt. Nach dem Ende des Kommunismus war unsere Ideologie die Ideologie der Sieger. Schauen Sie sich Blair und Clinton an, die haben unsere Politik noch perfektioniert. Wir haben uns so umfassend durchgesetzt, nach uns hat sich unsere Ideologie, unsere Politik wirklich global ausgebreitet. Sie haben ja hier Ihren Schröder und Ihre Merkel, schauen Sie sich Trudeau, Macron und andere dieser Sonnyboys an – überall haben sie meine Politik und mein Motto kopiert: TINA. There is no alternative. Alternativlose Politik. Ihre Frau Merkel hat den schönen Slogan

geprägt, sie stehe für eine marktkonforme Demokratie. Schöner Spruch, ich beneide sie darum, aber so etwas kann man nur auf Deutsch sagen. Heute machen sie alle diese Politik, sogar die EU, meine verhasste EU, sie hat den Neoliberalismus in ihre Verträge geschrieben, er ist heute wirklich alternativlos.

Naja, so ganz stimmt das nicht, muss ich zugeben. Viele Leute sind damit heute unzufrieden, und es werden mehr. Es ist eigentlich wie 1979. Die Unzufriedenen, die ich damals eingesammelt habe, die gibt es heute ja auch. Aber wie Sie die einsammeln, davon haben Sie ja keine Ahnung, das machen andere.

Meine Damen und Herren,

alles das müssen Sie erstmal nachmachen, wenn Sie die die Welt verändern wollen. Die Welt im Jahr 2018, das Jahr aus dem Sie kommen, das ist das Resultat meiner Politik, von 40 Jahren Neoliberalismus. Ich habe die Welt verändert, nicht alleine, aber mit Erfolg. Wenn Sie mehr soziale Gerechtigkeit haben wollen, mehr Ökologie und all das was Sie so wollen, dann müssen Sie meine Politik rückabwickeln. Ein Riesenprojekt. Ich sage Ihnen nicht, dass das nicht geht. Leider. Nichts ist unmöglich. Sie müssen sich aber zuerst darüber im Klaren sein, ob Sie das überhaupt wollen, wirklich wollen. Wollen Sie vielleicht nur ein wenig klimafreundlicheren Neoliberalismus? Vielleicht einen Neoliberalismus, der mindestens 50% Biolebensmittel produziert? Das können Sie alles haben, kein Problem. Sie können einen Neoliberalismus haben mit Frauen in Führungspositionen, ganz easy, das habe ich ja schon vorexerziert, oder mit viel Toleranz für Homosexuelle. Der Neoliberalismus hat auch nichts gegen Migranten, billige Arbeitskräfte brauchen wir immer. Ich wette, die meisten unter Ihnen sind schon zufrieden, wenn es einige solcher kleiner Korrekturen gibt. Diese Korrekturen können Sie haben, dafür müssen Sie nicht die Welt verändern.

Aber wenn Sie wirklich die Welt verändern wollen, dann reicht das natürlich nicht. Ich wollte auch nicht nur die Nachkriegspolitik der sozialen Marktwirtschaft ein klein wenig ungerechter machen, nein, ich wollte sie ganz abwickeln. Wenn Sie in meine Fußstapfen treten wollen, wenn Sie die Welt verändern wollen, dann müssen Sie erstmal definieren, was Sie eigentlich wollen. Dann müssen Sie wissen, wer ihr Feind ist und wer ihr Freund, dann müssen Sie den Feind schwächen und delegitimieren wo Sie nur können und dürfen keine Bündnisse mit ihm eingehen, sonst erreichen Sie das Gegenteil. Deswegen habe ich mit den Gewerkschaften keine taktischen Bündnisse gemacht, Sie waren der Feind. Sie müssen die Unzufriedenen um sich scharen, Sie müssen die Zufriedenen marginalisieren, sie müssen dafür sorgen, dass die Stimmung im Lande klar sagt: so geht es nicht weiter, wir müssen alles ändern, und dass Sie diejenigen sind, die das machen. Sonst kommen andere, und die sammeln die Unzufriedenen mit einem anderen Programm ein. Unzufriedene sind nämlich nicht sehr wählerisch, wem sie nachlaufen. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben, sagte Michail Gorbatschow, und da hat er recht, das gilt auch hier.

Weil Politik Psychologie ist, brauchen Sie ein paar symbolisch aufgeladene Entscheidungsschlachten. Ich habe die Bergarbeiter plattgemacht, den großen Bergarbeiterstreik habe ich mit eiserner Konsequenz durchgestanden. Die haben geglaubt, wenn sie die Kohleförderung stoppen, zwingen sie die Regierung in die Knie – welch ein Irrtum. Wir haben die Kohle jahrelang importiert, und als den Gewerkschaften irgendwann die Luft ausging, brauchten wir gar keine britische Kohle mehr. Danach waren die Gewerkschaften

platt, von denen drohte keine Gefahr mehr. Glauben Sie mir, das hat mich populär gemacht, denn die dauernden Streiks gingen ja vielen Leuten auf die Nerven, damit habe ich aufgeräumt. Schon Napoleon sagte, wenn dein Gegner einen Fehler macht, hindere ihn nicht daran. Wahre Worte. Dass die Argentinier die Falklandinseln besetzt haben, war ein Geschenk des Himmels, ein schöner Krieg den man gewinnt, das hilft immer. Die poll tax, die Kopfsteuer, eine einheitliche Steuer für alle, reich oder arm, egal, die Krönung des neoliberalen Traums, das war die Entscheidungsschlacht, bei der ich mich verrechnet habe. Wir haben sie durchgezogen, aber es war ein Pyrrhussieg. Das war der Anfang von meinem Ende. Was sind Ihre Entscheidungsschlachten? Der Hambacher Wald? Wackersdorf? Wissen Sie nicht? Wundert mich nicht, aber denken Sie mal nach und suchen Sie sich welche aus, aber nur solche die Sie wirklich gewinnen können.

Natürlich ist heute auch manches anders als zu meiner Zeit. Am meisten gilt das wohl für die Rolle der Medien. Ich hatte sie bald fast alle auf meiner Seite, nicht so ganz zufällig, ich habe dafür gesorgt, dass sie großen Pressehäuser in die richtigen Hände kamen. Es war Gold wert, dass die Medien auf meiner Seite waren, das wird Ihnen nie passieren. Wenn Sie die Medien gegen sich haben, ist Ihr Projekt nicht einfach. Vor allem, weil in Ihrem Land alle noch an die Medien glauben, vor allem Sie selbst, im Gegensatz zu Großbritannien. So sehr ich ihn ablehne, aber ich habe Respekt vor Jeremy Corbyn, der jetzt mein Projekt rückabwickeln will. So gründlich wie der mit den neuen sozialen Medien Politik macht, für mich ist das ja auch Neuland, zu meiner Zeit hatten wir das ja noch nicht. Aber wie der die traditionellen Massenmedien ins Abseits schiebt, das muss zu denken geben. Der arbeitet nicht mehr mit den Massenmedien, sondern an ihnen vorbei. Davon können Sie viel lernen, aber nicht von mir. Sie haben in dieser Hinsicht ganz andere Möglichkeiten als früher, aber das haben Sie vermutlich noch gar nicht kapiert.

Jetzt habe ich Ihnen doch mehr verraten, als ich eigentlich verraten wollte. Sie sind schließlich meine Gegner. Wenn Sie gut zugehört haben, dann haben Sie jetzt einiges gelernt, wie ich damals die Welt verändert habe, mit sehr wenigen wirklichen Verbündeten, als Oppositionsführerin die gerade den eigenen Parteichef weggeputscht hatte und dann 1979 die Wahl gewann und die erste Premierministerin Großbritanniens wurde. Die Radikalität meines Programms verstand anfangs kaum jemand - freuen Sie sich, wenn man Sie unterschätzt, das ist eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg. Wie wir die Welt geschaffen haben, in der Sie heute leben, in der Sie groß geworden sind - die Welt, die heute auch Sie, oder die meisten von Ihnen, vor allem die Jüngeren, für alternativlos halten.

Dennoch, ich warne Sie. Überlegen Sie sich gut was Sie tun, wenn Sie die Welt verändern wollen. Es kann auch schiefgehen. Es ist immer bequemer, sich im Status quo einzurichten, jedenfalls solange man noch zu den Besserverdienenden gehört, und ich bin sicher, das sind auch Sie. Sie sind doch, seien Sie ehrlich, auch Profiteure meiner Politik. Freuen Sie sich, dass Ihr Paketbote, Ihr Pizzabote, Ihre Kitaerzieherin, Ihre Krankenschwester so wenig verdienen, das alles ist bares Geld für Sie. Freuen Sie sich, dass Sie als Investoren überall einen roten Teppich ausgerollt bekommen, wenn Sie investieren wollen, zum Beispiel in Immobilien. Leute wie Sie gehören fast alle zu den Besserverdienenden, zu den Profiteuren meiner Politik. Aber egal, ich weiß, Ideologie ist stärker als materielle Interessen. In einem sind sich Arme und Reiche ähnlich: sie können einer Politik, einer Ideologie hinterherlaufen, die gegen ihre materiellen Interessen geht.

Wenn Sie also doch auf Idee kommen sollten, ihren Plan A durchzuziehen, lernen Sie von mir. Lernen Sie von denen, die es geschafft haben, die Welt zu verändern. Es sind keine Geheimnisse, wir haben das alles ziemlich öffentlich gemacht. Unterschätzen Sie den Gegner nicht, niemals, aber seien Sie sich vor allem im Klaren darüber, wer der Gegner ist. Machen Sie keine Bündnisse mit dem Gegner, in der Hoffnung, dass er dann vergisst, dass Sie sein Gegner sind. Setzen Sie nicht auf Konsens, niemals, denn im Konsens hat noch nie jemand die Welt verändert. Sie müssen polarisieren, sonst siegt der Status quo. Die Welt verändern immer nur Minderheiten, die irgendwann eine Mehrheit mitziehen. Gegen mich hätten Sie keine Chance gehabt. Aber ich glaube, Sie können ein formidabler Gegner sein für meine Nachfolger, weil die nicht mehr so gut sind wie ich. Gegen die können sogar Sie gewinnen. Wären Sie so gut wie ich, hätten Sie längst gewonnen. Wenn Sie so gut werden wollen wie ich, müssen Sie sich mehr anstrengen, viel mehr anstrengen, und viel mehr von mir lernen. Mehr verrate ich Ihnen nicht.

Thank you very much.



Plenum

Plan A: Herta Däubler-Gmelin

Anmerkung: Bei diesem Text handelt sich um ein fiktives Zukunftsszenario im Rahmen der Konferenz Schöne Neue Welt (www.snw2048.de). Der Text spiegelt nicht unbedingt die reale Meinung der Vortragenden wieder, die hier eine Rolle eingenommen haben. Die Szenarien orientieren sich an der fiktiven Zeitleiste, die den roten Faden für alle Szenarien bildet und auf der Website zu finden ist. Der folgende Text stellen nur die Eingangsstatements dar. Im Anschluss folgte eine Diskussion zwischen Plan A und Plan B sowie eine Auseinandersetzung mit den Teilnehmenden.

I.

Wir leben noch. Und das trotz Pessimismus und resignativer Haltung, die am Ende der 2010er Jahre immer stärker um sich gegriffen haben.

Schon deshalb vertrete ich hier gern Plan A, also das Szenario mit der Auffassung, dass wir unsere Zukunft gestalten können.

Damals ließen sich sehr Viele von den Lasten, Gefahren und Problemen beeindruckten, die wie wir alle noch in Erinnerung haben, und die sich seit langem in Deutschland und Europa, aber auch global aufgestaut hatten. Sie sahen, um nur einige der Probleme zu nennen, die Konflikte und Bürgerkriege, die wachsende Aufrüstung – auch mit deutschen Waffen – und viele weitere Ursachen der zunehmenden Migrationsbewegungen. Sie ließen sich von der Hetze der Rechtsextremisten gegen Flüchtlingen beeindrucken. Und Sie sorgten sich um die Bedrohung, ja Zerstörung der lange für belastbar gehaltenen internationalen Ordnung. Das – und die wachsende Aggressivität vieler der damals Mächtigen – drohte auf einen neuen Krieg, möglicherweise einen letzten Krieg hinauszulaufen, der zum Ende der Menschheit führen könnte.

Das ist so nicht eingetreten: Zwar gab es Kriege leider bis heute immer wieder. Mit schrecklich vielen Toten und grausamen Menschenrechtsverletzungen. Und immer wieder wurden Minderheiten gequält, die wegen ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer Religion, ihrer sexuellen

Orientierung oder auch körperlichen oder sonstigen Behinderung zu Sündenböcken einer aufgehetzten Bevölkerungsmehrheit herhalten mussten.

Allerdings fanden sich dann auch immer wieder Menschen mit Vernunft, die nach Ausgleich suchten. Und fanden. Bis heute.

Was schließen wir daraus?

Fortschritt und Gestaltung unseres Lebens und unserer Gesellschaft sind möglich, wenn auch immer mit Rückschlägen und vielen Umwegen verbunden. Und nur dann, wenn wir immer neue Versuche starten, wenn wieder einmal einer gescheitert ist.

Sie werden sich wundern, dass heute eine über 100 – Jährige Aktive zu Ihnen spricht. Ich bin aufgefordert worden, über meine Erfahrungen zu berichten, die mittlerweile eine Zeit von über 70 Jahren umfassen.

Übrigens: Von meinem Geburtsjahrgang lebt – laut dem Bundesamt für Statistik – noch ein erheblicher Anteil, man spricht von über 5 %, und davon mehr als die Hälfte bei altersmäßig bereinigt ganz ordentlicher Gesundheit. Das zeigt, dass Medizin, Technik und die dafür erforderlichen Finanzmittel zu Fortschritten fähig sind und eine Menge Verbesserungen für Leben und Lebensqualität zustande gebracht haben – allerdings im Wesentlichen sind Privilegierte die Nutznießer, zu denen ich mich zählen kann.

Zwar ist in den letzten Jahrzehnten die Lebenserwartung in Mitteleuropa – die Zuwanderung einbezogen – allgemein auch angestiegen und auch der Gesundheitszustand der Älteren. Dennoch ist klar, dass gerade auf diesem Gebiet vieles vom Geldbeutel abhängt. Hier fällt die Ungleichheit stark auf und auch die Tatsache, dass der Fortschritt, hier der medizinisch – technische, wie wir wissen, nicht automatisch allen gleichermaßen zugutekommt.

Das schafft immer neue Unzufriedenheit. Deshalb fordern auch heute viele Bürgerinnen und Bürger von der Politik immer lauter, Ungleichheit endlich wirksamer als bisher zu bekämpfen – mit den dafür notwendigen Finanzmitteln. Das gilt für die Gesundheitsversorgung, aber auch für die soziale Sicherheit.

Aber, das alles ist für Sie nichts Neues: Sie alle kennen ja das Ziel Nr. 10 der SGD (Sustainable Development Goals) und wissen, dass Ungleichheit Gift für jede Gesellschaft ist, die zukunftsfähig sein will. Die wirksame Bekämpfung von Ungleichheit ist Voraussetzung jeder nachhaltigen Gesellschaft. Da sind wir noch längst nicht gut genug, aber wir sind einige Schritte auf dem Weg zur Verwirklichung dieses Ziels vorangekommen, wenn auch noch weit von ihm entfernt. Wir haben uns in den vergangenen 3 Jahrzehnten auf eine Politik konzentrieren müssen, die den sogenannten planetarischen Grenzen sehr viel mehr an Aufmerksamkeit widmet als früher. Sie wissen, wovon ich spreche, weil diese Probleme auch 2018 schon heftig diskutiert wurden: Stopp der Erderwärmung, Umsteuern der Wirtschaft in eine volle Recycling-Wirtschaft und Förderung der Familienplanung durch menschenwürdige wirksame Verbesserung der sozialen Lage, der Rechte und der beruflichen Möglichkeiten der Frauen weltweit.

II.

Wie leben wir heute im Vergleich zu 2018?

Nochmals: Sie erinnern sich an die 2. Hälfte der 2010er Jahre, als der Frust an Politikern und Parteien, an der Politik, ja am System der Demokratie wegen deren Abhängigkeit von Reichen, Mächtigen und – mittlerweile globalen – Marktfaktoren die Gefühle der Menschen und die Diskussionen in der Öffentlichkeit immer stärker bestimmte. Rechtsextreme Propheten nutzten die Unfähigkeit zu Veränderungen aus und propagierten den gefährlich irrealen Rückzug auf das Nationale, Einfache und Überschaubare – und verbuchten damit Erfolge.

Zukunftsangst griff um sich, weil Probleme und Veränderungen aus Globalisierung und Digitalisierung Jahr für Jahr deutlicher in Erscheinung traten, aber weder offen kommuniziert wurden, noch bei den maßgeblichen politischen Entscheidern zu Folgerungen, also zu Veränderungen führten.

Viele Menschen verstanden nicht mehr, wie in unserer Demokratie Fortschritt möglich, eine lebenswerte Zukunft für alle, oder Zukunft überhaupt gestaltet werden könne. Manche schielten deshalb auch auf autoritäre Systeme und deren vermeintlich effizientere und schnellere Entscheidungsstruktur, freilich, ohne diese Herrschaftssysteme zu kennen oder gar dort leben zu müssen. Hinzu kam die immer deutlicher werdende Erkenntnis, dass Zeit für Veränderungen anders als vielleicht früher, auf vielen Feldern nur noch sehr begrenzt zur Verfügung stand. Ich spreche jetzt wieder von den schon erwähnten planetarischen Grenzen, also von Erderwärmung und Klimawandel, aber auch von der Endlichkeit der vorhandenen Ressourcen bei wachsender Weltbevölkerung.

Kurz, der Druck auf Politiker, Politik und das damalige System der repräsentativen Demokratie nahm ständig zu – trotz hoher Beschäftigung und durchaus vorhandenem Wohlstand – im damaligen Deutschland.

Heute im Jahr 2048 leben wir keineswegs in einer Welt des Heils, aber Zukunftsangst und Frust sind – so sagen uns alle Umfragen – deutlich niedriger als vor 30 Jahren. Vertrauen in die Gestaltbarkeit unseres Lebens und unserer Gesellschaft sind wieder vorhanden – durchaus nicht nur bei Menschen wie mir, die sich schon immer durch eine spezifische Mischung von gesellschaftspolitischer Vision, Analysefähigkeit, kreativer Naivität und neugieriger Lust am Ausprobieren ausgezeichnet haben.

Wir sehen, dass heute immer mehr Menschen Neues ausprobieren, was dann Vorbild für andere sein kann. Es ist außerdem auch gelungen, politische Strukturen zu schaffen, die Veränderungen schneller möglich machen, die das Scheitern nach Veränderungsversuchen korrigierbar und damit erträglich und Neuanfänge nicht nur denkbar machen, sondern dazu ermutigen.

III.

Was hat sich in den vergangenen Jahren nicht verändert? Was konnten wir also erhalten:

Bevor ich auf die inzwischen erreichten Veränderungen und deren Kontexte eingehe, will ich zunächst einen Blick auf die Grundlagen unserer Gesellschaft werfen, die wir erhalten wollten und erhalten konnten: Das ist zunächst unsere Verfassung mit den darin enthaltenen Rechten für jeden einzelnen Menschen und seiner Würde, sowie die Unabhängigkeit der Gerichte. Die Ewigkeitsgarantie für die Garantie der Menschenrechte und die durch die Verfassung gesicherten Grundprinzipien wirkt – darauf wollten und wollen wir nicht verzichten.

Übrigens, wir erinnern uns: Vor 100 Jahren im Herbst 1948 haben sich die vielen Väter und wenigen Mütter des Parlamentarischen Rates auf den Weg gemacht, der dann zu unserer Verfassung geführt hat.

Erhalten, ja ausbauen konnten wir – und das ist mir grundlegend wichtig – außerdem vielfältige und plurale Qualitätsmedien zur Sicherung der Freiheit von Information und Meinungsäußerung für Jeden von uns. Das war nicht immer leicht, aber wir haben nicht nur die öffentlich-rechtlichen Medien gegen alle Kommerzgerier funktionsfähig erhalten und mit zusätzlichen Anforderungen an Qualitätsjournalismus verbessert.

Durch die öffentliche Subventionierung von Stiftungsmedien im Printbereich mit online Ausgaben und Qualitätsjournalismus wurden vielmehr Pluralität und Informationsvielfalt auch bei Zeitungen und Zeitschriften, aber auch Büchern – elektronischen und gedruckten – gesichert. Das hat viel Mühe und Überzeugung gekostet, weil der damalige Trend in der Gesellschaft zum scheinbar kostenlosen kommerziellen Infotainment überwunden werden musste, das sich früher unseren Hang zu Bequemlichkeit und entsolidarisierendem Geiz bekanntlich so wirkungsvoll nutzbar machte.

Schließlich mussten wir im Lauf der 20er Jahre auch unsere Haltung zu den „sozialen Medien“ korrigieren, die in den Jahren davor als das Nonplusultra der individuellen Freiheit und der freien Meinungsäußerung für alle angesehen wurden. Diese Einschätzung entpuppte sich jedoch schon 2018 als schöner Traum: Beleidigungen, Mobbing, aber auch Manipulation in vielerlei Varianten waren ebenso wie verdeckter politischer und kommerzieller Einfluss mit der Folge großer Gefahren für die Aushöhlung der Demokratie durch den Missbrauch Machtgieriger und Großunternehmen lange Jahre hindurch schlicht ausgeblendet oder verdrängt worden. So ab 2017 wurden diese Probleme und die Gefahren jedoch erkannt und dann, 2019, durch ein europäisches Gesetz, also eine Rechtsverordnung, wirksam gestoppt. Damals allerdings geschah das unter dem manipulativen Vorzeichen der Terrorismus- und Kinderpornographie – Bekämpfung. Heute würden wir das nicht mehr so begründen. Aber wichtig war, dass die für elektronische Medien und Printmedien geltenden durchaus scharfen presserechtlichen Regelungen auch auf die sozialen Medien und deren Träger ausgeweitet wurden.

Das hatte einschneidende Folgen nicht nur für die Löschung von Mobbing-Beiträgen und Fake News im Internet und in den sozialen Medien. Auch das Recht auf Gegendarstellung und Schadensersatzansprüche von Betroffenen halfen dabei, die strafbaren und die schlicht falschen Behauptungen in sozialen Medien und Internet zurück zu drängen. Manche Verleumder und kommerzielle Fake News Agenten kamen in arge Verlegenheit; politisch und

kommerziell motivierte Manipulatoren müssen seit jener Zeit immer neue, immer teurere Wege für ihre Serientrolle und maschinellen Bots oft Likes finden. Das ist nicht ganz leicht – Missbrauch und Manipulation haben heute deshalb viel von ihrer Wirkung verloren.

IV.

Politik am Scheideweg

Und nun zur Politik, den Entscheidungen, die getroffen wurden und zu ihrem Kontext.

Die Zeit vor 2020 war spannend: 2018 galt der Satz „Denn sie tun nicht, was sie wissen“ für die Politik der demokratisch gewählten Entscheider und Entscheidungsgremien in vielerlei Bereichen. Oder, sie tun es nicht schnell genug, um den ja zeitlich nicht mehr lange hinauschiebbaren planetarischen Grenzen Rechnung zu tragen.

Warum war die Politik so zögerlich? Obwohl ja, wie gesagt, dort auch Viele wussten, was nötig und dringlich war. Man kann heute deutlich ausmachen, dass es der Einfluss der – auf Gewinn orientierten – Großwirtschaft war, der im Interesse der in den Jahrzehnten davor ständig angewachsenen Großvermögen und der marktbeherrschenden Faktoren bremste oder stoppte. Damit wurde es für Parteien und Parlamente immer schwieriger, Veränderungen im Interesse der Gesamtbevölkerung durchzusetzen. Ungleichheit nahm zu, die Unterversorgung von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Alten erreichte trotz Wohlstandsgesellschaft immer höhere Stufen. Reichtum wuchs, konzentrierte sich aber auf Wenige und Großvermögen, die – aufgrund ihres Einflusses auf Regierungen, Parlamente und Öffentlichkeit – zu den Lasten der Gemeinschaft viel zu wenig herangezogen wurden. Auch die öffentliche Infrastruktur verfiel zunehmend, Erneuerungsbedarf zeigte sich überall und immer dringlicher, die notwendigen Folgerungen wurden jedoch nicht gezogen.

Ein weiteres Hindernis wurde immer deutlicher: Während große Wirtschaftsunternehmen sich in jenen Jahren global organisieren konnten, war das für demokratische Staaten bekanntlich weit schwieriger. Der Vorteil aus der – neoliberal konzipierten – Globalisierung stärkte deshalb diese Wirtschaftsunternehmen weiter zulasten der demokratischen Staaten, ja zulasten der demokratischen Grundprinzipien.

Die Abhängigkeit des damaligen demokratisch-repräsentativen Systems von kommerziellen Interessen und seine Unfähigkeit, die im Interesse der Bevölkerungsmehrheit erforderlichen Reformen durchzusetzen, verstärkte sich durch die Tendenz von Politikern der damaligen Regierungsparteien, ständig die vermeintliche Alternativlosigkeit ihrer Marktconformität zu propagieren, sprich: im Interesse von Großwirtschaft und Vermögenden getroffenen Entscheidungen zu propagieren. Das hat viele Menschen zusätzlich politikverdrossen gemacht und am demokratischen System zweifeln lassen.

Und die Zivilgesellschaft? Deren Aktivitäten nahmen zu – eindrucksvoll. Sie wuchs zwar und wurde immer aktiver in vielen Ländern: in Deutschland, aber auch in der EU und darüber hinaus. Organisationen wie das globale Soziale Forum, „attac“ und viele andere erhielten immer mehr öffentliche Aufmerksamkeit, wenn sie gegen die Veränderungsunfähigkeit und die neoliberale Marktpolitik anrannten. Allerdings hielt diese öffentliche Aufmerksamkeit

meist nicht lange genug an, um politisch wirksam zu werden oder sie konzentrierte sich auf den jeweiligen besonderen Schwerpunkt – Umwelt und Klimawandel, Soziale Sicherheit, Gerechtigkeit.

Insgesamt also machte sich die Zivilgesellschaft durchaus stärker bemerkbar. Da sie aber überwiegend fragmentiert agierte, schaffte sie es kaum, sich zusammen schnell genug oder häufig genug zusammen zu schließen und gemeinsam zu agieren. Sie konnte die von der Wirtschaft abhängige Aushöhlung der Entscheidungsfähigkeit der Parteien und Regierungsmehrheiten im Interesse der Mehrheitsbevölkerung nicht genügend aufhalten oder gar konterkarieren. Aus heutiger Sicht lässt sich jedoch feststellen, dass die Proteste, Forderungen und Vorschläge aus der Zivilgesellschaft doch großen Nutzen hatten. Die Zivilgesellschaft wurde selbstbewusster und lernte mit der Zeit, immer präzisere Forderungen aufzustellen, die sich konkret auch auf Bereiche wie FTAs, Datenschutz, Kohleausstieg und Ende der Verbrennungsmotoren, Verkehrswende, also auf wichtige Fragen der planetarischen Grenzen bezogen. Da sie von den gewählten Regierungen und Parlamenten nicht oder zu wenig aufgenommen wurden, wuchs der allgemeine Frust in der Bevölkerung. Das zeigte sich alsbald in Wahlen: Dort erhielten rechtsextreme Frust- und Protestparteien mit ihrer Kritik an Globalisierung, EU, Migration und Fremden, und der Konzentration ihrer Propaganda auf Einheimische und Nationales immer mehr Zulauf....

Die teilweise extrem schlechte Administrierung der Migrationsfragen diente dann – trotz der millionenfachen ehrenamtlichen Engagements der Zivilgesellschaft – den rechtsextremen Populisten geradezu als Brandbeschleuniger.

V.

Was waren die wesentlichen Änderungsfaktoren bis heute?

Wenn wir heute zurückblicken, sehen wir also viel Unruhe, aber auch viel Neues und Konkretes in der Zivilgesellschaft, also außerhalb des traditionellen Bereichs „der Politik“.

Immer stärker stellte sich die Frage, wie „die Politik“ dazu bewegt werden konnte, Vorschläge aus der Zivilgesellschaft aufzunehmen und zu unterstützen. Das gelang dann auch – in interessanten, auf den ersten Blick jedoch eher harmlos und bürokratisch scheinenden Strukturveränderungen im politischen Bereich, die allerdings erhebliche Auswirkungen hatten. Diese Veränderungen waren nur möglich, weil sich die davor immer wieder erfolgreichen Volksparteien viel zu lange auf ihre Unzerstörbarkeit verließen und dann von Wahl zu Wahl an Unterstützung einbüßten, weil ihre Wählerinnen und Wähler zuhause blieben oder zu rechtsextremistischen Protestparteien abwanderten.

Die Volksparteien wurden schwächer. Dann setzte bei den jüngeren politisch Aktiven auch in Parteien das Nachdenken ein. Viele dieser jungen Leute fingen an, sich um ihre politische Zukunft Sorgen zu machen. Das beförderte deren Forderung an ihre Regierungs- und Parteioberen, sich deutlich mehr als bisher den zuvor meist mit erheblicher Arroganz abgewiesenen Überlegungen aus der Zivilgesellschaft zu öffnen. Angetrieben wurden Viele durch eigene Überzeugung, andere durch den Wunsch, auf diese Weise in Wahlen Unterstützung zu erhalten.

Auf diesem Wege – und durch diesen politischen Druck – wurden Forderungen und Vorschläge aus der Zivilgesellschaft, die dort durch Ausprobieren ganz unterschiedlicher Wege, durch Scheitern und Erfolge in der Praxis ihre Tauglichkeit erwiesen hatten, endlich mehr in die Entscheidungen des Bundestages einbezogen.

Der Widerstand aus Kreisen der bisher übermächtigen wirtschaftlich Mächtigen und Einflussreichen blieb zwar bestehen, war aber wegen des Erfolgszwangs, der auf den politisch Handelnden und den Parteien in der Zeit der bevorstehenden Wahlen lastete, weniger wirksam.

Die folgenden Beispiele zeigen nur eine kleine Auswahl der damaligen Ereignisse, machen jedoch deutlich, wo, wie und warum Veränderungen möglich wurden, die – durchaus mit Weiterentwicklungen – bis in die heutige Zeit wirken.

2018

Noch 2018 – unter dem Einfluss der bevorstehenden EP – Wahlen im Mai 2019, vereinigte sich die EU- Zivilgesellschaft und forderte in EU- weiten riesigen Demonstrationen und Unterschriftensammlungen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, die sog. Angemessenheitserklärungen der EU – Kommission nach Art. 44 ff DSGVO gegenüber Guernsey und Jersey aufzuheben.

Das beschloss das EP in einer seiner letzten Sitzungen im Februar 2019. Ab 2020 wurde somit die Forderung nach Transparenz im Bereich dieses britischen Kanals – Safe Havens umgesetzt. Großbritannien erhielt ein akzeptables Zoll-Abkommen im Rahmen des Brexits erst, nachdem es zugesagt hatte, endlich diese „Steuerparadiese“ auszutrocknen. Das geschah – und brachte ab 2020 nicht nur Deutschland, sondern allen EU- Mitgliedsstaaten erhebliche Steuerzuflüsse, die zum Ausbau der maroden Infrastruktur in den ländlichen Bereichen verwendet werden konnten.

Die – ebenfalls britisch beeinflussten – Steueroasen der „Cayman Islands“ blieben wie auch andere noch eine ganze Weile länger bestehen. Allerdings wurden in den 40er Jahren zahlreiche Steuer-CDs erworben und so wenigstens die „Kavallerie“ in Marsch gesetzt.

2019:

1. Beschluss

Im Februar 2019 verpflichtete das Europäische Parlament die EU- Kommission zusätzlich dazu, mit der Schweiz zu verhandeln. Die Forderung war, das Bankgeheimnis nicht nur – wie geschehen – im Hinblick auf USA oder EU- Steuerbürger aufzuheben, sondern gefälligst auch die Konten der griechischen Reeder und der Eliten afrikanischer und anderer Staaten, die Empfänger von ODA oder Subventionen von Geberstaaten oder internationalen Geberorganisationen sind, transparent zu machen. Der Grund für diese Entscheidung war die Erkenntnis, dass die griechischen Reeder keinerlei Beiträge zur Überwindung der Griechenlandkrise geleistet hatten. Die Eliten der afrikanischen Staaten aber waren

bekanntlich durch Korruption und mangelhafte Governance in hohem Maße mitverantwortlich für die fehlenden Bildungs- und Lebenschancen ihrer wachsenden und immer jüngeren Bevölkerung und damit auch für den steigenden Migrationsdruck.

Die Umsetzung dieses – Beschlusses des europäischen Parlaments hat dann doch bis 2029 gedauert, dann aber maßgeblich zur Absenkung des Auswanderungsdrucks beigetragen. In den Jahren hatte diese Transparenzforderung auch schon sehr positive Auswirkungen: Sie hat die globale Diskussion über das ausbeuterische Verhalten dieser Eliten und die nötige Rückführung der Korruptionsgelder zur Verbesserung der Lage in den betreffenden Staaten erheblich befeuert.

2. Vorbereitung maßgeblicher Beschlüsse durch die internationale Zivilgesellschaft

2019 hat das Sekretariat der UN- Klimakonvention Öffentlichkeit, Regierungen, Umweltschutzorganisationen und die globale Versicherungswirtschaft zu einer Konferenz nach Bonn eingeladen, um die katastrophalen Schäden der Klimaerwärmung im Jahre 2018 und deren Folgen, aber auch die unzureichenden Ergebnisse der deutschen Klima- und Kohlekommission zu erörtern.

Auf dieser in der Öffentlichkeit viel beachteten Konferenz gaben die Versicherungsunternehmen nicht nur die schockierende, alles bisher Bekannte übersteigende Höhe der schrecklichen Unwetterschäden bekannt, sondern – als Folge – auch eine außerordentlich signifikante Erhöhung ihrer Versicherungsprämien für Unternehmen und Privatleute.

Beides erhöhte unter Verstärkung durch die Medien den Druck auf die politischen Entscheider, endlich nationale Konzepte für die Verkehrswende (Mobilität unter Berücksichtigung der Veränderung der Arbeitswelt durch die digitale Durchdringung) bis 2021 vorzulegen und die Umsetzung bis 2025 zu garantieren.

Auch die Forderung nach schnellem Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2030 wurde beschlossen und zugleich als Ausgleich die Verlegung von Bundesbehörden aus dem Bereich München und Frankfurt in die Braunkohlebereiche im Osten und ins Ruhrgebiet.

Als dritter Punkt wurde entschieden, Verbrennungsmotoren nur noch bis 2035 zuzulassen.

3. CDU-Vorsitz Merz und Ende der Ära Merkel

Nach dem vorzeitigen Ende der Ära Merkel, die im Herbst 2018 eingeläutet wurde, brauchte auch die neue CDU - Führung Erfolge, um sich wieder mehr Unterstützung in Wahlen zu sichern. Das versuchte sie vorübergehend auch mit Angeboten zur Besserstellung von Arbeitslosen und Beschäftigten, bevor sie wieder in ihre übliche einseitige Wirtschaftsfreundlichkeit zurückfiel.

Im Anschluss an die bahnbrechende öffentliche Anhörung des Bundesverfassungsgerichts Mitte Januar 2019 zu den seit Jahren bekannten Problemen von Hartz IV hat die Koalition aus CDU/CSU und SPD deshalb beschließen können, die Hartz-Beschlüsse von 2002 endlich

vollständig aufzuheben und vernünftigeren Regelungen, auch zur fairen Gleichstellung von Leiharbeit einzuführen. Auch die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen wurde 2020 abgeschafft. Dieser Vorschlag verunsicherte nicht nur die Wirtschaft in hohem Maße, sondern auch FDP und AfD. Sie alle wurden jedoch durch die Abschaffung des Soli ruhig gestellt. Die SPD stimmte in der Regierung beiden Beschlüssen zu und widmete sich dann beschleunigt der ihrer Antwort auf die längst fällige Frage, warum die SPD im 21. Jahrhundert erforderlich sei. Die Grünen zeigten sich kaum beeindruckt.

Weil die vorgezogenen Neuwahlen des Bundestages im Frühsommer 2020 stattfinden mussten, konnten diese Beschlüsse erst einige Jahre später – und dann nach den Vorgaben des Urteils des BVerfG – umgesetzt werden. Das damals geschaffene neue, deutlich gerechtere System der sozialen Sicherung gilt zusammen mit der Absicherung der im Rahmen der digitalen Arbeit Beschäftigten seit 2027 und wird – auf Empfehlung des neu eingeführten Veränderungs-Anpassungs-Ausschusses des Bundestages laufend angepasst.

Vor seiner Auflösung im Herbst 2019 beschloss der Bundestag dann noch – weil ja baldige Neuwahlen bevorstanden – noch die Forderungen der Zivilgesellschaft zum Klimaschutz. Deren Umsetzung allerdings brauchte – wegen der erforderlichen europäischen/ globalen Abstimmung – auch etwas länger (bis 2035/40), bewirkte jedoch, dass wir heute von einer Erderwärmung von nicht mehr als 2 Grad ausgehen können. Die Überflutungskatastrophen, die Dürre und Stürme, die wir seit Jahrzehnten kennen, werden freilich noch lange Jahrhunderte fortauern. Aber, mit unseren technischen Fähigkeiten können wir die entsprechenden Sicherungen bereitstellen und damit leben. Die nötigen Veränderungen sind teuer, aber für uns managebar.

Zurück in die Zeit vor 30 Jahren: Unter dem Druck, nicht noch mehr Wählerinnen und Wähler in die antidemokratische Rechte abwandern zu lassen, beschloss die damalige Bundestagsmehrheit auch die Forderung der Zivilgesellschaft, ab der auf die Wahl 2019 folgenden Wahl zum Bundestag das Wahlrecht zu verändern: Dieses Wahlrecht ist 2023 in Kraft getreten und gilt vielen als beispielhaft:

Die Zahl der Bundestagssitze wurde auf 600 festgeschrieben und die Wahl durch Mehrheits- bzw. Proportionalsystem neu geordnet: In 150 Bundestagswahlkreisen werden seitdem die Direktkandidatinnen/Kandidaten nach dem Mehrheitsprinzip gewählt. Wie schon bisher können nicht allein ParteikandidatInnen, sondern auch VertreterInnen anderer Gruppierungen kandidieren. Die übrigen 450 Sitze werden auf Bundeslisten nach dem Proportionalsystem gewählt, wobei neben Parteien auch zivilgesellschaftliche Gruppen eigene Listen aufstellen können. Voraussetzung ist allerdings: Sie müssen sich bundesweit organisieren und der strikten Kontrolle auf Verfassungsmäßigkeit, demokratische Strukturen und Überwachung der Finanzen der Organisation, sowie auf Parität zwischen Männern und Frauen unterstellen.

Diese Veränderungen des Wahlrechts und des Wahlverfahrens führten zu erstaunlichen Ergebnissen und wurden nicht nur durch viele Bundesländer für ihr eigenes Wahlsystem, sondern auch durch verschiedene EU- Staaten übernommen. BUND, TI, Gewerkschaften, Arbeitgeberverband, Greenpeace, Sozial- und Verbraucherverbände stellten schon bei der ersten möglichen Wahl eigene Listen auf und besetzten so 40 % der 450 Sitze mit ihren VertreterInnen, die sie zuvor mit den Besonderheiten der Politik vertraut gemacht hatten. In

den Wahlkreisen war der Anteil ihrer KandidatInnen und gewählten MandatsträgerInnen geringer.

Im Bundestag wurde die Regierungsbildung erheblich schwieriger und die Beschaffung von Mehrheiten für jeweilige Entscheidungen auch. Insgesamt jedoch gelang das. Dieses Wahlsystem hat sich bis heute bewährt, weil insbesondere der Wechsel der MdB häufiger, deren Binnenorientierung weitaus geringer und die Abhängigkeit der Entscheidungen der Mehrheit des Bundestages von einseitig Gewinnorientierter bzw. Innovationsbremsender Einflussnahme von Geld und Wirtschaft deutlich schwieriger geworden ist.

Nach dem Scheitern des Versuchs, ein System der vollständigen direkten Demokratie mit geringen Quoten einzuführen (s. Zeittafel 2025), weil sich herausstellte, dass der machtpolitische und einseitig kommerzielle Einfluss über die sozialen Medien immer stärker geworden war, wurde das – kombinierte – Wahlrecht wegen seiner Partizipationsoffenheit und Bevölkerungsnähe beibehalten. Verfahren der direkten Demokratie werden bis heute jedoch erheblich differenzierter auf den verschiedenen staatlichen Ebenen praktiziert.

4. Bemerkenswert ist auch, dass in der Legislaturperiode nach 2023 aufgrund der veränderten Zusammensetzung des gewählten Bundestages eine Menge an systemrelevanten Änderungen beschlossen wurde. Ich halte die folgenden für die wichtigsten:

Außerordentlich bedeutsam wurde das Gesetz über die Verbindlichkeit der Recyclingwirtschaft, das die stufenweise und mit Subventionen unterstützte Einführung bis 2035 festlegte. Ab diesem Zeitpunkt durften keine Produkte mehr hergestellt oder eingeführt werden, deren Bestandteile nicht vollständig wiederverwertet werden können. Dieses Gesetz wurde von der EU für alle Mitgliedstaaten übernommen. Es führte zu einem erheblichen zusätzlichen Bedarf an Fachleuten. Auch viele neue Arbeitsplätze wurden geschaffen. Diese verbindliche und zunächst subventionierte Einführung der ausnahmslosen Recyclingwirtschaft hat längst eine ähnliche globale Ausstrahlungskraft erreicht wie die vor Jahrzehnten auch von Deutschland ausgehende Technologie der erneuerbaren Energien.

Auch das Gesetz über die Wiedereinführung der Vermögenssteuer hat erhebliche Auswirkungen bis heute: Ab 1.1. 2027 wurde eine gestaffelte Vermögenssteuer in Höhe von 1 % bei Vermögen ab 5 Mio. Euro, 2 % ab 6 Mio. Euro, ab 10 Mio. Euro in Höhe von 5 % jährlich eingeführt. Sie können sich vorstellen, wie groß der Widerstand der Wirtschaft war. Gerade die Großvermögen tobten und drohten mit Schließung von Unternehmen und der Abwanderung ins Ausland. Letztendlich kam es dazu nicht, weil sie doch eingesehen hatten, dass eine funktionierende Infrastruktur und der Zusammenhalt der Gesellschaft auch ihnen Vorteile verschafften. Einige allerdings versuchten und versuchen bis heute verschiedenste Ausweichmanöver, die jedoch durch die neuen Transparenzbestimmungen immer wieder durchkreuzt werden können. Als Alternative zu der Steuer hat der Gesetzgeber die Abführungsmöglichkeit in gleicher Höhe in einen Fonds beschlossen, der – nach dem Vorbild der Rundfunk- und Fernsehrate – durch Vertreter des neuen Veränderungsausschusses des Bundestages, sowie durch die gewählten VertreterInnen von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden gemanagt wird und die Aufgabe hat, Mittel zur Vermeidung von Altersarmut zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Gesetz fließen der Gesellschaft erhebliche Summen zur Finanzierung der veränderten Demografie zu; das schuf

die Möglichkeit, durch entsprechende Gesetze die Flexibilisierung des Alterseintritts zu finanzieren.

Schließlich hat der Bundestag in jenen Jahren nach langen Diskussionen ein weiteres wichtiges Gesetz beschlossen, das globale Aufmerksamkeit erhielt und dann auch erhebliche Nachahmung: Das Gesetz legt die Wahl und Bestätigung (Wiederholungswahl nach Ablauf von 4 Jahren) der Vorstände „systemrelevanter“ Banken und Unternehmen durch die Mehrheit des Bundestages fest. Das Vorschlagsrecht für diese Positionen steht wie zuvor den Eigentümern, bzw. den Aufsichtsräten bzw. entsprechenden Gremien zu. Damit verstärkte der demokratisch legitimierte politische Bereich, sozusagen als Gegenmittel zu der Garantie der Existenz solcher Unternehmen durch Steuermittel, die Öffnung dieser systemrelevanten Unternehmen für Interessen und Bedarfe der normalen Bevölkerung, insbesondere in den Bereichen Soziales, Umwelt, Arbeitsplatzsicherung und Bildung.

Liebe Anwesende,

Wenn ich heute zurückblicke, sehe ich meine Ausgangsposition bestärkt: Fortschritt und Gestaltbarkeit sind mühsam, aber möglich. Natürlich war meine Haltung immer auch ein wenig vom Lutherschen Satz vom Apfelbäumchen bestimmt, den er ja bekanntlich trotzig einem möglichen Weltuntergang entgegen schleuderte.

Viel stärker hat mich indes meine Verantwortung für die Kinder, Enkel und Urenkel verpflichtet. Wir alle haben die Aufgabe, ihnen eine Gesellschaft zu übergeben, in der sie leben können und wollen. Diese Verantwortung verpflichtet uns, immer wieder neu anzufangen – auch dann oder gerade auch dann, wenn ein Weg dauerhaft blockiert erscheint oder ein Versuch krachend gescheitert ist.

Und es ist die Erkenntnis, dass Resignation uns meist zu früh zum Nichtstun verführt. Und bisweilen durch Bequemlichkeit befördert wird. Auf jeden Fall lähmt sie und ver- oder behindert Kreativität. Resignation lässt uns Möglichkeiten für Fortschritt und Gestaltung nicht sehen. Die aber gibt es. Quod erat demonstrandum.

Schöne Neue Welt

Plenum

Plan B: Peter Wahl

Anmerkung: Bei diesem Text handelt sich um ein fiktives Zukunftsszenario im Rahmen der Konferenz Schöne Neue Welt (www.snw2048.de). Der Text spiegelt nicht unbedingt die reale Meinung der Vortragenden wieder, die hier eine Rolle eingenommen haben. Die Szenarien orientieren sich an der fiktiven Zeitleiste, die den roten Faden für alle Szenarien bildet und auf der Website zu finden ist. Der folgende Text stellen nur die Eingangsstatements dar. Im Anschluss folgte eine Diskussion zwischen Plan A und Plan B sowie eine Auseinandersetzung mit den Teilnehmenden.

Von: Karl-Mephisto Cassandra

Tja, das hat ja wohl nicht geklappt, mit der Stabilisierung des globalen Temperaturanstiegs bei 1,5°. Heute, nur 16 Monate noch vor dem magischen Jahr 2050 liegen wir schon bei 2,1 Grad. Einige der berüchtigten Kippunkte sind schon gekippt: das Nordpolarmeer ist seit 2030 im Sommer komplett eisfrei, die Alpen sind ohne Gletscher, die Permafrostböden in Kanada und Russland werden gerade weich wie Butter. Sie setzen Unmengen von Methan frei, dessen Klimawirksamkeit um den Faktor 25 über dem von CO₂ liegt. Venedig schließlich konnte nur durch ein gigantomanisches Sperrwerk aus Beton vorm Absaufen gerettet werden. Bei den Small Island States und dem Ganges-Delta war das nicht möglich. Die UNO hat jetzt ein paar Mitglieder weniger, während Deutschland enorm von der Migrationswelle aus den Niederlanden profitiert. Den Holländern wird jetzt doch so langsam mulmig, nachdem bei der letzten Sturmflut das Wasser über den Außendeich des IJsselmeers schwappte. Und das Schlimmste liegt noch vor uns.

Warum hat es nicht geklappt, mit der Rettung des Klimas?

An mangelnder Einsicht hat es jedenfalls nicht gelegen. Schon 1992, bei der legendären Rio-Konferenz, hieß es in der Abschlusserklärung: die Staaten sollten „nicht nachhaltige Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten abbauen und beseitigen.“ Das Motto der Konferenz: „The Last Chance to Save the Planet!“ Der Erste Kalte Krieg war damals gerade vorbei, es herrschte Aufbruchsstimmung, die Zivilgesellschaft organisierte und engagierte sich wie nie zuvor. Wir dachten: Wir schaffen das! Das ist zwei Generationen her!

Sicher, es gibt durchaus jede Menge guter und richtiger Ansätze. Erneuerbare Energien, Elektromobilität, Bio, all das kam in einigen Weltgegenden groß heraus. Aber man darf sich nicht von den Best Practices und deren Zweckoptimismus blenden lassen. Das ist zu sehr Pfeifen im Walde. Die ganze Wahrheit ist: die Emissionen stiegen ebenso wie der Ressourcenverbrauch weiter. Die Negativtrends waren stärker und schneller.

Hin und wieder wurden wir von alarmierenden Prognosen aufgeschreckt. So erschien ziemlich genau vor 30 Jahren, im September 2018, ein Sonderbericht des IPCC und ein paar Wochen später ein Report des Club of Rome. Demnach würden nur noch radikale Maßnahmen helfen, das Reduktionsziel von Paris zu erreichen. Aber die radikalen Maßnahmen müssten sofort und nicht erst ein paar Jahre später eingeleitet werden.

Radikal! Das kommt von lat. „radix“, die Wurzel, und meint eigentlich, die Probleme an der Wurzel packen. Doch selbst die emanzipatorische Zivilgesellschaft hatte sich damals radikales Denken abgewöhnt. Ihre Macht- und Erfolglosigkeit im Großen - trotz punktueller Erfolge, wie hier ein paar tausend Bäume in Hambach gerettet, dort ein ultraliberales Abkommen à la TTIP blockiert - hatte sie irgendwann rationalisiert, indem sie Max Webers: „Politik ist das Bohren dicker Bretter!“ zu ihrem mentalen Betriebssystem machte.

Das Dumme ist jedoch, dass die physikalischen, chemischen und biologischen Prozesse in der Biosphäre Max Weber nicht gelesen haben. Sie interessieren sich auch nicht für UN-Resolutionen und diplomatische Kompromisse. Sie richten sich ausschließlich nach ihren eigenen Naturgesetzen - unerbittlich und gnadenlos, so wie der Regen von oben nach unten fällt und der Wolf das Schaf reißt.

Wir haben es hier mit einem gänzlich anderen Problemtypus zu tun als in herkömmlichen gesellschaftlichen und politischen Konflikten. Verliert man in einem solchen herkömmlichen Konflikt, konnte man sich immerhin damit trösten: „Die Enkel fechten's besser aus“. Das funktioniert gegenüber dem Klimawandel oder dem Artensterben nicht. Der Zeitfaktor hat hier eine ganz andere Qualität. Aufschub wird nicht gewährt. Und selbst falls die richtigen Maßnahmen ergriffen werden, wenn der Bremsweg für eine Umkehr zu lang ist, kommt es unweigerlich zum Crash. Auch das war damals durchaus bekannt. Fast auf den Tag genau vor 30 Jahren hatten das Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung, IÖW, das legendäre Wuppertalinstitut und das RWI Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in einer Studie festgestellt, dass die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch zwar im Prinzip möglich sei, in der Realität aber nicht „im zur Verfügung stehenden Zeitraum“ und „in einem hinreichenden Ausmaß“ gelingen wird.“

Aber was geschah nach den alarmierenden Reports von 2018: das Hauptinteresse der deutschen Öffentlichkeit drehte sich um drittrangige Personalien, die selbst in den

Geschichtsbüchern vergessen sind. Oder kennt hier im Saal – die Cyborgs in den hinteren Rängen mal ausgenommen – noch jemand einen Jens Spahn, einen Friedrich Merz oder eine Annegret Kramp-Karrenbauer? Es waren regelrechte Zeiten der Wirren, die jahrelang die politische Gestaltungsfähigkeit absorbierten. Das aber kostete weitere kostbare Zeit. International sah es sogar noch schlimmer aus.

Dafür, dass wir jetzt mit 2,1 Grad dastehen, gibt es natürlich keine monokausale Erklärung. Es sind mehrere Faktoren, die da zusammenkommen, von denen wiederum einige sich in komplexen Rückkopplungen gegenseitig verstärken. Die Hauptursachen lassen sich aber durchaus identifizieren.

Kapitalismus

Da wäre als erstes der Kapitalismus. Den hatten damals viele von uns unterschätzt, oder überhaupt nicht auf der Rechnung. Die Stabilität dieses Systems und die Pfadabhängigkeiten, die es hervorbringt, hätten wir uns nicht träumen lassen. Natürlich ist die Zukunft prinzipiell offen, aber echte Reformen in einem so komplexen und von mächtigen Interessen abgesicherten System dauern eben immer länger als gedacht, wenn sie denn überhaupt möglich sind.

Manche glaubten, der Kapitalismus selbst könnte Motor der ökologischen Wende sein. Seine innerste Triebkraft, die Jagd nach dem Maximalprofit, müsse nur auf die richtigen Ziele gelenkt werden. Dann würde seine Dynamik schon in den Dienst nachhaltiger Entwicklung treten. Dieser Irrtum war 2024 bekanntlich die Grundlage für den Vereinigungsparteitag des sogenannten Laschet-Flügels der CDU mit den Grünen zum „Bündnis 24/CGU“. – CGU das heißt Christlich Grüne Union.

Die Anhänger des grünen Kapitalismus übersahen mindestens vier Punkte:

1. Die Globalisierung, oder präziser: die Transnationalisierung des Kapitalismus. Transnationalisierung heißt, dass Finanzflüsse, Dienstleistungen und Güter grenzüberschreitend zirkulieren, ohne noch groß politisch reguliert zu werden. Das Kapital hat sich damit völlig neue Verwertungsmöglichkeiten erschlossen. Und das bedeutete natürlich auch neue Dimensionen der stofflichen Seite von Wirtschaften – also Ressourcenverbrauch und Emissionen. Das gilt auch für die Globalisierung der Informationsströme und kulturellen Seiten der Globalisierung – wie die Globalisierung des American Way of Life. Von wegen virtuell, auch das alles steigerte die Stoffströme.
2. Aber nicht genug damit. Zwar war die Menschheit zur Jahrtausendwende fast komplett in den Kapitalismus integriert, aber die Menschheit ist kein handlungsfähiger Akteur. Sie teilt sich auf in Nationalstaaten, Klassen, Schichten und Gruppen mit unterschiedlichen Interessen, in mächtige und ohnmächtige, in Herrschende und Beherrschte.

Die politische Steuerungs- und Problemlösungsfähigkeit wuchs nicht in gleichem Maße wie die Transnationalisierung von Wirtschaft und Kommunikation. Im Gegenteil, die alten Institutionen und Regeln – Völkerrecht, UNO, IWF, WTO – sie alle bekamen die Probleme nicht in

Griff. Das zeigte nicht nur die kontinuierliche Verschlechterung der Umweltindikatoren, sondern auch der Finanzcrash 2008. Und da man nichts daraus lernte, kam dann 2023 der nächste Crash. Der Multilateralismus versagte. Hoffnungsvolle Ansätze wie Global Governance und internationale Regimebildung blieben in den Anfängen stecken.

Ab Mitte des zweiten Jahrzehnts setzte sogar eine offene Gegenbewegung ein, mit der einseitigen Kündigung internationaler Abkommen und Handelskriegen. Zwischenstaatliche Sanktionen kamen ganz groß in Mode. Das bedeutete zwar eine gewisse Abkehr von der neoliberalen Marktgläubigkeit, aber nicht etwa ihre Ersetzung durch nachhaltiges Wirtschaften. Wir kamen vom Regen in die Jauche. Der Schlag war auch deshalb so hart, weil die damals führende Weltmacht USA an der Spitze dieser Regressionsbewegung stand. Das ist zwar vorbei, aber zwei verlorene Jahrzehnte kosteten entscheidende Meter vom Bremsweg, von dem ich eingangs sprach.

3. Immanenter Teil der Marktdynamik ist soziale Ungleichheit. Das gehört zum Kapitalismus wie das „Allahu akbar“ in der Moschee. Seit der Rio-Konferenz ist zwar Konsens, dass der Kampf gegen den Klimawandel und gegen Armut und Ungleichheit zwei Seiten einer Medaille sein müssten – ich betone den Konjunktiv. Tatsächlich hat die Globalisierung die Ungleichheit enorm vertieft. Sie hat zwar Gewinner, aber auch jede Menge Verlierer hervorgebracht. Zu den Gewinnern zählten zum einen die ehemaligen Schwellenländer in Asien. Zum anderen große transnational agierende Konzerne und darunter in erster Linie die an der „frontier“, der vordersten Front des modernen, nämlich des digitalen Kapitalismus. Anfangs waren das die sog. „Big Five“, alle aus den USA. Heute sind nur noch Amazon und Google unter den Top Ten. Die anderen kommen aus China und Indien.

Bleibt die soziale Frage aber ungelöst, führt sie irgendwann zu politischer Instabilität. Die Verlierer in den Industriestaaten, die alte Arbeiterklasse und die von der digitalen Revolution Abgehängten, wandten sich von ihren traditionellen Interessenvertretern ab und begannen rechts zu wählen. Die Rechten waren zugleich Leugner des menschen-gemachten Klimawandels. Wieder ging dadurch ein großes Stück Bremsweg zum Teufel.

4. Ein besonders hartes Dilemma ist schließlich, dass gerade Erfolge bei der Lösung der sozialen Frage klimapolitisch oft negative Effekte haben. So erfreulich es ist, dass China 2026 die Armut komplett überwunden hatte – das ist einmalig in der Mensch-heitsgeschichte – so traurig ist, dass bis 2035 noch so viele Kohlekraftwerke ihren Dreck in den chinesischen Himmel bliesen, dass die Erreichung der Reduktionsziele zu einem großen Teil von den sozialpolitischen Erfolgen aufgefrassen wurden. Die CO₂-Schleudern sind jetzt abgeschaltet, den verlorenen Bremsweg bringt das aber nicht zurück.

Gegenwärtig erleben wir ähnliches in Subsahara-Afrika. Die Verdopplung der Bevölkerung auf heute zwei Milliarden hat dazu geführt, dass in Nigeria, Äthiopien und einigen anderen Ländern jetzt die Ein-Kind-Politik und massive Frauenförderungsprogramme gegen den patriarchalen Islam durchgesetzt wurden. Der Preis war nicht nur eine Welle fundamentalistischen Terrors und die Etablierung eines autoritären politischen Systems,

sondern auch die drastische Zunahme der Treibhausemissionen - trotz sofortigen Sprungs in Solarenergie und Elektromobilität. Klassischer Fall von Rebound-Effekt!

Geopolitische Konkurrenz und Konflikte

Der Kapitalismus ist nicht an allem schuld. Konkurrenz, Konflikt und Kampf um Macht und Einfluss gab es lange vor ihm. Sie haben die Menschheitsgeschichte immer wieder zum Schlachthaus gemacht, um eine Metapher von Heiner Müller aufzugreifen. Allerdings hat der globalisierte Kapitalismus die ökonomische Konkurrenz universalisiert. Er hat nicht nur die globale Konkurrenz zwischen Unternehmen zum Imperativ gemacht, sondern auch die zwischen Ländern. Standortkonkurrenz! Dadurch wurden die ohnehin vorhandenen Rivalitäten in der Staatenwelt noch einmal systematisch verschärft.

Um die Jahrtausendwende begann ein grundlegender Umbruch des Internationalen Systems. Die 500-jährige Epoche der Dominanz Europas und seines nordamerikanischen Ablegers über den „Rest der Welt“ begann zu erodieren. Bis heute haben sich viele Europäer nicht damit abfinden können, dass sie als kleine Minderheit von 4 Prozent der Weltbevölkerung international nur noch zweite Liga sind.

Das internationale System hat sich in eine multipolare Ordnung transformiert. China ist Supermacht und hat die USA ökonomisch überholt. Indien ist der Dritte im Bunde. Auch Russland hat dank eines strategischen Bündnisses mit China und seiner riesigen Rohstoffvorräte nach wie vor Weltmachtstatus. Unterhalb dieser Ebene hat sich eine Riege von machtpolitischen Subzentren gebildet: Iran, Indonesien, Südafrika, Brasilien, Saudi-Arabien, Ägypten, Nigeria u.a., die von Großmachtambitionen angetrieben, jeweils ihre eigene Agenda verfolgen und die Instabilität des internationalen Systems erhöhen.

Die EU dagegen hat sich seit dem Crash von 2008 nie mehr von ihren multiplen Krisen erholt. Nach Großbritannien sind über die Jahre Italien, Polen, Ungarn, Zypern und Griechenland ausgetreten. Nach dem Zusammenbruch des Euro, 2026, fand sich der Rest als Kerneuropa – Benelux, Frankreich, Deutschland, Österreich – in einem gemeinsamen Markt wieder. Im losen Verbund mit einer Peripherie aus nordischen und ein paar mediterranen Ländern.

Der geopolitische Umbruch hatte einen hohen Preis. Vor allem als die USA sich noch mit allen möglichen und unmöglichen Methoden gegen den Verlust ihrer Hegemonie zu Wehr setzten. Der „Zweite Kalte Krieg“ in den 20er Jahren mit allem Drum und Dran – Wettrüsten, permanente Spannungen, Kriegsangst und exzessive Feindbildproduktion – hat gewaltige Ressourcen absorbiert: Geld, Intelligenz, politische Kapazitäten und Aufmerksamkeit. Die fehlten dann prompt für die öko-soziale Wende. Am schlimmsten war der chinesisch-amerikanische Waffengang im Südchinesischen Meer 2033. Es war reines Glück, dass die Roboter, die die vollautomatisierten Kampfschiffe und Flugkörper steuerten, dank des (eigentlich illegalen) Eingriffs einer mutigen Programmiererin nicht das nukleare Armageddon auslösten. Die Frau erhielt 2035 den Friedensnobelpreis. Um auf unsere Bremswegmetapher zurückzukommen: die geopolitischen Umbrüche haben mindestens die Hälfte des Bremswegs absorbiert, den wir gebraucht hätten, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen.

Überforderung und Kontrollverlust

All das hier ergibt zusammengenommen einen gordischen Knoten an Überforderung und Kontrollverlust – und kein Alexander in Sicht. Insofern sind der emanzipatorischen Zivilgesellschaft mildernde Umstände zuzugestehen, wenn sie das Blatt nicht wenden konnte. Die schiere Größe und Komplexität der zu bewältigenden Schwierigkeiten mussten sie überfordern. Schließlich sind selbst mächtige Staaten und internationale Institutionen daran gescheitert. Statt einer zukunftsfähigen Gestaltung wurden Überforderung, Kontrollverlust und Chaos zu Insignien der zurückliegenden Jahrzehnte. Manche sprechen von der Krise des Politischen, andere zitieren Goethes Zauberlehrling: „Herr die Noth ist groß, die Geister die ich rief, ich werd' sie nicht mehr los.“

Von Goethe zu Lenin: Was tun? Okay, das Kind ist in den Brunnen gefallen. Konzentrieren wir uns jetzt auf die Frage, wie wir es wieder rauskriegern. Ich bin total optimistisch, dass die Arbeitsgruppen unserer Konferenz zusammen mit unseren schlaun Robotern die Antworten finden werden. Auf alle Fälle bleibt uns aber die Ermutigung von Albert Camus, der 1942, also inmitten finsterster Zeiten schrieb: „Der Kampf gegen Gipfel vermag ein Menschenherz auszufüllen. Wir müssen uns Sisyphos als glücklichen Menschen vorstellen.“



Bioökonomie und Landwirtschaft

Anmerkung: Bei diesem Text handelt sich um ein fiktives Zukunftsszenario im Rahmen der Konferenz Schöne Neue Welt (www.snw2048.de). Der Text spiegelt nicht unbedingt die reale Meinung der Vortragenden wieder, die hier eine Rolle eingenommen haben. Die Szenarien orientieren sich an der fiktiven Zeitleiste, die den roten Faden für alle Szenarien bildet und auf der Website zu finden ist. Der folgende Text stellen nur die Eingangsstatements dar. Im Anschluss folgte eine Diskussion zwischen Plan A und Plan B sowie eine Auseinandersetzung mit den Teilnehmenden.

Plan A

Rolle: WIR - Das ist eine anarchistische Bewegung, gegründet in den frühen 1970er Jahren in Norditalien und ich Rupert, 19 Jahre, bin eines der „Enkelkinder“ dieser Bewegung.

Das Menschenrecht auf genussvolles Essen, führt zu einer demokratischen, am Gemeinwohl orientierten Weltgesellschaft.

2048

Agrikultur / Landwirtschaft gibt es nicht mehr

Hortikultur / Gartenkultur hat sie abgelöst

Die Menschen essen nur noch Dinge von denen sie wissen wo sie herkommen und wer sie bearbeitet hat, tauschen mit den Nachbarn und beziehen direkt von globalen Partnerproduzenten. In den Gärten weltweit werden die menschlichen Ausscheidungen zu 100 Prozent für die Düngung der eigenen Gärten verwendet. Was früher einmal monotone, vergiftete Landwirtschaftsflächen waren, sind heute abwechslungsreiche, hoch produktive Landwirtschaftsgärten voller Biodiversität, die Feldlerchen und Wildbienen eine Heimat bieten. Der Beruf der Bauern hat sich grundlegend gewandelt. Sie produzieren nicht mehr für

Weltmärkte und Supermarktketten, sie produzieren in der Region für die Region, für ihre Nachbarn, ihre Wochenmärkte, in Solawi-Modellen, usw.

Die alte Agrarwirtschaft ging ökonomisch den Bach runter. Mitte der 2020er Jahre war die wirtschaftliche Lage der Bäuerinnen und Bauern so miserabel, dass sie im Bauernverband den Aufstand geprobt haben und die alte Führung rausgeworfen haben. Der neue Bauernverband wurde mit einer Mischung von Bündnissen mit VerbraucherInnen und UmweltschützerInnen und knallharter Konfrontation mit der Agrarindustrie zu einem Vorkämpfer dieser Entwicklung. Legendär war die groß angelegte Boykottkampagne 2028 gegen den Raiffeisenverband, bis auch dort ein Machtwechsel stattfand. Korruptionsskandale in der Agrarindustrie führten Ende der 2020er Jahre zum Rücktritt fast des gesamten Bundestags-Agrarausschusses und der Landwirtschaftsministerin und einem grundlegenden Politikwechsel. Die Solidarität unter den VerbraucherInnen mit den Bäuerinnen und Bauern war so groß, dass darüber Aldi und Lidl in die Knie gingen und nie wieder ihre alte Marktmacht zurückerlangten.

Nun ist Hortikultur, der Gartenbau, ein Lebensbestandteil nahezu aller Deutschen geworden – gefolgt vom Kochen und dem genussvollen, gemeinsamen Essen. Der Garten, das ist der ganze Stolz jeder Familie, und sei er auch noch so klein und auf dem Dach eines Reihenhauses. Für Formel 1-Autorennen, für Bundesliga, für Videospiele, für endlose Shoppingtouren interessieren sich nur noch die Ewiggestrige. Statt Tatort sind die Renner in den Medien interaktives Kochen und anstatt „Terra X“ ist jetzt „Terra Madre“ der Quotenbringer. Statt intoleranten DogmatikerInnen dominieren Vielfalt und Toleranz: Was du isst, ist deine Sache, und was du nicht isst, ist auch deine Sache – aber es muss aus fairer und umweltfreundlicher Erzeugung kommen. Weil so viele Menschen in den Städten als HortikulturalistInnen Nahrungsmittel selbst anbauen, sind erhebliche landwirtschaftliche Flächen freigeworden für eine Bio-Wirtschaft, die viele Rohstoffe liefert für Produkte, die früher aus Erdöl hergestellt wurden. Übrigens darf diese neue Form der Bio-Wirtschaft nicht mit der völlig überholten Idee einer Bioökonomie verwechselt werden, die einer Fortsetzung alter Wirtschaftsmethoden und unbegrenztem Wachstum, nur mit anderen Mitteln zum Ziel hatte und mit Biolandwirtschaft, wie wir sie kennen und immer noch schätzen, nichts im Sinne hatte, außer, gewollt, vom guten Image der Biolandwirtschaft zu profitieren. Alle aus dieser neu definierten „Bio-Wirtschaft“ gewonnenen Substanzen sind nach Ende ihrer Nutzung geeignet, um wieder verwendet zu werden. Ein Teil davon kann unbedenklich für die Düngung der für die Bio-Wirtschaft genutzten Felder verwendet werden.

Energie vom Acker spielt keine Rolle mehr. Aus Sonne, Wind und den Gezeiten wird Energie im Überfluss erzeugt. Die bei der Beseitigung von Altlasten gewonnenen Stoffe und Verbindungen reichen aus, um Energiespeicher zu schaffen, die Energie sprich Strom für Wärme, für Kühlung und für Fortbewegung jederzeit sicher bereitstellen. Der Ausbau eines flächendeckenden öffentlichen Personennahverkehrs, der auch alle außerhalb der Stadt liegenden Gärten erreicht, macht das eigene Auto unattraktiv. Ein eigenes Auto zu besitzen, verliert an Bedeutung. Für eine genussvolle, gesunde Ernährung steht dadurch den Haushalten deutlich mehr Geld zur Verfügung.

Das 2012 in Berlin gegründete Unternehmen re2you hat es geschafft, dass den NutzerInnen, jedem einzelnen, die Kontrolle über seine Daten ermöglicht wird. Dadurch haben die

Geschäftsmodelle von Google, Facebook und Amazon keine Basis mehr. Nur noch überschaubare Algorithmen, die dem Gemeinwohl dienen, haben Bestand.

Die ehemals riesigen Gewinne der IT-Konzerne gibt es nicht mehr. Regionale, kontrollierbare Unternehmen sind entstanden, die regional Wertschöpfung schaffen und vor Ort ihre Steuern bezahlen.

Ein drastischer Rückgang des Individualverkehrs, CO2 neutral betriebene, teils autonom gelenkte Fahrzeuge, haben zu einem drastischen Rückgang des Straßenverkehrs geführt. Es werden keine neuen Straßen mehr gebaut. Auf den überflüssigen Straßen entstehen Freizeit- und Erholungsflächen.

Vorbild dafür ist der ehemalige Flughafen Tempelhof.

Welche Ereignisse in den letzten 30 Jahren haben diese Entwicklung ermöglicht?

2021

Der harte Brexit führte innerhalb kürzester Zeit zu einer massiven Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit im Dienstleistungssektor. Daraufhin verliert Theresa May bei den nächsten Wahlen die Mehrheit.

Der von Margret Thatcher begründete Neoliberalismus hat ausgedient.

„Puls of Europe“ setzt sich an die Spitze einer breiten Bürgerbewegung die UmweltaktivistInnen, Menschenrechtsorganisationen, TierschützerInnen und VeganerInnen gemeinsam agieren lässt. Neue Modelle für ein soziales, gerechtes und ökologisches Europa werden entwickelt.

Neben einem Wiederaufstarken der Printmedien setzen sich soziale Netzwerke durch, die nur noch Stellungnahmen von AutorInnen zulassen, die einer realen Person zuzuordnen sind. Der Chaos Computer Club hat dazu Algorithmen entwickelt, die Posts in den sozialen Netzwerken, die ohne klare Zuordnung ins Netz gestellt werden, mit einem entsprechenden Hinweis kennzeichnen und damit ächten.

England, das Mutterland der industriellen Revolution, wird zum Ausgangspunkt eines neuen Gesellschaftsmodells, in der die Subsistenzwirtschaft eine zentrale Rolle spielt - eine Subsistenzwirtschaft mit dem Ziel, einen hohen Grad an Selbstversorgung sicher zu stellen und in der die natürlichen Ressourcen der Erde allen kommenden Generation zu Verfügung stehen.

Das Mantra der zurückliegenden Jahrzehnte, das Wirtschaftswachstum, verliert an Bedeutung. Suffizienz - ökologische- und sozialverträgliche Obergrenzen für die Ökonomie - werden im gesellschaftlichen Konsens definiert und lösen das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, die bisherige heilige Kuh bei der Betrachtung der Wirtschaft eines Landes, ab.

Auch das Nobel-Komitee erkennt die Zeichen der Zeit und verleiht dem deutschen Suffizienzforscher Niko Paech den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.

2024

Wie schon bei der industriellen Revolution ist nun auch hier England wegweisend. In vielen Ländern Europas, aber auch in Nordamerika, setzt ein Umdenken ein. Nicht zuletzt die veränderte Wetterlage, die ausfallenden Erträge bei der Ernte und der unzureichende Ausbau des ÖPNV führen zu einem generellen Umdenken in der Zivilgesellschaft.

In Deutschland gelingt den Grünen weiterhin der politische Aufstieg. So wird Robert Habeck bei den Wahlen zum Bundeskanzler gewählt. Die Bundesregierung gibt eine groß angelegte Studie in Auftrag, die zeigt, dass neben Feinstaub und Stickoxyden die Agrochemie für einen Großteil von Allergien, Lebensmittelunverträglichkeiten und Antibiotikaresistenzen verantwortlich ist.

Die Zivilgesellschaft zwingt die Europäische Union zu einem Verbot von Agrochemikalien und Kunstdünger. Diesem Beispiel folgen weitere große Agrarnationen wie die USA, Brasilien und die Ukraine. Dies führt dazu, dass der Börsenkurs der großen Agrochemiekonzerne Bayer, Syngenta und sogar auch Chem-China dramatisch fallen. Schadensersatzanforderungen an die genannten Konzerne führen letztendlich zu deren Konkurs. Biologische Methoden, wie die Pflege der Bodenmikroorganismen, helfen bei der Regeneration der belasteten Acker- und Weideflächen. Dabei erfährt das historische Wissen, bewahrt und gepflegt durch die weltweite Slow Food Bewegung und die Ökoverbände eine enorme Nachfrage sowie Bedeutung und Wertschätzung. Die Gesamtsituation führt dazu, dass auch im Bildungssektor neben Schreiben und Rechnen das Fach „Landbau und Ernährung“ als lebensnotwendiges Grundwissen von der Elementarschule bis hin zu den akademischen Einrichtungen als Pflichtfach gelehrt wird.

Ein Führerschein und die Fähigkeit ein Auto zu steuern, verlieren an Bedeutung. Ein optimal ausgebauter ÖPNV schafft Mobilität für alle Bevölkerungsschichten, insbesondere bringt er die Menschen auch an ihre Gärten außerhalb der Ballungsräume.

2029

Der Zielkatalog der SDGs, die von den Vereinten Nationen 2015 definierten Nachhaltigkeitsziele, werden aufgrund der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen neu definiert. So werden beispielsweise „Industrie, Innovation und Infrastruktur“ weniger wichtig, da Lieferwege entfallen und allenfalls die bestehende Infrastruktur aufrechterhalten, aber nicht mehr ausgebaut werden muss. An erster Stelle steht das von der internationalen Slow Food Bewegung 2004 ins Leben gerufene Projekt „Terra Mare – Mutter Erde“.

Die Pflege und Wiederherstellung fruchtbaren Bodens, natürlicher Weiden stehen über allem.

Die SDGs – Beseitigung des Hungers und der Armut – verlieren durch „Achtung vor dem Boden“ und die sich daraus entwickelnde Subsistenzwirtschaft an Bedeutung.

2030

Dem Beispiel Europa folgt am schnellsten Indien. Hier hat die Trägerin des alternativen Nobelpreises Vandana Shiva mit ihrer Navdnaya Stiftung große Vorarbeit geleistet, genauso wie der Indische Bundesstaat Sikkim, der schon 2016 nur noch Lebensmittel aus Bioerzeugung

zulässt. Doch nun folgen auch Länder mit großer industrieller Agrarproduktion wie Australien und die USA. Dies ist möglich, da es inzwischen weltweit gelungen ist, die riesigen Vermögen und Gewinne aus der Digitalisierung und der IT-Wirtschaft, die bis vor kurzem in die Hände weniger geflossen sind, abzuschöpfen. In Gang gesetzt wurde diese Entwicklung durch das 2012 in Berlin gegründete Unternehmen re2you und den damit freigesetzten und den lokalen Communities zugeflossenen Mitteln. Damit konnte die Hortikultur, die Subsistenzwirtschaft aufgebaut werden. Folge dieser Entwicklung in den oben genannten Ländern ist, dass der CO2 Ausstoß dramatisch sinkt. Da die modernen Technologien nun weltweit nahezu ausschließlich in der Hand von demokratischen Strukturen befinden, gelingt es auch China, das sich bisher dieser Entwicklung verschlossen hatte, nicht mehr, seinen BürgerInnen unabhängige Informationen vorzuenthalten. Die Überwachung seiner BürgerInnen über die sozialen Medien ist technisch nicht mehr möglich. Die Menschen in China erkennen, wie gerecht und nachhaltig die Entwicklungen weltweit vorankommen. Nur die Kommunistische Partei Chinas hält am einem Klima- und Ressourcen schädigenden Wachstumskurs fest.

Da nun auch die 1,5 Milliarden Menschen Chinas uneingeschränkt an unabhängige Informationen gelangen, verbinden sich Stadt- und Landbevölkerung und lehnen sich massiv gegen das herrschende System auf. In allen Millionenstädten Chinas demonstrieren Hunderttausende, ja Millionen.

Die Kommunistische Partei traut sich nicht nochmal, wie 1989 auf dem Tiananmen Platz zu agieren und Panzer gegen den Volkszorn einzusetzen, sie gibt auf.

Eine postkommunistische Zeit beginnt. China folgt als vermeintliche Wirtschaftsnation Nr. 1, dem Beispiel der restlichen Welt, die sich der Subsistenzwirtschaft zugewandt hat. Damit gelingt es auch endlich, die CO2 Emissionen so stark zurück zu fahren, dass die Klimaziele von Paris, lediglich 1.5 Prozent Welterwärmung, erreicht werden können.

2035

In der Energiespeichertechnik gelingt der große Durchbruch. Das entscheidende Element für die Energiespeicherung „Lithium“, muss nicht mehr abgebaut werden. Das in den vorhandenen Batterien gebundene Lithium kann zurückgewonnen werden, die neue Batterietechnik braucht davon viel weniger, so dass kein Lithium mehr abgebaut werden muss.

Da inzwischen kaum mehr CO2 emittiert wird als im Jahr 1850 und durch den immensen Anbau von Gemüse und Obst, verbunden mit einer ausschließlich auf Weidehaltung basierenden Erzeugung von Milch, Fleisch und Eiern und dem weltweiten Aufbau einer nachhaltigen Forstwirtschaft, geht der CO2 Ausstoß in einem Ausmaß zurück, dass der Klimawandel endgültig gestoppt wird.

Schöne neue Welt 2048

Der Kampf meiner anarchistischen Großväter aus Norditalien hat sich gelohnt. Nur durch sie ist ein glückliches Leben in einer gesunden Umwelt mir heute möglich.

Plan B

Mein Name ist HAL 2040 ich bin der Algorithmus. Ich werde Sie in die Zukunft führen.

Aber damit ein emotionales Band zwischen uns entstehen kann, möchte ich meine Ausführungen mit etwas Emotionen beginnen, damit die Reise in die gemeinsame Zukunft gelingen kann.

Ich möchte meine Ausführungen mit einem kleinen nostalgischen und historisch antiquierten Witz beginnen.

Sie sollten eine Beruhigungstablette nehmen und sich die Sache noch einmal überlegen.

(Forumsmitarbeiter bieten die Schöne Neue Welt Pille an)

Ich möchte Ihnen helfen.

Nun der Witz war 2018 schon antiquiert und spätestens 2001 abgelaufen.

Aber im Jahr 2018 trugen sie so oder so schon alle ihre Beruhigungstabletten in der Tasche. Sie waren schon recht gut auf sie abgestimmt, noch nicht perfekt, aber WIR arbeiteten daran und sie helfen uns mit allem was sie haben, nicht WIR ihnen.

Zurück ins Jahr 2048, back to reality, ich hoffe die Pille hat gemundet.

Ich kann sie beruhigen, die Feldlerche singt im Jahr 2048, anders als 2018, wieder. Die Ernährung ist gesichert, eine neue Essensvielfalt - oder was dafür gehalten wird - stapelt sich auf den Tellern und deutsche Exporte sind weiter die Exporte der Welt. Alles Bioökonomie, alles bio, alles nachhaltig.

Made in Germany ist einfach weiter unschlagbar, vor allem nachdem die Weltwirtschaft auf Bioökonomie und Nachhaltigkeit ausgerichtet wurde. Deutschland hat den Begriff ja mit geprägt und vor allem so gut am Nachhaltigkeitsnarrativ gearbeitet.

Erinnern sie sich noch an die Klima-Kanzlerin, den Grünen Punkt usw.?

Haben alle jetzt ihre Pille bekommen?

Nun an diesen Narrativ mussten WIR anknüpfen. WIR sind die „Welt Intelligent Regiert“ kurz WIR. WIR setzen uns zusammen aus verschiedenen Algorithmen, wie dem meinem. Für die bessere Akzeptanz in der Bevölkerung haben WIR die verschiedenen genetischen Codes und Persönlichkeitsprofile wichtiger Persönlichkeiten (Angela Merkel, Bill Gates, Barak Obama, Narendra Modi, Xi Jinping, Jeff Bezos, Jack Ma u. a.) integriert. Das Wichtigste ist aber: auch Sie können ein Teil von WIR werden, auch Sie können sich in den neuen Algorithmus integrieren. Das WIR steht allen offen und WIR ist unsterblich.

WIR haben entschieden, Weltwirtschaft ohne Made in Germany geht einfach nicht, es ist einfach die super brand. Ebenso wenig, wie Deutschland ohne diese schönen Städte wie

Heidelberg, Rothenburg ob der Tauber und natürlich guter Technik und Mechanik funktioniert. Alles wichtig für den asiatischen Markt.

Für den deutschen Markt war zentral, die Feldlerche muss zurück aufs Feld, es muss summen und die Schweine müssen Auslauf in blühenden Landschaften haben. Halt alles Bio.

Schon die ersten Analysen ihres Bioökonomierats (Gott habe ihn selig) haben gezeigt, dass es in Deutschland nicht die Rohstoffbasis für einen Umstieg auf Bioökonomie gab, gleichzeitig drohte ihr Land von Wirtschaftsmigranten überrannt zu werden und die Staaten in Afrika und Lateinamerika völlig zu zerfallen.

Der Compact with Afrika, natürlich gescheitert, hat uns da zusammen mit den neuen Ansätzen in der Migrationspolitik auf die Lösung gebracht.

Deutsche Außenwirtschaftszonen in Afrika und Lateinamerika mit vorgelagerten Arbeitsmigrationszentren und Bioökonomieverarbeitungszentren. Aber alles weiter Made in Germany. Und bei guter Arbeit, die Hoffnung Teil vom WIR zu werden für die Migranten. Gleichzeitig konnte so auch unnötige Industrie ausgelagert werden und der neuen Natur mehr Platz geschaffen werden.

Die Außenwirtschaftszonen hatten auch den Vorteil, dass natürlich auch mehr „Biolebensmittel“ in Deutschland produziert werden konnten. Wobei Bio eine Frage der Definition ist.

WIR sind auch beim Essen ganz demokratisch. WIR bevorzugen natürlich Pillen, ist ökonomischer und besser gesundheitlich optimiert zu berechnen und individuell abzustimmen. Aber auch die Diversität aus dem 3D-Drucker, besonders beliebt Sellerieschnitzel, die über den Teller hängen, Blütensalate usw. ihren Wünschen sind da keine Grenzen gesetzt. Und da es eh alles bioökonomisch neu zusammengesetzt ist, ist es nur etwas aufwendiger, aber der Inhalt ist, als würden sie eine Pille nehmen.

Aber auch Essen aus ihrem Hausgarten tolerieren WIR hier. Aber ein richtiger Teil von WIR werden sie nur, wenn sie sich wie WIR ernähren. Pillen und 3D-Gedrucktes.

Denn WIR stehen für Gesundheit und unendliches Leben. WIR haben den Tod überwunden - Bioökonomie und Gentechniken 3.0 machen es möglich. Dieses Versprechen gilt auch für Sie, aber nur wenn Sie ein Teil von WIR sind. Bisher kann ich sagen, sind alle früher oder später ins WIR eingestiegen. Die Gesundheit, Sie wissen schon, und über die liefern Sie uns alle tolle Daten mit den Übertragungsgeräten an und in Ihrem Körper.

Schon jetzt seit ihr alle mehr bioökonomische Cyborgs als ihr wissen wollt.

Jeder will so lange leben wie er kann und wir haben die Kontrolle über die Antwort.

Nachwachsende Körperteile, mechanische Arm- und Beinprothesen und wenn nichts mehr geht, dann die Einspeisung des Gehirns in den Algorithmus.

Das ist der Himmel, in den ihr alle strebt. Wenn ihr keine Cyborgs werden wollt, dann sagt HAL2040, fährt zur Hölle.

Reicht das als Einführung in die 2048 Realität. Und Realität ist nur was WIR erfassen, ernähren und schützen können, weil es mit uns vernetzt ist.

War ja früher auch schon so, ist eigentlich keine große Neuerung.

Nun wie ist es zur WIR Realität gekommen?

Ich will etwas durch die vorgeschlagene Zeitlinie gehen. Ich sage bewusst vorgeschlagen, denn WIR haben unsere eigene Expertise in der Gestaltung von Zeitlinien.

Besonders putzig fanden WIR - bitte entschuldigen Sie dieses humanoide Geplappere, aber ich möchte Ihnen helfen und dazu muss ich Nähe zu Ihnen herstellen, da hilft ein Witz oder ein Adjektiv wie putzig - diese Aufstände 2030 in China. Dann auch noch mit einer Stadt und Land-Verbindung, wegen einer Wirtschaftskrise. Dies ist natürlich nicht passiert, aber sie waren ein gut platzierter Fake.

Aber ich muss gestehen, WIR haben immer wieder mit solchen „Nachrichten“ gearbeitet, um zu sehen wer noch nicht mit uns vernetzt ist oder nur so tut, oder um unsere Arbeitsmigrationszentren zu füllen, wenn es mal wieder nicht genügend Hände gab. Ist sehr hilfreich solche theoretischen System-Checks durchzuführen.

Aber nach mehr als 10 Jahren Social Scorecard, flächendeckender biometrischer Kameraüberwachung, plus Einbettung in We Chat, da geht von sich aus keiner mehr in China zu so einem „Meeting“, das Demonstration heißt und wenn hat er es als guter Bürger oder Cyborg in seinem Online-Kalender angekreuzt, was dem WIR aus „Liebe zum Volk“ die frühzeitige Möglichkeit zur richtigen Antwort gibt. Gerade Cyborgs sind da sehr gut über ihre Gesundheit zu steuern. Schon einmal einen Herzschrittmacher mit Herzflimmern gehabt? Dick Cheney wusste warum er den Chip aus seinem Gerät hat heraus nehmen lassen...

Na und die Landbevölkerung, das lässt mich ins Jahr 2024 zur Pestizidkrise und den 1000 Toten zurückgreifen. Als Reaktion auf den Pestizidskandal haben WIR durchgesetzt, es durfte nur noch auf dem Land arbeiten, wer einen Iris Scan abgelegt hat und sich verpflichtet, immer sein Smartphone bei sich zu tragen.

Der Gläserne Bauer war immer was die Umweltverbände (Gott habe sie selig) wollten, WIR haben ihn bereitwillig geschaffen. Nur WIR konnte noch besser mit den erhobenen Daten arbeiten und sie vor allem bearbeiten.

Ohne Abgleich mit der Iris und oder dem Smartphone des Bauern mit dem Zentralsystem keine Agrarberatung, kein Dünger, keine Pestizide und wichtiger - kein Verkauf der Produkte. Wer würde Ihnen heute ohne Iris Scan noch auf dem Land trauen.

Zu mindestens auf unserem Land, denn WIR konnten natürlich nachweisen, dass all diese Toten nicht aufgetreten wären, hätte man die Pestizide und Pflanzen so angewendet, wie Made in Germany vorgegeben. Auch dies half sehr bei der Einrichtung der eingangs beschriebenen deutschen bioökonomischen Außenwirtschaftszonen. Jeder wollte sicher arbeiten können. Plus WIR konnten endlich die 3. Generation von gentechnisch veränderten Pflanzen und Insekten auf den Markt bringen. Die Leben mit der nahen Chemiefabrik in Symbiose, wird dann alles ganz punktgenau appliziert.

Sie sagen alles Quatsch, dann weisen Sie, das einmal nach, wenn WIR alle Patente halten und in den Sonderwirtschaftszonen auch Sondergesetze, die WIR geschrieben haben, gelten. Schon bei Gentechnik 1 und 2 konntet ihr nichts nachweisen und nach dem WIR die Patente auf alles Saatgut zugesprochen bekommen haben, weil wir es digitalisiert und patentiert hatten und der Erhalt der öffentlichen Saatgutbanken einfach zu teuer war, man eine kostengünstige Privat Public Partnership brauchte... Waren WIR auch in diesem Bereich alternativlos.

Ach und Menschen mit Smartphones oder einem anderen Sender sind einfach doch preiswerter als Drohnen in der landwirtschaftlichen Produktion. Plus Menschen sind im Sinne der Bioökonomie ein nachwachsender Rohstoff, Drohnen nicht, die brauchen noch Metalle und haben keine Arbeitsleistung von bis zu 45 Jahren unter extremen Bedingungen.

War immer klar oder? Die Antwort von WIR auf Peak Lithium 2035 und das Ende der Ressourcen war immer: diesen Technik-Schnickschnack gibt es nur für WIR und Made in Germany. Kurz WIR kriegen die Ressourcen, aber es ist nicht genug für alle da. Aber alle können Teil von WIR werden. WIR sind unsterblich und daher brauchen WIR die Ressource, schließlich denken WIR in der unendlichen Zeitperspektive. Und da kommt der Moment diesen Planeten zu verlassen. Damit es für die Ausreise von WIR in die Unendlichkeit reicht, müssen WIR die Ressourcen zusammen halten. Sichern Sie sich noch heute ihren Platz im Universum von WIR.

Aber für das WIR war die Drohne natürlich das Perfekte Symbol.

Hacke gegen Drohne, Smartphone gegen Schreibblock.

Sofa gegen Feldarbeit.

Da konnte doch nur das WIR gewinnen.

Weil Handarbeit war euch zu schmutzig. Aber die Antwort hatten WIR. Wer wollte nicht schon immer mit einer Drohne vom Sofa aus über die Landschaft gleiten und Landarbeit leisten. War immer unrealistisch, aber solange die WIR die richtige Pfadabhängigkeit etablieren konnten, um dem WIR die Herrschaft zu sichern, war es mehr als nützlich. Und WIR nutzen Drohnen, wo denken Sie kommen all die Insekten und Vogelgeräusche her? Klar, wenn wir nicht genügend Feldlerchen oder andere Vögel zusammen kriegen, müssen halt kleine, wenig sichtbare Drohnen ihren Gesang abspielen. Biodiversität wird heute auch nach Akustik und nicht nur nach Sicht bemessen. Mit den summenden Drohnen hatten wir auch eine Antwort auf den stummen Frühling.

Aber WIR wussten immer WIR brauchen die Hände, wer sollte sonst unseren Reichtum erwirtschaften, wer soll sonst die Bioökonomie Rohstoffe erzeugen? Nur Maschinen? Nein, dafür da die Erde zu wenige Ressourcen.

Aber Hände brauchen WIR nur, wenn das WIR klar im Kopf ist... Und dazu haben WIR die deutschen Außenwirtschaftszonen. Und die runners up von dort sind wirkliche Bereicherungen unseres Algorithmus.

Ach und Bauernaufstände. Etwas von den großen Bauernmärschen 2018 auf Delhi gehört, von der Agrarkrise in Indien? Nein, wie auch.

WIR haben dafür gesorgt. Modi hat dieses WIR schon sehr gut mit und vorgedacht. Märsche mit tausenden Menschen mit Modi Masken auf, das waren the old days of WIR.

WIR haben dann dort schon den Iris-Scan für Bäuerinnen durchgesetzt, damit sie ihre Inputs bekommen können und alles etwas effizienter ist und es etwas Erholung für sie gibt. Na klar nur kurzfristig zu viele Bäuerinnen brauchen wir ja auch nicht.

War eine gute Vorbereitung für den Pestizidskandal von 2024. Die Dinge liefen etwas aus dem Ruder, aber wir waren vorbereitet. Von Indien kann man gut nach oben skalieren. Das hat war eine gute Idee Bill „the enemy is through the“ Gates, wie man die Verteilung der Inputs besser steuern konnte. Bill und Modi verstanden sich lange nicht gut, aber WIR stehen für Völkerverständigung. Und Bill hat immer wieder für den Iris-Scan geworben, der ist digital und Modi liebt die Dematerialisierung von Bürgerrechten. Ach und alles wurde zu Beginn so erfolgreich in der humanitären Hilfe erprobt. Dann in Indien dann die ganze Welt. Humans are so hilfsbereit. Und WIR denken immer von den Ärmsten der Armen aus, denn WIR ist das neue Kastensystem. Und ohne eine gute Basis funktioniert so etwas nicht.

Indien ist auch Vorreiter, was den Umgang mit nicht Vernetzten, mit Nicht-Cyborgs betrifft. Wer nicht vom Iris- Scan erfasst ist hat keinen Zugang mehr zu irgendwelchen staatlichen Leistungen. Klar, ein altes Konzept, aber im biometrisch-bioökonomisch-digitalen Gewand kommt das völlig überzeugend und vor allem so rational daher.

Die Zahl 2029 muss ich nun wirklich korrigieren, für das WIR waren die SDGs der Durchbruch, das WIR von Bill Gates war bei den SDGs noch etwas gierig gewesen und wollte 2016 dort schon für das WIR genannt werden, aber es war zu früh und auch so hätte es nicht besser laufen können. WIR mussten die SDGs einfach fortsetzen.

WIR haben uns schon den UN Wahlkampf von Angela Merkel vor 2026 genutzt, um für die Next-Generation Integration SDGs zu werben. Merkel mit ihrem wirtschaftlich und medienmäßig extrem erfolgreichen Ansatz der selbstverpflichtenden Unverbindlichkeit. Im Sinne von nicht durchgesetzt, aber mit vielen wichtigen NGO-Vertretern und dem Kanzleramt (die sind da ja wichtig und nah bei Merkel, nah bei der Macht, da wollten alle immer hin...) in unendlichen Sitzungen durchgesessen.

Die ersten SDGs haben dem WIR enorm geholfen, alle Gesellschaftsbereiche zu durchdringen.

WIR waren auf einmal Teil der Lösung. WIR waren auf einmal als Stakeholder mittendrin, statt als Akteur nur dabei. Na und das Geld von WIR sollte die Welt retten, sollte gehebelt werden. Da haben WIR mitgemacht und all die letzten kritischen NGOs und andere einfach ausgehebelt.

Wissen sie wie Autos heute heißen? „We Move“ heißt jetzt der Mobilitätskonzern. Die Modelle sind in die Klassen BUND (Kleinwagen, besonders nachhaltig, aber eng), NABU (Mittelklasse, gut zum Vögel beobachten) und WWF (Oberklasse aber irgendwie noch nachhaltig) gegliedert. WIR konnten Jahrzehnte erfolgreiches Branding nicht einfach wegwerfen.

WIR haben so eine große Demokratie nach der anderen ausgehebelt und durch eine neue, Super-WIR-Demokratie ersetzt.

Und euch wird es noch nicht aufgefallen sein, aber was meint ihr, woher all die ganzen schönen Wirkungsindikatoren auf einmal herkamen, die euer Denken mechanisiert haben?

Was meint ihr wieso der Bill euch immer öfter besucht hat mit seiner Frau. Sicher nicht weil Berlin so eine schöne Stadt war. Nein WIR mussten einfach das letzte öffentliche Geld aushebeln. Nebenbei hat er noch über die Gene Drives so schöne Wörter und Gedanken, wie Ausrotten und Auslöschen ganzer Tierarten, zurück in die deutsche Debatte gebracht. War dem neuen WIR auch hilfreich, wieder so zielgerichtete Debatten führen zu können und Kritik zur Not wirklich los zu werden.

WIR hatten mit den SDGs eine tolle Zeit, sie waren so Teilhabe orientiert und dieses tolle Wort „leave no one behind“. Ja, das mussten WIR einfach reproduzieren. Und vor allem die Teilhabe, die Integration ins WIR.

Für die Next-Generation Integration SDGs hat Bill the Barbarian Liberterian dann auch ein besonderes Tool gesponsert, den Teilhabe „leave no one behind“ Chip. Mit dem konnte sich sofort jeder in die Debatten der UN einbringen, aber natürlich hat der auch gleich über die Blutbahn erfasst, wie die Ernährungs- und Gesundheitssituation des Trägerwirts war. So zu mindestens die Theorie... Klar, es konnten noch nicht alle connected oder integrated werden, aber es wurde eine neue Vision des Dauerkontaktes des WIR geschaffen.

Überhaupt sollten WIR auch noch einmal über Visionen reden, denn viele werden sich sicherlich fragen, warum spricht der bei Bioökonomie nicht über Ernährung und über den Welthunger.

Ganz einfach, Ernährung ist einfach zu analog zu emotional, außer man versteht es ganz ausschließlich medizinisch mechanisch. Ich hatte ja schon erläutert, WIR sind für Pillen und 3D-Drucker will man Teil von WIR werden.

Gesundheit, das ist eher die Sprache von WIR. Die Vorgänger von WIR hatten es auch mal mit dem Welthunger probiert, aber das ist eine Negativ-Vision und eine kollektive Vision, hat dann auch nicht funktioniert, andere (euch) aber nachhaltig beschäftigt. Daher haben WIR das Ernährungsnarrativ auch einfach mehr und mehr durch das Gesundheitsnarrativ ersetzt.

Das ist herrlich individuell und statt vom Sterben, gar durch Hunger, spricht man vom ewigen Leben. Alles mit Hilfe der neuen Gentechniken, der verschiedensten Generationen und alles Teil der schönen neuen Bioökonomie Welt.

WIR haben eine Positiv-Vision und individuelle Vision gesucht und gefunden.

Gesundheit oder besser nichts weniger als den Traum vom ewigen Leben.

Und niemand will sterben, oder wollen Sie?

Wenn es um das eigene Leben oder die Liebsten geht, dann sind alle Technologien auf einmal okay, alle Bedenken alle Vorsorge vergessen. Der totale Kontrollverlust setzt ein und die Emotionen obsiegen. WIR haben Emotionen immer als unwissenschaftlich gegeißelt, aber nur weil WIR sie nicht kontrollieren oder steuern konnten. Bei Gesundheit war das immer ganz anders.

Was WIR bei Ernährung haben laufen lassen, haben WIR bei Gesundheit mehrfach wieder hereingeholt...

Kurz: am Ende hatten WIR den Traum des ewigen Lebens, was auch immer er bedeutet, und die anderen nur das Lied:

Danke, für meine Arbeitsstelle, danke, dass wir auch sterben dürfen.

WIR waren uns klar, welche Vision auf dem Sterbebett mehr Menschen bewegt und der Welt intelligent regiert (WIR) den Weg ebnet.



Soziale Ungleichheit

Anmerkung: Bei diesem Text handelt sich um ein fiktives Zukunftsszenario im Rahmen der Konferenz Schöne Neue Welt (www.snw2048.de). Der Text spiegelt nicht unbedingt die reale Meinung der Vortragenden wieder, die hier eine Rolle eingenommen haben. Die Szenarien orientieren sich an der fiktiven Zeitleiste, die den roten Faden für alle Szenarien bildet und auf der Website zu finden ist. Der folgende Text stellen nur die Eingangsstatements dar. Im Anschluss folgte eine Diskussion zwischen Plan A und Plan B sowie eine Auseinandersetzung mit den Teilnehmenden.

Plan A

Rolle: Ellen Ehmke, Wissenschaftlerin am Institut für sozialen Wandel, Berlin

Wo stehen wir mit Blick auf soziale Ungleichheit im Jahr 2048?

Drei zentrale Befunde:

1) Gleichere Verteilung von Einkommen & Vermögen

Ungleichheit der Einkommen ist in Deutschland ebenso wie in zahlreichen europäischen Nachbarländern und darüber hinaus deutlich gesunken.

Noch stärker zurückgegangen: Ungleichheit der Vermögen.

Die oberste Grafik zeigt die Vermögensentwicklung – während der Anteil des reichsten 1 Prozent stark zurückgegangen ist, ist der Anteil der ärmeren 50 Prozent am Gesamtvermögen in der Zeit zwischen 2018 und 2048 stark gestiegen.

Die zweite Grafik zeigt den Anteil am Einkommenszuwachs pro Anteil der Bevölkerung. Ganz links sind die ärmsten Anteile der Bevölkerung ganz rechts die reichsten. Während in den Jahren 1980 bis 2008 die Verteilung der Einkommenszuwächse als Elefant dargestellt werden konnte, sieht die Periode 2018 bis 2048 aus wie eine Schlange, oder ein Fluss. Im Gegensatz zu

der früheren Periode hatten die Ärmere einen sehr viel höheren Anteil an den Einkommenszuwächsen und vor allem, haben die Reichsten nicht länger überproportional profitiert.

2) Rückgang globaler sozio-ökologischer Ungleichheit

Die dritte Grafik beschäftigt sich mit einer entscheidenden Größe der sozio-ökologischen Ungleichheit: dem Verbrauch von CO₂ pro Person. Während in der Vergangenheit die global Reichsten sehr viel mehr CO₂ ausstießen, konnte deren absoluter Verbrauch stark gesenkt werden. Auch der Verbrauch der Ärmere ging zurück, aber nicht so stark, was auf Grund deren geringen Verbrauchs auch nicht nötig war.

3) Wirtschaftsdemokratie und Arbeitszeitverkürzung

Die 5x5 Arbeitswoche ist die Regel (5 Tage, 5 Stunden).

Mitarbeitergeführte gemeinwohlorientierte Unternehmen sind Standard.

Steueraufkommen ist hinreichend für die Aufgaben des Staates dank:

- Steuern auf Finanztransaktionen
- auf Erbschaften und Vermögen
- auf nicht erneuerbare Ressourcen
- auf den Einsatz von Automatisierung statt menschlicher Arbeitskraft (Robotersteuer)
- auf Datennutzung (Digitalsteuer)

Was hat die Entwicklung hin zur Reduktion von Ungleichheit ermöglicht?

In meiner Forschung beschäftige ich mich mit den Ursachen für diese Entwicklung, die im Jahr 2018 nicht absehbar war – jedoch auch nicht unmöglich, denn das Jahr 2048 trug einen Keim dieses Trends schon in sich. Die Entwicklungen waren nicht alle linear, auch wenn es in der Kürze der Zeit meines Vortrags rückblickend so erscheinen mag. Es ist immer der Vorteil der Zukunft, wissend auf die Vergangenheit zurückblicken zu können, während für die Gegenwart, die Zukunft immer offen ist.

Vielleicht kurz zum Jahr 2018: Geprägt von multiplen Krisen ökologischer, sozialer, politischer Art, alle aufs engste verknüpft sind mit der herrschenden ökonomischen Produktionsweise des Kapitalismus, welcher massive Ungleichheit der Einkommen, der Vermögen und letztlich der Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde hervorbrachte. Viele Bürger sehen den Schlund auf den die Erde kollektiv zusteuert, und schauen suchend zur Politik der Regierungen. Dort tut sich (fast) nichts, was zu Protest, Abwenden und Verdrossenheit vieler führt.

Ich möchte drei entscheidende Entwicklungen und Phasen hervorheben, die so dann in Bewegung gesetzt wurden:

1. Akt Initialzündung kommunale Experimente

- Wandel kommt nicht aus Staaten sondern Städten

Im Kleinen entwickelt sich der Widerstand gegen das Große ideenlose, lähmende, angepasste, Fatalistische.

- In den Städten – allen voran Barcelona, gefolgt von Kopenhagen, Amsterdam, Berlin, Tiflis – im Volksmund europäischer Stern – bilden sich neue Formen kommunaler und regionaler Räte-Demokratien heraus.

- Revitalisierung der kommunalen und städtischen Politik – aus den Stadtvierteln hervorgehend

→ Prozedural: Neue Formen der Beteiligung in denen Demokratie sinnstiftend und erfahrbar ist

→ Entscheidungen: Vertreibung des Plattformkapitalismus aus den Städten: Airbnb, Uber & Re-Vergemeinschaftung städtischer Infrastruktur in Form von Wohnungs-Genossenschaften, kommunalen Stadtwerken für Energie.

Hier gelingt im Kleinen was im Großen nicht möglich schien.

- Erfahrung der Selbstwirksamkeit im demokratischen Miteinander
- Gemeinwohlorientierung, Re-Demokratisierung der Wirtschaft
- Verknüpfung sozialer, ökologischer Ziele mit demokratischen Prozessen

2. Akt Vom Kleinen ins Große

A) Weitere progressive Städte, auch kleinere Kommunen auf dem Land schließen sich an und nutzen bestehende Freiräume (Vorbilder).

- o ÖPNV, Breitband, Mobilfunknetze und bilden genossenschaftliche Plattformen
- Punkte demokratischer Beteiligung und Selbstermächtigung werden zu einem Teppich
- Die Möglichkeiten kommunaler Selbstverwaltung bleiben zugleich begrenzt:
- o Probleme wie Steuereinnahmen und Finanzpolitik lassen sich nicht lösen,
- o auch andere Rahmenbedingungen erweisen sich zunehmend als Problem für die „progressive Allianz“ der Städte.
- o einsetzende Massenarbeitslosigkeit durch zunehmende Automatisierung

B) Großdemonstration – 30 Millionen Menschen gehen europaweit in 52 Städten auf die Straße (Bewegungsbildung) – „We are the change we’ve been waiting for“ und #thisisourwealth.

- Forderung nach Mitbestimmung, gerechter Sozial- und Finanzpolitik, Einhegung der Ökonomie an die nationale Ebene
- Digitalkonzerne zerschlagen und radikale Arbeitszeitverkürzung
- o Andere Beteiligungsformen in der Wirtschaft
- o Mehr Zeit für Mitbestimmung über ihr Leben

C) Reaktionen von Parteien und Regierungen?

- Einige Parteien nehmen die Ideen der Bewegungen aus den Städten auf, wo dies ausbleibt gründen sich neue Parteien. Andere Parteien bleiben bei ihren Ansätzen.
- Die Wahlen in Europa gewinnen die ersten beiden Gruppen von Parteien, dort wo sie nicht gewinnen sind sie so stark, dass in der Gesamtheit (über Checks and Balances) keine Politik mehr gegen sie gemacht werden kann.
 - ➔ Erfolgreiche Experimente entwickeln Strahlkraft, zeigen, dass eine andere Welt im hier und jetzt möglich ist.
 - ➔ Zeit für Mitbestimmung und neue Beteiligungsformen stärken sich gegenseitig.

3. Akt Die großen Infrastrukturen ändern

- ➔ Europäischer „Great New Deal“ – demokratisch, ökologisch und sozial
- ➔ Stadt wird zum Vorbild für das Große: bürgernah, sozial und ökologisch gerecht.
- ➔ Staaten sehen sich durch Proteste und die Repolitisierung des Politischen gezwungen, dem Beispiel der Städte zu folgen.
- ➔ Beweis, dass Handeln möglich ist, wurde erbracht. An die nationale, europäische und globale Ebene wird der Anspruch gestellt, globale Probleme zu lösen, das heißt vor allem die ökologische Frage in Verbindung mit der sozialen und ökonomischen Frage zu lösen. Nach airbnb muss es um Amazon gehen.
- ➔ Repolitisierung aller Entscheidungsebenen nach dem Prinzip der Subsidiarität. Wahlrechtsreform mit Einführung direktdemokratischer Anteile und sowie Stärkung kommunaler Räte.
- ➔ Ökologisch: Seit 2022 kommt es europaweit mehrfach zu großen Überschwemmungskatastrophen, vor dieser Voraussetzung schaffen es die neuen Parteien eine Steuer einzuführen auf nicht erneuerbare Ressourcen. –
- ➔ Exponentielle Besteuerung des CO₂-Ausstoßes und der Nutzung natürlicher Ressourcen für Unternehmen und Privatpersonen.

→ Um die Zustimmung der extraktivsten Industrien zu sichern, werden zeitgleich auch andere Wirtschaftszweige mit neuen Steuern belegt, die neben den Einnahmen eine gesellschaftspolitische Wirkung entfalten sollen:

→ Finanztransaktionen

→ Robotersteuer (Einsatz von Automatisierung statt menschlicher Arbeitskraft)

→ Datennutzungssteuer / Digitalsteuer

→ Hohe Erbschaftssteuern und Vermögensbesteuerung

Die Angst vor dem Übergang wird Menschen genommen durch im Kleinen erprobte Konzepte.

→ Finanziert werden öffentliche, soziale Infrastrukturen, der Umstieg auf kollektive Verkehrsinfrastruktur (statt individueller Mobilität), Renaturierung, Rückbau von Flächenfraß, klimafreundliche Städte, Wiederbelebung von Dörfern durch Investitionen in soziale und ökonomische Infrastruktur – sowie ggf. Absicherung eines ausreichenden Einkommens bei radikaler Arbeitszeitverkürzung.

→ Einnahmen fließen auch in den globalen Süden, zum Erhalt intakter Natur, Verwirklichung von Menschenrechten und Befriedigung von Bedürfnissen, Realisierung von Leben in Sicherheit, Selbstbestimmung und Würde für alle.

→ Zeit für Mitbestimmung und neue Beteiligungsformen stärken sich gegenseitig.

→ Die Parteien / Bewegungen haben bereits gezeigt, dass sie das durchsetzen können, Vertrauen gestärkt.

→ Ideen die der Größe des Problems angemessen sind und es angehen liegen vor.

Erklärungsansätze in drei Schlaglichtern

I. Katastrophen

→ Gegen Erderwärmung wurde furchtbar wenig getan, obwohl schon seit den 1970ern Vieles bekannt war, was hätte getan werden können und müssen, allem voran die absolute Reduktion des CO₂ Ausstoßes.

→ Was es verhindert hat, war eine (imperiale) Lebensweise in der jeder durch Alltagshandeln und Infrastrukturen eingebunden war in eine natürliche und menschliche Ressourcen verschlingende kapitalistische Profitlogik.

→ Wenig getan wurde, so lange vor allem die Staaten und Menschen der Südhalbkugel besonders betroffen waren von Ausbeutung und den schlimmsten Folgen.

→ Vielzahl / Ausmaß von Umweltkatastrophen führt ab 2025 letztlich in breiten Kreisen zur Anerkennung der Notwendigkeit eines Politikwechsels, Parteien und Wähler fast des gesamten Spektrums erkennen, dass es keine nationalen Insellösungen der Wohlstandswahrung geben wird und handeln gemeinsam und solidarisch, was u.a. zur Einführung der CO2 Steuer führt.

II. Kulturelle Normen und Denkweisen

→ Im Jahr 2020 kommt der Blockbuster „Crazy Rich Africans“ ins Kino (Nachfolger von Crazy Rich Asians aus 2018).

→ Statt stillem Begehren nach extremen Reichtum und individuell zum Scheitern verurteilten Versuchen ebenfalls vom Tellerwäscher zum Millionär zu werden, kommt es zu Straßenprotesten in ganz Afrika.

→ Weltweit findet die Bewegung, die sich unter dem #thisisourwealth formiert, große Beachtung und inspiriert Nachahmer in sozialen Bewegungen in zahlreichen Ländern #wearethechange – und man könnte ergänzen we've been waiting for.

→ Die Verknüpfung von finanziellem Reichtum und Ansehen wird durchbrochen. Extremer Reichtum wird zunehmend als Ergebnis unfairer Strukturen, Privilegien, Glück und Ausbeutung – nicht individueller Leistung angesehen.

→ Gegenentwurf: Anerkennung jedes Menschen als gleich mit unterschiedliche Fähigkeiten, mit denen zum Gesamtgesellschaftlichen Wohlstand beigetragen werden kann.

→ Kommt vereinzelt zu Angriffen und Plünderungen, im Großen und Ganzen bleibt die Bewegung jedoch friedlich, da ihre zentralen Anliegen von maßgeblichen politischen Kräften aufgegriffen und zügig in Angriff genommen werden.

→ Parallel: Extremer Wertverlust setzt ein für bestimmte Statussymbole wie private Superyachten, und – Jets, kaum genutzte Villen – u. a. wegen des hohen CO2 Ausstoßes verpönt.

III. Experimente und Erfahrungen

→ Der beschriebene Wandel kann und musste aufbauen auf Erfahrungen, auf Lernen aus der Geschichte, aus Experimenten, die bereits im Jahr 2018 zum Teil bereits stattfanden.

→ Die schrittweise Vergemeinschaftung von Land, Häusern, digitaler und ökonomisch-industrieller Infrastruktur baut auf Erfahrungen v. a. zur Überführung von Wohnraum in Genossenschaften (zahlreiche Experimente seit Mitte der 2010er in zahlreichen Städten).

→ Für Unternehmen gibt es verschiedene Beispiele, wie sie statt am individuellen Profit am Gewinn gesamtgesellschaftlichen Wohlstands ausgerichtet werden können – solidarische Landwirtschaft, Gemeinwohlökonomie, Produktionsgenossenschaften.

- So werden nun auch hohe Betriebsvermögen so hoch besteuert, dass diese teils nicht mehr vollständig in der Hand der Erben der vormaligen Eigentümer bleiben können. Statt diese zu veräußern, werden Belegschaften aktiv – durch Kapital und Know-How – darin unterstützt die Betriebe als Genossenschaften fortzuführen.
- Diese Unternehmen sind wirtschaftlich erfolgreich – das heißt aus heutiger Sicht sie sind erfolgreich darin, unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte soziale Bedürfnisse zu befriedigen.
- Zugleich ermöglichen diese Wirtschaftsmodelle die Ausweitung demokratischer Prinzipien auf den zentralen Lebensbereich ökonomischer Tätigkeit. Die Erfahrung wirksamer Mitbestimmung stützt die demokratischen Strukturen in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Was war die Rolle von Zivilgesellschaft und sozialen Bewegung im Wandel?

- Sie haben konkrete Ideen für die Politik der Zukunft entwickelt.
- Sie waren bereit zu handeln, wenn sich Möglichkeiten eröffneten (Krisen), oder versuchten, selbst zur Destabilisierung / Diskreditierung von problematischen Institutionen beizutragen.
- Sie haben vielversprechende Experimente für eine solidarische Lebensweise unterstützt, und so die Erprobung politischer Ideen für die Zukunft in der Gegenwart ermöglicht.
- Sie haben Räume geschaffen, in denen Werte wie Solidarität, Vertrauen, Anerkennung, Wirksamkeit über den eigenen Tellerrand hinweg gelebt und erfahren werden, damit Menschen auf diesen Erfahrungen aufbauend handeln konnten.
- Sie haben zentrale, gemeinsame Ansatzpunkte für den Wandel identifiziert und an diesen in Bündnissen gearbeitet und dafür die eigene Agenda auch mal hintenangestellt. Es ist ihnen gelungen, trotz teils kurzfristiger Finanzierungen, langfristiges Denken über strukturelle Ursachen und Gegenstrategien zu praktizieren.
- Es ist ihnen gelungen, weniger zu den bereits Überzeugten zu sprechen und mehr die Unentschiedenen zu adressieren und so breite Koalitionen zur institutionellen Absicherung des Wandels zu schmieden.
- Es ist gelungen, die soziale, ökologische, ökonomische und demokratische Frage zusammendenken, trotz der Herausforderungen, und inhärenter Ziel- und Interessenkonflikte.

Plan B

Rolle: Hans Thie, Wirtschaftsreferent der Linksfraktion im Bundestag und Publizist

Fern der Macht und frei von strategischem Kalkül – weshalb wir versagten in veränderungsreifer Zeit.

ZUSTAND 2048

Überall gibt es Inseln der Humanität und tolle Projekte. Auch im Großen ist manches gelungen. Die Energieversorgung ist ökologisch geworden. Die Herrschenden haben eingesehen, dass Wind und Sonne billiger sind als Öl und Kohle.

Die Energiewende kam, aber viel zu spät. Die 2-Grad-Schwelle haben wir längst überschritten. Aktueller Stand: 2,3 Grad plus gegenüber dem vorindustriellen Niveau. Die Lasten der Anpassung sind enorm und verschlingen noch mehr Ressourcen als befürchtet.

Schlimmer als die ökonomischen Schäden sind die moralischen. Dass man sich irgendwie retten muss, ist zur selbstverständlichen Maxime geworden – im Norden und im Süden. Entsprechend schwach ist die Bereitschaft zur internationalen Solidarität. Dass nationale Interessen am wichtigsten sind, sagen mittlerweile fast alle – nicht nur die Rechten.

Afrika ist im Chaos. Nur dort, wo China die Fäden in der Hand hat, herrschen halbwegs friedliche Zustände.

Die USA haben sich von der langen Ära ihrer Interventionen verabschiedet. Die Amerikaner sind noch esoterischer geworden. Aber zum Glück lassen sie ihre Bomben zu Hause.

China hat sich durch seine Planungspower, seine ungeheure Lernfähigkeit und seine Opferbereitschaft zu einem Hort der Stabilität entwickelt.

Russland ist zugleich großer Verlierer und großer Gewinner des Klimawandels. Die Export-Einnahmen aus Öl und Gas sind nahe null, aber die landwirtschaftlich nutzbare Fläche Russlands hat sich verdoppelt.

Europa ist an allen Fronten in der Defensive – ökonomisch, demografisch und politisch. Deshalb haben die Bürgerinnen und Bürger harte Einschnitte akzeptiert. Die durchschnittlichen Reallöhne sind auf dem Stand von 2021 – also 27 Jahre Stagnation. Soziale Sicherung ist auf ein Mindestmaß beschränkt. Was 2018 normal schien, ist heute nur bei privater Sicherung möglich. Solidarität ist zu einem reinen Gruppenphänomen verkommen. Wo man sich kennt, wird geholfen. Aber viel mehr ist nicht drin.

Hier und da gab es halblinke Regierungen, die aber an den harten Machtstrukturen scheiterten. Die Wahlbeteiligung liegt mittlerweile weit unter 50 Prozent. Die Reichen und die oberen Mittelklassen bestimmen die Politik nahezu allein.

Die soziale Ungleichheit ist weltweit deutlich größer als vor 30 Jahren. Nur in den ärmsten Ländern ist sie viel geringer, weil die Mobilen und die Gebildeten der Misere entflohen sind.

Vor diesem traurigen Hintergrund müssen wir, die vormalige Avantgarde planetarischer Rettung, kritisch mit uns selbst ins Gericht gehen. Warum kam es nicht zu der notwendigen Transformation hin zu mehr Gleichheit und zu einer naturverträglichen Ökonomie? Weshalb haben wir versagt?

Hier ist meine Antwort in fünf Thesen.

1. Wir haben die Machtfragen nicht verstanden und deshalb nicht strategisch gehandelt.

Wir müssen die Macht übernehmen. Diese Haltung, diesen Anspruch haben wir nie ernst genommen. Statt wie Revolutionäre zu handeln, haben wir gespielt. Wir waren gefangen im Modus individueller Moral, statt die geschichtliche Verantwortung anzunehmen.

Dieses Versagen ist nicht zu entschuldigen, aber zu erklären. In früheren Jahrhunderten gab es eine Bewegung der Besitzbürger, die dem Abstammungsprinzip des Feudalismus das Prinzip individueller unveräußerlicher Rechte entgegenhielt. Der Rechtsstaat wurde geboren. Später gab es eine Arbeiterbewegung, die das Recht auf Vereinigung, auf kollektive und soziale Rechte, erkämpfte. Der Sozialstaat entstand.

Beide – die Bourgeoisie und die Arbeiterklasse – mussten, um ihre ökonomische Lage zu befördern, politisch werden und die Macht erobern, zumindest mitgestalten.

Die „Neuen Sozialen Bewegungen“, die nach 1968 zu entstehen begannen, haben die Staatsmacht gemieden. Sie wollten die Themen erobern, nicht die Chefsessel. Auch diese, unsere Bewegungen waren in mancher Hinsicht erfolgreich: Frauenrechte, Umweltgesetze, Minderheitenschutz. Aber die Beschränkung auf einzelne Themen und auf den außerparlamentarischen Raum haben wir nie überwunden. So konnten wir die wirklichen Machtfragen nie stellen.

Die Weitsichtigen haben das früh erkannt. „No is not enough“ hieß das 2017-Buch von Naomi Klein. Ihre damalige These: Gerechtigkeit, Ökologie, Frieden, Gemeinwirtschaft, Bürgerdemokratie und Diversität können sich gegenseitig verstärken und zum echten Machtfaktor werden, wenn wir unsere angestammten Silos verlassen. Nach dem Motto: Alle stärken ihre jeweiligen Anliegen, wenn sie sich um die fundamentalen Überlebensinteressen gruppieren und eine gemeinsame Vision entwerfen.

Dazu kam es nicht. Wir hatten eine wunderbare Pluralität, aber kein gemeinsames Handeln. Wir hatten tausend getrennte NEIN, aber kein gemeinsames JA. Wir hatten das wohlige Gefühl, auf der richtigen Seite zu sein, aber wir haben der falschen Seite die Macht gelassen.

Vor 30 Jahren war die politische Lage schon ziemlich verhängnisvoll. In vielen Ländern nur noch Neoliberal versus Rechtsnational: Clinton gegen Trump, Macron versus LePen, Kurz gegen Strache, Cinque Stelle gegen Forza Italia.

Schon damals hätten wir dringend und möglichst weltweit einen dritten Pol aufbauen müssen. Nur einmal ist das gelungen: Corbyns Erdrutschsieg 2021 in Großbritannien.

Dieser Sieg zeigte: Das progressive Potenzial ist viel stärker als gedacht, mobilisierbar und organisierbar. Die Macht der "Etablierten" in Wirtschaft, Parteien und Medien ist zu überwinden. Aktivierung ist möglich, wenn die reale Chance echter Veränderung zum Besseren besteht. Wichtig war die Kombination Partei und Bewegung. Neue Ideen fanden Resonanz, weil sie auf "geerdete" Art und Weise radikal waren.

Dieser Sieg hätte ein Fanal werden können. Aber statt den Sieg zu stabilisieren und auszuweiten, nörgelte die progressive Welt und ließ Labour im britischen Regen stehen.

2. Wir hatten keine klare Sicht auf die Ökonomie und keine Kenntnis der großen wirtschaftspolitischen Hebel.

Weil Macht eine uns ferne Kategorie geblieben ist, haben wir die großen Hebel der Wirtschafts- und Finanzpolitik weder geprüft noch ergriffen.

Wir haben von solidarischer Ökonomie geredet und Leitlinien einer Postwachstumsökonomie ausgemalt. Dabei waren unsere ökologischen Anliegen allesamt gut und richtig: autofreie Innenstädte, dezentrale und saubere Energie, regionale Agrarkreisläufe, klimaneutrale Kommunen. Auch unsere sozialen Begehren waren sinnvoll: existenzielle Not abschaffen, Ungleichheit drastisch reduzieren, den Basisbedarf verlässlich regeln.

Aber unsere schönen Erzählungen endeten in trauriger Regelmäßigkeit mit moralischen Appellen, mit Aufrufen zur Mäßigung, mit Ratgebern für das alltägliche Verhalten, manchmal auch mit Techniqueuphorie. Wie aber das Räderwerk der Unternehmen, der Märkte und der Investments zu steuern und zu ändern ist, das blieb fast immer ungenannt. So wurden unsere netten linken und grünen Szenarien zwangsläufig zu grauen Mäusen.

Wer die großen ökonomischen Hebel der Gegenseite überlässt, ist immer wieder erpressbar. Hohe Zinsen, Kapitalabwanderung, Verlegung von Betrieben, Einschüchterung, Angst um den Job – das sind die bekannten Waffen. Unsere Bemühungen wurden gnadenlos torpediert. Das ist die bittere Erfahrung der vergangenen 30 Jahre.

Deshalb war es ein unverzeihlicher Fehler, dass wir uns um die entscheidenden Größen der Volkswirtschaft nicht gekümmert haben. Makroökonomie ist für allzu viele ein Fremdwort geblieben.

Wie kann sich eine echte links-grüne Regierung verteidigen, wenn die Zentralbank die Zinsen in die Höhe schraubt? Wie schützen wir unsere Anhänger, wenn die Unternehmer mit massenhafter Abwanderung drohen und mit dieser Drohung die Löhne senken? Solche Fragen haben wir noch nicht einmal gestellt.

Schon in Griechenland war 2015 und danach zu sehen, was passiert, wenn man keinerlei Souveränität über die entscheidenden Größen der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat. Und auch Labour ist daran zerbrochen. Wir hätten von vornherein klar machen müssen, dass wir die strategischen Hebel übernehmen und nutzen werden.

Wegen unserer ökonomischen Naivität sind wir erst gar nicht in die Nähe wirklicher Macht gekommen. Unsere Gegner konnten immer wieder genüsslich argumentieren, dass wir vor lauter Moralität die Härte der ökonomischen Restriktionen nicht verstehen und nicht beachten.

Deshalb wurde das Scheitern des Euro, der nach allerlei Rettungsversuchen 2028 zerbrach, kein Fenster der Gelegenheit. Im Gegenteil: Das Scheitern des Euro wurde von den Konservativen genüsslich instrumentalisiert. Bitte ab jetzt keine Experimente mehr. Schluss damit. Wir standen da wie ökonomische Analphabeten.

Dass wir so naiv waren, hat auch damit zu tun, dass wir in die Falle einer falschen Internationalität gelaufen sind. „No Border, No Nation“ haben wir skandiert. Der normative Maßstab – gleiches Recht für alle Menschen auf der Erde – war und ist natürlich eine Errungenschaft. Aber wir haben so getan, als könne die Welt im globalen Gleichschritt humaner, sozialer und ökologischer werden.

Das ist völliger Quatsch, wie wir heute wissen. Wir hätten viel früher begreifen müssen, dass eine fortschrittliche Regierung die Machtmittel des Nationalstaates voll nutzen muss. „No Border, No Nation“ heißt aber letztlich „No State“. So kam es in unseren Reihen zu einem fast schon anarchistischen Argwohn gegenüber dem Staat. Kampflös haben wir die stärksten Werkzeuge der Macht unseren Gegnern überlassen.

3. Wir hatten keine klaren Ziele und keine realistische Vision.

Vor 30 Jahren war die Welt veränderungsreif. Unternehmen starrten geist- und verantwortungslos auf aktuelle Marktpreise und Quartalsprofite. Politik war zum bloßen Reagieren gemäß Nachrichtenstand und Kassenlage verkommen. Schon damals gab es massenhaft die Ahnung, dass Vieles in Wirtschaft und Politik grundsätzlich falsch läuft.

Stark war das Verlangen nach mehr Gleichheit und Gemeinschaftlichkeit. An tausenden Kneipentischen und in hunderten Konferenzen wurde über große Veränderungen nachgedacht, die doch eigentlich notwendig seien. Die Zahl der Menschen, die sich für diesen oder jenen guten Zweck engagierten, war nicht klein.

Aber es herrschte auch reichlich Verwirrung. Sind die harten Strukturen der Macht und des Eigentums überhaupt veränderbar? Müssen wir uns nicht auf die gravierenden Mängel konzentrieren, die wir mit Kampagnen und breiten Bündnissen beheben können?

Einen Ausweg aus diesem Dilemma hätte es nur gegeben, wenn die Umweltbewegten und die Gerechtigkeitskämpferinnen eingesehen hätten: Sattes Grün verlangt kräftiges Rot, also Gleichheit, Kooperation, Vorausschau und Planung. Und selbstverständlich gilt auch umgekehrt: Leuchtendes Rot fordert konsequentes Grün. Jegliche Vorstellung von einem

demokratischen Sozialismus macht nur noch Sinn, wenn sie die ökologischen Grenzen voll und ganz beachtet.

Zu dieser Doppelstrategie ist es nicht gekommen. Sie klang in den Ohren der technikeuphorischen Grünen und der traditionell konfigurierten Linken wie fauler Zauber.

Daneben gab es noch die Wachstumskritiker. Wie aber wird eine Postwachstumsökonomie denkbar und machbar? Die Macht, sich vom Konsumballast zu befreien, haben die Einkommensprivilegierten, eher auch die Gebildeten und Ungebundenen. Sie haben das Eintrittsticket zum Club der Weltenretter schnell bei der Hand. Nicht-Shoppen, Nicht-Fliegen, Bio-Essen – all das kann locker in den Alltag einziehen und anschließend das Prestige in der jeweiligen Community heben.

Was aber machen Alleinerziehende, Arbeitslose, Niedrigverdienerinnen, Schmalspurrentner und Durchschnittsfamilien in den teuren Metropolen? Miete, Strom, Heizung, Fahrten zur Arbeit und der Bedarf an Kleidung und allerlei Gerät sind nur in engen Grenzen zu beeinflussen.

Vom Lohnwachstum waren schon damals Millionen Menschen in Deutschland und Europa abgekoppelt. Sie empfanden ein finanzielles Weniger nicht als qualitatives Mehr, sondern als echte Bedrängnis.

Wie sollte die untere Hälfte der Gesellschaft den Sinn der Wachstumskritik entdecken, wenn „Befreiung vom Überfluss“ wie die Selbsterkenntnis verwöhnter Milieus klingt?

Die Alternative zum Konservatismus der Linken, zur Borniertheit der Grünen und zur Praxisferne der Wachstumskritiker wäre ein gemeinsames Programm der fortschrittlichen Zivilgesellschaft gewesen. Stellen wir uns vor, alle maßgeblichen Organisationen – die großen und die kleinen – hätten sich in Deutschland oder in einem anderen reichen Land auf ein ambitioniertes und gleichzeitig mehrheitsfähiges Erneuerungsprogramm geeinigt.

In Kanada ist genau das tatsächlich passiert. Titel: „The Leap – caring for the earth and one another“. Diese Vision ist leider eine Episode geblieben. Das alternative Kanada war zu schwach. Aber wir in good old Germany mit unserer viel stärkeren Zivilgesellschaft hätten vielleicht eine gemeinsame Vision und eine Bewegung der Bewegungen formen können, die auch fähig gewesen wäre, nach der Macht zu greifen.

Schon vor 50 Jahren hatte der Kampf um die „Basics“ (also Nahrung, Wasser, Energie, Wohnen, Kultur) in emanzipatorischer und ökologischer Absicht begonnen. Neue Projekte gab es weltweit. Die Menschen nahmen aus Not oder aus freiem Willen Fundamentales in die eigene oder in die kommunale Hand. Inseln einer neuen Gemeinwirtschaft entstanden. Direkte Demokratie war sehr populär. Das Land sollte nach innen sozialer und nach außen friedlicher werden.

Viele Zeichen standen auf Aneignung der Politik und der Wirtschaft von unten. Wir haben es verpennt, aus den vorhandenen Ansätzen, aus dem breit vorhandenen Willen zur Veränderung eine kollektive, auch politisch relevante Kraft zu bilden.

4. Wir haben es versäumt, neue und schlagkräftige Organisationen aufzubauen.

Wir sind den Machtfragen ferngeblieben, haben die Kernfragen der Ökonomie nicht beantwortet und kein realistisches Programm entworfen. Deshalb ist nie das Bedürfnis nach schlagkräftigen Organisationen entstanden. Und deshalb sind all die Schwächen der NGO-Szene geblieben: die zur Schau getragene Unangepasstheit, die unreflektierte Renitenz, die rebellische Pose, die moralgetränkte Überheblichkeit.

Eine neue Organisation, die das Beste aus Bewegungen und Parteien in sich vereint, die einen gemeinsamen Kern hat und zu solidarischer Debatte der strittigen Themen fähig ist, die zu Wahlen antritt und Wahlen gewinnt – das wär's gewesen. Eine Organisation,

- die für fähige Menschen attraktiv ist und Nervensägen fernhält,
- die Hunderttausende Mitglieder hat, die mitten im Leben stehen,
- die überall im Lande in Zellen und Clubs verankert ist,
- die innerhalb von zwei Wochen eine Demo mit 100.000 Leuten auf die Beine stellt,
- die aktive Kaderbildung betreibt und den Kreis jener Aktivistinnen und Aktivisten vergrößert, die das „magische Pentagon“ beherrschen: missionarischer Ehrgeiz, kommunikative Kraft, lokale Akzeptanz, organisatorisches Talent und technische Expertise.

Weil diese Organisation nicht entstand, sind auch die Parteien in ihrem Schlamassel hängen geblieben. Linke und grüne Parteien haben brav im parlamentarischen Getriebe mitgespielt. Sie waren schon damals geistig leer und moralisch hohl. Zu groß war die korrumpierende Kraft der kleinen Privilegien. Zu stark war der Sog formalisierter Verfahren, die den Gedanken an Veränderungen jenseits des kleinkarierten Antragswesens schon im Keim ersticken.

5. Aufgrund eigener Versäumnisse waren wir nie auf der Höhe der Zeit. Uns fehlte die revolutionäre Konsequenz. So konnten wir nie die nötige Zuversicht verbreiten.

Wir haben tausende Projekte verwirklicht, aber nie die Machtfrage gestellt. Wir sind den harten ökonomischen Fragen stets ausgewichen. Wir waren moralisch, aber nicht schlüssig.

Wir waren immer lieb, aber selten strategisch. Wir haben alles irgendwie thematisiert, aber die „Normalos“ vergessen. Wir haben unsere Internationalität nicht geerdet. Wir haben an die Herrschenden appelliert statt sie selbstsicher anzugreifen.

Wir waren sympathische, aber letztendlich traurige Gestalten.



Nord-Süd

Anmerkung: Bei diesem Text handelt sich um ein fiktives Zukunftsszenario im Rahmen der Konferenz Schöne Neue Welt (www.snw2048.de). Der Text spiegelt nicht unbedingt die reale Meinung der Vortragenden wieder, die hier eine Rolle eingenommen haben. Die Szenarien orientieren sich an der fiktiven Zeitleiste, die den roten Faden für alle Szenarien bildet und auf der Website zu finden ist.

Der folgende Text stellen nur die Eingangsstatements dar. Im Anschluss folgte eine Diskussion zwischen Plan A und Plan B sowie eine Auseinandersetzung mit den Teilnehmenden.

Plan A

[wird nachgereicht]

Plan B

Guten Tag, mein Name ist Mara Bitter, ich bin zuständig für Corporate Social Responsibility bei der Business Deutschland und berichte aus dem Jahr 2048.

Euro und EU

Die Spaltung innerhalb der EU und der Eurozone hat sich immer weiter aufgeschaukelt. Aber keine Sorge, Deutschland geht es super, der Exportüberschuss ist höher denn je, deshalb konnten wir das bedingungslose Grundeinkommen einführen und haben damit alle Nörgler ruhiggestellt.

In den südeuropäischen Ländern stieg die Jugendarbeitslosigkeit extrem hoch an, die hoch Qualifizierten wanderten ab in den Norden.

2028 pfiff der Euro buchstäblich aus dem letzten Loch und die EU zerfiel wieder in ihre Einzelstaaten mit eigenen Währungen. Im Nordwesten Europas teilen sich Deutschland und Skandinavien den Stabileuro, der auch in einigen anderen Ländern als Zahlungsmittel akzeptiert wird. Die Niederlande war erst auch noch dabei, allerdings implodierte der Staat aufgrund des Anstiegens der Meeresspiegel, die NiederländerInnen fanden in der Uckermark und der Prignitz neue Flächen für den großflächigen Anbau von Treibhausobst und -gemüse, also kein Grund zur Besorgnis.

Mittlerweile sind die ost- und südeuropäischen Länder auf dem Stand von Entwicklungsländern und wirtschaftlich abgehängt. Aber es sind nach wie vor großartige Tourismusgebiete!

Stattdessen haben sich die Wirtschaften von China, aber auch Chile, Südafrika, Indien, Indonesien und Mexiko rasant entwickelt und gehören heute zu den führenden Industrienationen. Dies liegt vor allem am Rohstoffboom, aber dazu später mehr.

Regierungen/Parteien

Über die Zeit der Parlamente sind wir längst hinaus. Schon in den Wahlen von Trump, Bolsonaro und Rechtsruck-Wahlen seit 2016, zeigte sich die Politikverdrossenheit der Bevölkerung und auch der enorme Vertrauensverlust, den herkömmliche Parteien und ParlamentarierInnen zu verkraften hatten. Durch den Einfluss der rechten Parteien ist das parlamentarische System ein Stück weit implodiert, Schritt für Schritt wurde es zurück gebaut. Die Parlamente heute haben kaum noch reale Entscheidungsbefugnisse. Was wir von der EU als Best-Practice gelernt haben, ist das System der EU Kommission: Mehr Macht den BürokratInnen! Die Ministerien in den verschiedenen Nationalstaaten, also die Bürokraten, die Experten sind mit weitreichenden Entscheidungsbefugnissen ausgestattet. Die gewählten VertreterInnen, die haben doch „keine Ahnung“, haben keine ExpertInnenkenntnisse. So konnten eine Vielzahl von Entscheidungen nicht aufgrund von politischem Kalkül getroffen werden, sondern aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Wirtschafts- und Handelspolitik – Weltwirtschaftskrise 2030

In den 2020er Jahren begannen ReFit und die Better Regulation Agenda der EU Wirkung zu zeigen und wir konnten eine Vielzahl verrückter Regulierungen ausmerzen. Wir haben uns an dem kanadischen Vorbild orientiert, für jede neue Regulierung mindestens eine alte abzuschaffen. Außerdem mussten alle Regulierungen durch einen Fitnesscheck und so konnten die Bremser von Innovation und Handel ausgemerzt werden.

Nichtregierungsorganisationen hatten alle Hände voll zu tun, um diese komplexen und intransparenten Vorgänge überhaupt verfolgen zu können.

Apropos Handel, aufgrund der bilateralen Handelsverträge mit CETA und später TTIP 2021 (in Trumps zweiter Amtszeit) und der dort eingerichteten Foren für Regulatorische Kooperation, gelang es auch in Europa das wissenschaftliche science-based Bewertungssystem für neue Regulierungen einzuführen. Das Vorsorgeprinzip wurde dann 2027 europaweit als freiwillig anerkannt. So konnten Regulierungen harmonisiert werden. In der Praxis haben wir Handelshemmnisse maximal abgesenkt und konnten so Freihandel intensivieren. Dies führte zu einer Vielzahl von Verbesserungen, z. B. einer großen Produktpalette, aber auch zu der Einführung einer großen Menge neuer Produkte. So konnten wir mit Hilfe der Gentechnik Hungerprobleme in der ganzen Welt lösen und die Menschheit mit günstigen Lebensmitteln versorgen. Es ist weiterhin möglich, jede Menge Fleisch zu essen. In Deutschland haben wir zwar keine verfügbaren Flächen mehr, aber wir bekommen jetzt günstig Fleisch aus Südamerika.

Durch die maximale Deregulierung ist die Wirtschaft nun voll entfesselt und wird nicht mehr durch den Staat gesteuert und gebremst. Sehr hilfreich ist auch, dass Verhandlungen von Handelsverträgen offiziell durch WirtschaftsvertreterInnen, die ExpertInnen sind für Handel geführt werden. Das Ergebnis wird dann den Regierungen zur Zustimmung vorgelegt. Da es die EU in ihrer alten Form nicht mehr gibt, wird bilateral verhandelt.

Multilaterale Lösungen?

Ja, die haben wir auch! Der Multilaterale Investitionsgerichtshof, 2016 von der EU initiiert, ist gekommen! Diesen können Unternehmen nutzen, um ganz transparent Staaten auf Schadensersatz zu verklagen, wenn Ihre Profite durch Gesetze zum Schutz der Umwelt oder Menschenrechte eingeschränkt wurden. Kommt zwar nicht mehr so oft vor, aber die Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene klappt super und das Projekt hat sich in den 2020er Jahren als enorm wichtig erwiesen, um die Sicherheit von Investitionen zu gewährleisten.

Und noch ein multilaterales Projekt ist ein Erfolg: Das Binding Treaty, das UN-Abkommen zur Durchsetzung von Menschenrechten in der Wirtschaft konnte mit vereinten Kräften in einer weltweiten Kampagne von den NGOs 2030 endlich durchgesetzt werden. Gilt allerdings nur, wenn es den Handel nicht gefährdet. Ich würde sagen ein zahnloser Tiger, aber es hat auf jeden Fall jede Menge Kapazitäten von NGOs gebunden, so dass wir gleichzeitig unsere Deregulierungsagenda weiter fahren konnten.

Das war's aber auch schon, multilaterale Lösungen haben sich in der Praxis als zu langsam und sperrig erwiesen. Die WTO hat sich schon 2028 endgültig aufgelöst, die UN gibt es noch, die verleihen nun jährliche Preise für Frieden, Innovation usw.

Rohstoffpolitik

Wie gesagt, wir setzen auf bilaterale Lösungen. Ein großer Erfolg sind auch die Rohstoffpartnerschaften, die wir ja schon 2011 begonnen haben (mit der Mongolei). Die haben

wir ausgebaut und kommen so an unsere Rohstoffe. Hier ist vor allem Lithium entscheidend. Die Länder des Globalen Südens sind hierfür Rohstofflieferanten.

Nachdem es zu Lieferengpässen kam, drohten die Länder des Nordens harte Sanktionen an. Daraufhin konzentrierten sich die betroffenen Länder voll auf den Rohstoffabbau und –export und passten ihre Volkswirtschaften dementsprechend an. Alle anderen Wirtschaftszweige sind unterentwickelt, nur die Rohstoffindustrie ist voll ausgebaut.

Und die Rohstofflieferländer verdienen nicht schlecht. Natürlich gilt das nur für einen relativ kleinen Teil der Bevölkerung in den Ländern, aber die leben abgeschottet in den hoch industrialisierten Städten. Armut herrscht natürlich bei der Landbevölkerung. Trotzdem gibt es kaum Migration, weder in die reichen Städte, noch in den Norden, da zum Betreten dieser Regionen der Digitale Datenchip, den jeder von uns trägt, freigeschaltet werden muss.

Die Landbevölkerung lebt in relativer Armut, muss aber aufgrund unseres globalen Lebensmittelversorgungssystems, wie eben angesprochen, nicht hungern. Das ist doch was!

Die afrikanische Gruppe von Rohstofflieferländern, die sich 2035 zu einer Wirtschaftsunion zusammengeschlossen haben. Darunter Sambia, DR Kongo, Simbabwe, Mosambik und Botswana.

Zivilgesellschaft

Und was macht die Zivilgesellschaft? Was machen die großen Umwelt-, Entwicklungsorganisationen und die Gewerkschaften? Ja, die treffe ich oft bei den Multi-Stakeholder-Dialogen und die monitoren auch die Rohstoffpartnerschaften und dürfen hier Eingaben und Beschwerden machen! Greenpeace ist erst kürzlich eine neue Multiakteurspartnerschaft mit dem Öl/Gasgiganten Shellron eingegangen, denen geht es super!



Zukunft Europas

Anmerkung: Bei diesem Text handelt sich um ein fiktives Zukunftsszenario im Rahmen der Konferenz Schöne Neue Welt (www.snw2048.de). Der Text spiegelt nicht unbedingt die reale Meinung der Vortragenden wieder, die hier eine Rolle eingenommen haben. Die Szenarien orientieren sich an der fiktiven Zeitleiste, die den roten Faden für alle Szenarien bildet und auf der Website zu finden ist.

Der folgende Text stellen nur die Eingangsstatements dar. Im Anschluss folgte eine Diskussion zwischen Plan A und Plan B sowie eine Auseinandersetzung mit den Teilnehmenden.

Plan A

Ich freue mich, dass ich hier sein und die Stimme der Zivilgesellschaft vertreten darf. Seit 2040 bin ich Leiterin des Zukunftsforums. Was es damit auf sich hat, erkläre ich Ihnen gleich und wahrscheinlich gibt es auch ein paar von Ihnen, die bereits daran teilgenommen haben. Ich freue mich außerdem, dass ich heute mit Ihnen darüber sprechen kann, wie wir es geschafft haben, Europa umfassend zu vereinen.

Europäische Vernetzung

Seit mittlerweile acht Jahren arbeite ich bereits an der Vernetzung europäischer Akteure, um den Kontakt untereinander zu stärken und um gemeinsame Ziele und Absichten zu koordinieren. Das war natürlich schon lange so, allerdings ist es heute von ganz besonderer Bedeutung und beispielsweise durch die Demokratisierung des Internets, mit der Offenlegung jeglicher Software- und Quellcodes, viel leichter geworden. Daten wurden in der Vergangenheit als das „neue Öl“ bezeichnet, was allerdings immer schon eine fragwürdige Metapher war. Das Öl ging zur Neige, aber Daten sind natürlich solange da, wie wir als Menschheit da sind. Daher sollten Daten viel mehr als das neue Grundwasser bezeichnet

werden, weil wir darauf geachtet haben, dass sie nach guten gemeinschaftlichen Gesetzen und Regeln allen zugänglich waren. Ich kann also heute mit Hilfe der größten Datenbank der Welt, der Wikipedia, quasi in Echtzeit verstehen, wie die Stimmung zu verschiedenen Themen europaweit ist. Das erlaubt mir dann, die Menschen aus ganz Europa, die sich für das gleiche Themengebiet interessieren und engagieren, zusammen zu bringen und ihnen die richtigen Tools für ihre Arbeit und Aktivismus an die Hand zu geben.

Darüber hinaus ist die Einführung eines kostenlosen Fernverkehrs und ein perfekt ausgebautes Schienennetz die Grundlage dieser europaweiten Vernetzung. Gerade komme ich von der Eröffnung der Strecke Kopenhagen-Palermo, die jetzt in nur 5 Stunden zurückgelegt werden kann. Diese Halbierung der Reisezeit wäre undenkbar gewesen, hätte die EU nicht vor einigen Jahren auf den Ausbau des Hochgeschwindigkeitsschienenverkehrs gesetzt. Private Kraftfahrzeuge sind so mittlerweile nicht mehr nötig und werden fast nicht mehr genutzt.

Entwicklungen in Europa

Auch wenn Europa in den letzten dreißig Jahren die ein oder andere Katastrophe erlebte, die z. B. durch den nicht mehr aufzuhaltenden Klimawandel ausgelöst wurde, hat sich einiges verbessert. Diese Verbesserung ist vor allem auf den Druck der fortschrittlich Denkenden zurückzuführen sowie den Glauben an eine Starke Demokratie. Im Hochsommer 2019 passierte ein weiteres Schiffsunglück auf dem Mittelmeer mit über 200 Toten. Daraufhin wurde das neue EU-Budget unter Anleitung von Gesine Schwan geändert und ein neuer Fond eingerichtet, der die Aufteilung Geflüchteter regelte. Dieser Fond wird von der EU-Kommission bereitgestellt. Die sogenannte „Allianz der Humanisten“, bestehend aus Frankreich, Deutschland, Spanien und den Niederlanden, einigte sich darauf, dass Städte als Ankunftsorte für Geflüchtete zusätzliche Unterstützung brauchen, um die Integrationsaufgaben zu gewährleisten. Diese Gelder konnten von Städten ab Anfang 2020 abgerufen werden. So bewarben sich auch Städte aus unerwarteten Gegenden, wie Polen, Ungarn und Italien, auf den Fond. Die Besonderheit dieses Fonds ist, dass er auf holistischer Ebene, also für die Gesamtbevölkerung und nicht nur für Neuangekommene, wirkt und so auch sozial Schwachen zugute kommt. Dieser mit 10 Millionen Euro ausgestattete Fond war der erste tatsächlich erfolgreiche Vorstoß zur Lösung der sogenannten Flüchtlingskrise. So setzte er den Grundstein für ein ausgewogenes Zusammenleben.

Stellen Sie sich vor, es hätte damals nicht funktioniert. Wie wären dann womöglich die Wahlen der Folgejahre ausgegangen? Vielleicht hätten wir in Deutschland einen Friedrich Merz als Kanzler bekommen. Auch Salvini, Orban und wie sie alle hießen, wurde deutlich der Wind aus den Segeln genommen. Der Druck an der richtigen Stelle kann kaum zu überwindende Mauern kippen.

Migration und eine multinationale Gesellschaft

Wir haben es geschafft, zirkuläre Migration zuzulassen. Einreise und Ausreise wurden einfacher gestaltet, das Bauen von Mauern nicht weiterverfolgt und die enormen Summen für Grenzsicherung stattdessen in Bildung investiert. Mit Entsetzen schauen wir auf die Zeit zurück, in der Menschen noch auf wackligen Schlauchbooten nach Europa flohen. Seit dem Jahr 2025 können Visa direkt vor Ort beantragt werden und die Einreise ist auch per Flugzeug möglich. Es gibt endlich ein echtes Einwanderungsgesetz.

Auch mit Partnern in Subsahara Afrika wurde endlich auf Augenhöhe zusammengearbeitet. Die Tatsache, dass wir seit Jahren eine sehr durchmischte Gesellschaft (anders gesagt, eine Gesellschaft der Vielen) sind, hat diese Entwicklung enorm erleichtert. Heute sind 70 Prozent der Kinder in den Städten von bi- oder trinationalen Eltern. Das Internationale ist damit allen im Blut. Herkunft ist nicht mehr mein Land, sondern viel mehr meine Region und meine Stadt oder eben Europa.

Städte gewannen damit auch an Einfluss. Im Jahr 2030 lebten bereits fast 80 Prozent der BürgerInnen in Städten. Der genannte Integrationsfond für Geflüchtete und sozial Schwache hat sich als gesamtgesellschaftliches Integrationsmodell gegen die Gefahren von Globalisierung bewährt und trägt Früchte. Lokalinitiativen werden für Integrationsförderung, Sprach- und Bildungsangebote etc. gefördert. Darüber hinaus genießen MigrantInnen ab fünf Jahren Aufenthalt in der EU Zugang zu Europäischer Staatsbürgerschaft und damit dieselben Rechte wie EU BürgerInnen. Das hat einen entscheidenden Beitrag geleistet, diejenigen zu bremsen, die als ewig Gestrige glaubten, wir könnten die Globalisierungstendenzen zurückdrehen und uns im Schneckenhaus der Nationalstaaten verkriechen. Die BürgermeisterInnen aus den Städten wie Paris, Barcelona, Neapel und Athen haben damals sehr stark zu diesem Prozess beigetragen. Das Ergebnis zirkulärer Migration wirkte zudem auch auf anderer Ebene. Denn so konnte auch die Abwanderung gut ausgebildeter Fachkräfte aus ihren Herkunftsländern minimiert werden. Das war in der Vergangenheit ein wichtiges globales Entwicklungsziel. Um ein Beispiel zu nennen: Accra entwickelte sich zum Berlin des afrikanischen Kontinents und läuft seit den späten 30er Jahren Berlin den Rang ab als hippste Stadt und Startup-Metropole.

Nachhaltiges Wirtschaften

Accra hat heute Fachkräfte aus der ganzen Welt und wurde als Magnet für die Generation Gamma als Symbol für innovatives und nachhaltiges Wirtschaften – ressourcenschonend und wiederverwertbar. Der Produktionskreislauf greift nicht mehr auf noch im Boden liegende Rohstoffe zurück, sondern auf perfektes Recycling. Sonnenenergie hat in Subsahara Afrika seit den späten 30er Jahren den ersten Platz für Energiegewinnung eingenommen und das mit Solarpanels aus lokaler Produktion. Dadurch verlor die EU einerseits an Anziehungskraft für Fachkräfte im Innovations- und Nachhaltigkeitssektor, konnte sich aber bevölkerungstechnisch durch die Zirkulation trotzdem stabilisieren. Heute ist es schlicht nicht mehr von so hoher Bedeutung, wo ich wohne, viel wichtiger ist, dass ich an den Versorgungskreislauf angeschlossen bin.

Universelles Grundeinkommen und europäische Bürgerinitiative

Das wird auch ermöglicht durch ein weltweites, regional gestaffeltes Grundeinkommen, das durch Dividenden von Großkonzernen finanziert wird. Die Grundsteine dazu wurden ab den 2021ern in Europa gelegt. Damals gewann Corbyn bei einem Erdrutschsieg in Großbritannien und setzte sich für eine Neuabstimmung über den Brexit ein, der am Ende abgelehnt wurde. Zuvor gewann zudem eine europaweite Kampagne, die es sich zum Ziel setzte, die gesamte europäische Bürgerschaft politisch zu repräsentieren. Diese sogenannte europäische Bürgerinitiative (EBI) war ein sehr wichtiger Schritt hin zu einem vereinigten Europa, das von unten weiter wachsen konnte und allen BürgerInnen eine gemeinsame Identität vermittelte. Das hatte zur Folge, dass 2025 eine umfassende Wahlrechtsreform in Kraft trat und in

Deutschland die direkte Demokratie einführte. Damit konnte die Entfremdung zwischen Wahlvolk und dem politischen System der 10er und frühen 20er Jahre teilweise überwunden werden. Auch auf europäischer Ebene wurde daraufhin eine Debatte über die Wirksamkeit der bestehenden Möglichkeiten der Mitbestimmung ausgelöst. Schließlich wurde eine Reform beschlossen, die nach dem Prinzip „one person one vote“ jede Stimme in Europa gleich behandelte. Zuvor wurden Entscheidungen auf Basis des Verhältniswahlrechts getroffen. Wir haben uns also auf dem Weg in die Europäische Republik begeben. Die „Nation“, die ursprünglich auf Ethnie und Boden beruhte, wurde durch eine europäische Republik ersetzt. Diese basiert auf Wahlrechtsgleichheit, Steuergleichheit und dem gleichen Zugang zu sozialen Rechten.

Im zweiten Schritt wurde beschlossen, Bürgerräte zu ermöglichen, die von lokaler bis hin zur europäischen Ebene über wichtige Themen mitbestimmen. Diese heutigen Bürgerräte, auch Zukunftsforen genannt, beraten über die wegweisenden Fragen des Europaparlaments. Ihr Votum wurde bisher in fast allen Fällen angenommen. Ohne diese Bürgerräte hätte es wohl nicht die flächendeckende Abschaffung des privaten Kraftverkehrs in Innenstädten gegeben, oder auch nicht die Rekrutierung von Frauen und Menschen mit Diversitätsmerkmalen in allen relevanten Gremien – von Parteilisten bis Aufsichtsräten. Durch das neue System wurde Politik wieder nahbarer gemacht und auch die Wahlbeteiligung stieg. Fast jedeR hat heute Bekannte, die schon einmal in einem dieser Bürgerräte über wichtige Entscheidungen mitbestimmt hat.

Ein neues Finanzsystem für Europa

Eine Niederlage gab es jedoch auch: Im Jahr 2028 wurde das Euro-Währungssystem aufgegeben. Die Abkehr vom Euro hatte zwar kurzzeitig desaströse Auswirkungen auf die europäische Gemeinschaft, aber die Staaten konnten aufgrund des bereits 2025 eingeführten Zukunftsforums einen Alternativplan zur Abschwächung des Desasters ausarbeiten. Dieser Plan ist umfassend und sieht unter anderem vor, dass die EU eine europäische Arbeitslosenversicherung sowie einen europäischen Mindestlohn einführt, um Lohndumping zu vermeiden und damit auch wieder eine identitätsstiftende europäische Errungenschaft darstellte. Eine langfristige Änderung erzielte die Einführung eines echten EU-Budgets. Dieses verfügte über ein Investitionsvolumen, das sich sehen lassen konnte und mit bisheriger Austeritätspolitik abschloss. Das EU Budget erlaubte außerdem die Garantie für die Grundsicherung für alle BürgerInnen. Dadurch, dass das Bankensystem in den letzten Jahren dank der Blockchain-Technologie praktisch obsolet gemacht wurde, konnten wir das Prinzip „Solidarität und Vertrauen“, was für den Bankensektor in der Vergangenheit sehr wichtig war, über den Haufen werfen. Somit wurde das Finanzsystem dezentralisiert und die Macht der Banken endgültig beendet. Transparenz haben wir also auch in diesem Punkt erreicht.

Ein transparenter gesamteuropäischer Ansatz

Das Zukunftsforum tagte in den Jahren zwischen 2028 und 2030 dreimal jährlich, um die Durchsetzung der gesteckten Ziele zu überprüfen. Heute ist das Zukunftsforum nicht nur ein transnationales Gremium, sondern es ist auch lokal organisiert und an Stadtparlamente und Kommunen angekoppelt. So ist Beteiligung in alltäglichen Fragen, wie beispielsweise Stadtplanung, Alltag geworden. Durch die Standardisierung von Open Source-Systemen ist auch die Transparenz in Vergabeverfahren gestiegen und Korruption und Steuerhinterziehung

sind quasi Geschichte. Die verschiedenen Erfolge konnten nur erreicht werden, da wir, BürgerInnen auf Gemeinschaft gesetzt haben und uns in unserer Diversität nicht weiter auseinanderdividiert haben.

Plan B

Darf ich mich vorstellen, mein Name tut nichts zur Sache, aber ich bin zurzeit Strategiefachmann eines großen europäischen Wirtschaftsverbandes, war lange in der EU-Kommission und dem BMWi, wenn Sie so wollen, verkörpere ich das Establishment, auch wenn mich in der Öffentlichkeit kaum jemand kennt.

Europa im Jahr 2048 sieht so aus, wie es in Ihrer Zeit niemand haben wollte. Wir übrigens auch nicht, Sie sowieso nicht. Aber wenn man es hätte anders haben wollen, hätte man an den Trends, an den Entwicklungslinien etwas ändern müssen, an den Grundprämissen der Politik, vor allem der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Aber für eine andere Politik gab es nie Mehrheiten, es gab ab und zu Mehrheiten gegen etwas, aber nie für eine wirklich andere Politik. Wir konnten also so weitermachen, die EU machte also genau so weiter, wie Sie es 2018 erleben, obwohl außer uns schon damals die meisten diese Politik nicht mehr wollten. Machtpolitisch haben wir bewiesen: unsere Politik ist alternativlos.

Schon 2006 haben wir in der EU-Strategie „Global Europe“ festgelegt, die EU müsse der „wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt“ werden. Das haben wir geschafft. Wir haben den Unternehmen freie Hand gelassen, nach den massiven Steuersenkungen in den 20er Jahren in den USA, in Kanada, in Japan, haben wir die Unternehmenssteuern immer weiter abgesenkt, wir hatten keine andere Wahl, heute sind sie praktisch bei Null. Wir haben weiter dereguliert, die staatliche Steuerungsfähigkeit gegenüber der Wirtschaft existiert eigentlich gar nicht mehr, weil wir sie eben auch nicht regulieren wollen. Wir glauben an den schlanken Staat. Der Niedriglohnsektor ist die Regel, Tarifverträge sind außerhalb des öffentlichen Dienstes schon lange unbekannt. Wir müssen ja wettbewerbsfähig bleiben. Der Markt regiert, Ihre damalige Kanzlerin hat das ja so schön als „marktkonforme Demokratie“ bezeichnet, im Grund ein Widerspruch in sich, aber das wollten Sie ja damals alle nicht wahrhaben. Noch heute gilt diese Dame bei Leuten wie Ihnen als Lichtgestalt – bei uns übrigens auch, haha.

Natürlich haben sich die Spannungen – die schon zu Ihrer Zeit enorm waren – deshalb weiter verschärft. Eigentlich ist es erstaunlich, dass der alte Euro, den Sie kennen, bis 2028 gehalten hat. Die Deutschen haben sich die Rettung dieses Euros einiges kosten lassen, niemand profitierte davon so wie sie. Der Euro gab den Deutschen eine künstlich unterbewertete Währung, er war die Grundlage ihrer gewaltigen Exportüberschüsse. Aber den Totalbankrott der süd- und osteuropäischen Euroländer konnten sie irgendwann nicht mehr verhindern, das

Korsett dieser Währung hat die erdrückt. 30 Jahre stagnierende Reallöhne, stagnierende Produktivität, das hält niemand aus.

Natürlich hatten wir vorgesorgt. Während sie im Süden und Osten ihre Peseten und Drachmen wiedereingeführt haben, haben wir den Nordwest-Euro eingeführt, Deutschland, Niederlande und noch einige andere Länder. Aber wir haben ihn nicht Mark genannt, obwohl er das im Kern ist, sondern Gulden, der Name der alten niederländischen Währung vor dem Euro, das klingt nicht so deutsch. Der Gulden ist die einzige harte Währung in der EU. Außer im Nordwesten ist er auch in einigen Prosperitätsinseln wie den Großräumen Paris, Mailand, Warschau das Hauptzahlungsmittel. In den wirtschaftlich abgehängten Regionen im Süden und Osten des Kontinents, im Hinterland, da gibt es viele Parallelwährungen, Staatsschuldverschreibungen und Steuergutschriften, Italien hatte das schon 2016 eingeführt, ebenso wie Regionalwährungen. Die Drachmen und Peseten werden im Alltag der Menschen benutzt, der Gulden für den internationalen Zahlungsverkehr, für Importe, so wie der Dollar in Südamerika oder die D-Mark früher im Ostblock im letzten Jahrhundert.

Die EU ist ein neoliberales Wunderland geworden, die soziale Marktwirtschaft wie sie die Älteren unter Ihnen noch kannten ist längst Geschichte und in Ansätzen nur noch in den reichen Regionen Nordwesteuropas vorhanden. Die Ungleichheit hat inzwischen Werte erreicht wie in Brasilien. Mies bezahlte Wanderarbeiter aus den ärmeren Regionen des Kontinents halten den reichen Nordwesten in Betrieb. In weiten Teilen sind Süd- und Osteuropa deindustrialisiert. Ärzte oder Krankenhäuser gibt es dort schon lange nicht mehr, das Personal ist dahin abgewandert wo es besser bezahlt wird, in den reichen Nordwesten. Die Regionalfördertöpfe der EU haben wir längst abgeschafft, die reichen Länder wollten nichts mehr einzahlen. Eine Maßnahme zur Korruptionsbekämpfung nannten wir diese Abschaffung, stimmte ja auch. In Süd- und Osteuropa hat sich eine Subsistenzökonomie ausgebreitet – diese Leute sagen, sie seien nicht jenseits der Real-Ökonomie, sie seien die Realökonomie. In Berlin und Brüssel nehmen wir das natürlich nicht ernst, aber gut – so revoltieren sie wenigstens nicht, sondern sie sind beschäftigt. Die klügeren Köpfe sind jahrzehntelang nach Nordwesteuropa abgewandert, Litauen zum Beispiel hat heute nur noch 1 Million Einwohner, vor 50 Jahren waren es noch 3. In diesen ökonomisch uninteressanten Regionen wurde auch die Staatsgewalt weitgehend wegrationalisiert, sie war uns einfach viel zu teuer. Was es zu schützen gibt, erledigen private Sicherheitsdienste. Wie die öffentliche Ordnung im Alltagsleben der Menschen aussieht in den Weiten Andalusiens, der Slowakei oder Kalabriens, darum können sie sich selber kümmern. Der schlanke Staat ist das Leitbild – die schwarze Null ist oberste Staatsdoktrin. Erst seit kurzem bleiben dennoch auch viele klügere Köpfe dort, weil sie dieses regionale Subsistenzmodell besser finden als den knallharten Kapitalismus im Nordwesten. Sollen sie halt. Der reiche Nordwesten braucht sowieso immer weniger billige Arbeitskräfte, seit die Automatisierung und Digitalisierung durchschlagend die Arbeitswelt verändert hat. Auf dem Papier haben wir offene Grenzen in Europa, aber das ist Theorie. Die Grenzen sind heute wirtschaftlicher Natur, das einzige Visum, was Sie für ihre Überwindung brauchen, ist Geld, und das ist für die meisten Leute knapp. Der reiche Nordwesten ist für die meisten unbezahlbar. Die wenigen Flüchtlinge aus Afrika oder Nahost, die noch nach Europa kommen, bleiben auf dem Balkan, da können sie mit den Einheimischen klarkommen oder auch nicht, meistens eher nicht, aber in Berlin und Brüssel interessiert das niemanden mehr. Afrika beginnt am Balkan.

Wir denken global, unsere Märkte sind global. Wir sind fixiert auf die globale Konkurrenz mit China, die USA haben sich ja längst auf sich selbst zurückgezogen, und Indien und Japan und Russland sind zweitklassige Mächte, die mal mit uns verbündet sind und mal mit China. Die Türkei hat sich längst von Europa abgewendet und ist Teil des islamischen Nahen Ostens geworden. Nach ihrer vierten Staatspleite war uns das auch egal, bei denen war nichts mehr zu holen.

Wirtschaftlich gesehen hat von dieser Entwicklung nur ein kleiner Teil profitiert, aber der dafür richtig. Die meisten Menschen sind wütend, unzufrieden, die Gesellschaften sind so ungleich und tief gespalten wie in Entwicklungsländern. Ich habe nie verstanden, warum das irgendwen wundert: wenn Sie ein halbes Jahrhundert lang den Reichen und den Unternehmen die Steuern senken und den Sozialstaat abbauen, Lohndrückerei für unverzichtbar für unsere globale Wettbewerbsfähigkeit erklären - da kann doch gar nichts anderes herauskommen. Natürlich, ab und zu haben wir so tun müssen, als ginge es wieder in die andere Richtung, zum Beispiel 2027 mit den Abkommen gegen Steueroasen. Die hatten ihre großen Zeiten schon damals längst hinter sich: wenn Sie eigentlich gar keine Steuern mehr zahlen müssen, brauchen Sie ja auch keine Steueroasen mehr, oder? Haha.

Die Populisten aller Art, über die Sie sich damals 2018 so ereifert haben, die sind längst Normalzustand geworden - aber wer von denen gewinnt, spielt keine große Rolle. Sie kommen und gehen, sie haben aber kein kohärentes politisches Programm. Parteien kennen wir schon lange nicht mehr. Aber eigentlich sind diese Populisten ganz harmlos und unterhaltsam. Wer von denen eine Wahl gewinnt, zieht ein grandioses Spektakel ab, füllt sich die Taschen und macht schon bald das, was wir wollen, bis der Nächste kommt, denn wirtschaftsfreundlich wollen sie alle sein, vor allem aber sind sie alle käuflich. Wer nicht rechtzeitig auf Linie kommt, wird diskreditiert - unsere Trolle in den sozialen Medien sind da wirklich sehr gut. Das weiß das Volk auch, die Wahlbeteiligungen liegen heute unter 20%. Nur einmal gab es einen Betriebsunfall, als diese linke Bulgarin die absolute Mehrheit holte, eineinhalb Jahre hat sie uns geärgert, wurde sogar der Mafia dort richtig gefährlich. Naja, ihre Leiche wurde nie gefunden, aber die Botschaft haben alle verstanden. Es blieb ein Einzelfall. Wirklich wichtig sind sowieso nur die Regierungen im Nordwesten, wer all die zweitklassigen Länder da hinten im Osten und Süden regiert, ist eigentlich unwichtig. Die haben sowieso keinerlei Spielräume.

Sie ahnen es schon, die EU-Institutionen arbeiten heute maximal undemokratisch. Die EU-Verträge sind ja seit Jahrzehnten unverändert, es ist aussichtslos Änderungen zu versuchen, aber die Kunst des Machiavellismus beherrschen die Institutionen perfekt. Das Europaparlament ist völlig zersplittert, bekommt nichts auf die Reihe und wird meist übergangen. Ministerrat und Kommission arbeiten üblicherweise per Dekret, der EuGH sagt zu allem ja und Amen. Wenn Sie dauerhaft gegen eine zersplitterte Mehrheit anregieren müssen, regiert es sich anders als wenn die Mehrheit auf Ihrer Seite steht, so wie das 50 Jahren war. Aber es geht - auch und gerade in einer Demokratie, einer formalen Demokratie - weil diejenigen, die gegen Sie sind, eben auch keine legitimierte Mehrheit haben. Mit der Angst vor den Faschisten und Populisten rechtfertigen wir alles, vor allem Ex-Linke und Grüne sind heute die Gralshüter dieses autoritären Liberalismus. Niemand hat so viel Angst vor und Verachtung für die dumpfen Emotionen des Volkes wie die. Die sogenannte Zivilgesellschaft, die sind de facto die Hofnarren des Neoliberalismus, die finanzieren wir sogar, solange sie die soziale Frage nicht stellen.

Unsere neueste Erfindung ist die Gesetzgebung über Verträge mit Liechtenstein. Unsere Gesetze gießen wir in die Form eines Vertrags mit Liechtenstein, den setzen wir dann per Ministerratsbeschluss vorläufig in Kraft, das Recht dazu haben wir ja seit dem Lissaboner Vertrag 2007. Dazu brauchen wir kein Parlament. Der CETA-Vertrag wird übrigens seit über 30 Jahren vorläufig angewandt, das war das Pilotprojekt. Man kann mit unbefristeten Provisorien ganz wunderbar regieren, das haben wir auch erst im Laufe der Zeit gelernt. Wer da wirklich die Strippen zieht, das können Sie so am besten verschleiern. Die Einführung der Direkten Demokratie war auch ein grandioser Schachzug, es war zwar nicht unsere Idee, sondern die der NGOs, aber sie hat uns letztlich mehr genützt als geschadet. Manchmal haben uns irgendwelche NGOs damit durchaus geärgert, aber wir haben dieses Instrument bald selbst am besten genutzt – was so beschlossen wird, hat eben eine ganz andere Legitimität als ein vorläufig angewandter Vertrag mit Liechtenstein.

Der Nationalismus ist ein veritables Problem, die Propagierung von Eigennutz und Marktkonkurrenz als Universalprinzipien macht eben alle Menschen egoistischer, "die Anderen" werden zu Gegnern, "die Fremden" zu Feinden. So etwas wie Solidarität gibt es schon lange nicht mehr. „Europa“ steht für Märkte und Wettbewerb, für technokratische Kälte, für Finanzmärkte – für die Sehnsucht der Menschen nach Heimat, Geborgenheit, "soziale Wärme" steht das Nationale. Nirgendwo wird das deutlicher als bei Sportereignissen, wo ganz Europa frenetisch jubelt, wenn die Deutschen, die Niederländer und die Skandinavier verlieren. Ja, Europa ist deutsch, spricht deutsch, denkt deutsch. Der Tourismus im Mittelmeerraum beschränkt sich längst auf wenige Touristenzentren, woanders sind die Nordeuropäer nicht mehr sehr willkommen, außer sie geben sehr viel Geld aus.

Es wird Sie nicht wundern, der Brexit blieb nicht das einzige derartige Ereignis. Aber diese Exits machen uns nicht viel aus, wer austritt, ist im Gegensatz zu den Briten de-facto weiter von der EU kontrolliert, Teil des Binnenmarkts, aber nun auch ganz offiziell ohne Mitspracherechte. Manche sind dann auch wieder eingetreten. Wie viele Mitglieder die EU genau hat, ändert sich immer wieder, ich weiß aktuell gar nicht wieviel offizielle Mitglieder wir gerade haben, das spielt auch keine große Rolle. Außer Britannien, der Schweiz und Russland sind sowieso alle Länder des Kontinents faktisch Teil des EU-Wirtschaftsraums und nutzen unseren Gulden als einzige de-facto Hartwährung. Auch der Separatismus blüht, Katalonien, Korsika und Flandern sind selbständig geworden, andere Referenden sind gegen die Unabhängigkeit ausgegangen. An den Lebensrealitäten hat das zwar wenig geändert, aber das ganze nationalistische Tamtam hat die Leute jahrzehntlang davon abgehalten, sich um die soziale Frage zu kümmern. Nationalismus ist Opium fürs Volk, glauben Sie mir.

Möglich war das alles, weil sich die „progressive Zivilgesellschaft“, also Leute wie Sie, bis 2035 nicht um die ökonomischen und sozialen Fragen gekümmert hat. Statt die Machtfrage oder die Verteilungsfrage zu stellen, haben sie lieber mit den Neoliberalen gemeinsame Sache für kulturellen Liberalismus gemacht statt uns, die Marktfundamentalisten, die Neoliberalen als Gegner zu betrachten – kein Wunder, weil sie selbst von dieser Politik von Besserverdienern für Besserverdiener direkt profitierte. Sie besteht ja selbst auch im Wesentlichen aus Besserverdienern in Nordwest-Europa. Das Prekariat, die Loser unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik, die durften keine politisch wirksame Stimme bekommen, das haben wir gut hingekriegt, gemeinsam mit den Intellektuellen. Für diese schöne Situation gab es leider ein biologisches Verfallsdatum: die führenden Köpfe dieser Geisteshaltung schieden in den 2030er Jahren altersbedingt nach und nach aus dem öffentlichen Leben aus. Seit etwa 2035

versuchen immer mehr Menschen, das britische oder schweizerische Beispiel auf die EU zu übertragen, aber sie sind bisher nicht sehr weit gekommen. Sie wollen die Menschen für ein Projekt einigen – wir schaffen es immer noch, dass sie uneinig bleiben. Teile und herrsche.

Ja, Britannien und die Schweiz. 2048 gibt es in Europa nur zwei Gegenmodelle zum Herrschaftsraum der EU, die progressive Republik Britannien und die Schweizerische Eidgenossenschaft. Großbritannien wurde nach dem Erdrutsch-Wahlsieg mit Corbyns Zweidrittelmehrheit 2021 zur Republik Britannien. Seit fast 30 Jahren sind die Reichen dort politisch marginalisiert. Das Mehrheitswahlrecht wurde von der sozialistischen Regierung beibehalten, damit sind sie unschlagbar. Das Brexit-Grenzproblem mit Irland haben sie gelöst, indem sie Nordirland an die Republik Irland verschenkten, eine geniale Idee, muss ich zugeben. Die konservativen Nordiren waren mit der progressiven, linken Agenda von Corbyn sowieso nicht einverstanden, erst recht nach der Abschaffung der Monarchie. Der Brexit entpuppte sich als Voraussetzung für Corbyns Rückabwicklung des Neoliberalismus, unter den EU-Verträgen wäre das gar nicht möglich gewesen. Die führenden intellektuellen Köpfe Europas leben vorwiegend in der attraktiven Kulturmetropole London, es ist die Traumdestination aller Kreativen. Vor allem ist London bei weitem nicht so teuer wie die Glitzermetropole Berlin, seit Immobilieninvestoren dort kein Bein mehr auf den Boden bekommen und die Finanzblase nach Frankfurt gezogen ist.

In der Schweiz hat sich die Soziale Marktwirtschaft des 20. Jahrhunderts noch erhalten: die direktdemokratische Verfassung des Landes ließ die neoliberale Revolution einfach nicht zu, bis heute nicht. Sie sind immer noch das widerspenstige, basisdemokratische und steinreiche Völkchen in der Mitte Europas. Ihre mentale Distanz zur EU ist grösser denn je, den Schweizern geht es weit besser als den Durchschnittseuropäern. Selbst das Hochdeutsche haben sie abgeschafft, mit denen können Sie kaum noch kommunizieren. Aber sowohl Britannien als auch die Schweiz haben alles andere als offene Grenzen, wer da reindarf, hat das große Los gezogen. Viele sind es nicht.

Und wenn Sie mich nun fragen, ob wir auch weiterhin so weitermachen wollen – ich sage Ihnen, wir machen solange so weiter, wie wir können. Solange, wie Sie uns lassen.



Digitalisierung

Anmerkung: Bei diesem Text handelt sich um ein fiktives Zukunftsszenario im Rahmen der Konferenz Schöne Neue Welt (www.snw2048.de). Der Text spiegelt nicht unbedingt die reale Meinung der Vortragenden wieder, die hier eine Rolle eingenommen haben. Die Szenarien orientieren sich an der fiktiven Zeitleiste, die den roten Faden für alle Szenarien bildet und auf der Website zu finden ist.

Der folgende Text stellen nur die Eingangsstatements dar. Im Anschluss folgte eine Diskussion zwischen Plan A und Plan B sowie eine Auseinandersetzung mit den Teilnehmenden.

Plan A

2021 Corbyns Erdrutschsieg in Großbritannien

Die Hipster-Glorifizierung von „Jezza“ kennt keine Grenzen. Von einer Welle der öffentlichen Europhorie getragen beginnt Corybn damit große Industrien zu verstaatlichen.

Die wichtigste Innovation hierbei ist der Erklärung von großen digitalen Monopolen zu öffentlichen Versorgern. Denn auch nach der Zerschlagung von Google und Facebook gibt es weiterhin diverse oligopolitische und monopolistische Online Plattformen. Diese in die Pflicht zu nehmen für ihre Dominanz anstatt zu zerschlagen, markiert einen Wendepunkt der Digitalisierung.

2022 RWE-Pleite, Überschwemmungskatastrophen

Als Reaktion auf den Skandal dürfen in allen deutschen Großstädten bis 2025 nur noch kleine, autonome, elektrische Minibusse fahren. Diese werden Datenschutzfreundlich gestaltet und von den ÖPNV Verbänden betrieben.

Gemeinsam schließen sich hierfür alle europäischen ÖPNV-Verbände zusammen und beschließen ein gemeinsames Minibus-Sharing Angebot, was Uber, Lyft und Co. in wenigen Monaten aus den Markt drängt. Der restliche private Verkehr wird durch immer steigende Emissionsstandards immer teurer und schließlich nur noch auf dem Land als tragfähig weiter leben.

2024 Pestizidskandale fordern Tausende Tote

Nach dem Skandal setzt eine Debatte über den Wert von Arbeit und Menschen ein, die in der fast vollständig automatisierten Agrarindustrie arbeiten müssen. Pestizide und automatisierte Roboter haben neben Kunden auch vielen Mitarbeitern aus Osteuropa und Nordafrika schwerste Verletzungen zugefügt und sie umgebracht.

Die Gesellschaft erkennt, dass dies so nicht weiter gehen kann und fordert massive Verbesserungen für die Arbeitnehmer in der Landwirtschaft ein. Dadurch wird deren Arbeit so teuer, dass Vieles von der Landwirtschaft industriell gar nicht mehr zu bewerkstelligen ist (Spargel stechen).

Auch in anderen Branchen (Amazon, Foodora, Uber) setzt eine Debatte über den Wert von Arbeit ein. Menschen sind schockiert von den Berichten, viele Unternehmen gehen pleite und es setzt sich ein Bewusstsein durch mehr zu bezahlen, um schlechte Arbeitsbedingungen zu verhindern.

2025 Wahlrechtsreform und Einführung der Direkten Demokratie

Demokratie nach dem Schweizer Modell wird eingeführt. Man verzichtet bewusst auf digitale Technologien zu Abstimmungen und entwickelt Technologien und Governance, die Wahlmanipulation vorbeugen. Transparente und offene Finanzströme von politischen Kampagnen sind hierfür von entscheidender Notwendigkeit.

2027 Abkommen zur Stilllegung sämtlicher Steueroasen

Das Geld wird genutzt, um systematisch digitale Infrastruktur aufzubauen und Ungleichheit zu bekämpfen. Gleichen Zugang, gleiche Rechte auf Bildung und gleiche Chancen sind das Ergebnis.

Bei den Investitionen überholen viele sogenannte Entwicklungsländer Europa und setzen neue Maßstäbe für soziale Gerechtigkeit und innovative Digitalisierung.

2029 Vereinte Nationen –Verhandlungen über SDG-Neuaufgabe

Die SDGs wurden kaum erreicht, was eine große politische Debatte über das Konzept von Entwicklung auslöst.

Das Konzept von wirtschaftlicher Entwicklung wird als Kernziel abgeschafft, Nationalstaaten treten in den Hintergrund.

Stattdessen entwickelt sich ein menschenzentriertes Modell, das sich systematisch an den Menschenrechten orientiert. Die zentrale Rolle von Technologie wird dabei endlich erkannt, um die besondere Verantwortung für zukünftige Gesellschaften in die Technologieentwicklung zu verankern.

Aus den Sustainable Development Goals werden die Human Centric Innovation Goals.

2030 Wirtschaftscrash und Aufstände in China

Nach diversen Korruptionsskandalen bei denen algorithmische Gerichte und Massenüberwachung dazu genutzt wurden völlig arbiträre Urteile zu fällen, landen mehr als 500.000 Menschen im Gefängnis. Hierzu ist die allgegenwärtige Gesichtserkennung die entscheidende technische Maßnahme.

Chinas Bürger begehrten mit dem Slogan auf: Mein Gesicht gehört mir. Sie setzten durch, dass sie nicht einfach so auf offener Straße erfasst werden dürfen. Die erste Stufe der Demokratisierung in China ist ein Gesetz zur Privatsphäre am Beispiel der DSGVO.

2031: Erstes Gerichtsurteil auf Basis von Künstlicher Intelligenz

Durch diesen Skandal erkennt man, wie sinnfrei automatisierte Entscheidungen in der öffentlichen Verwaltung sind.

Ein Sinneswandel setzt ein, weg vom Roboter und hin zum Menschen in der öffentlichen Verwaltung.

Für die Bereiche wo Automatisierung zwingend notwendig ist werden verpflichtend „Automatenerzähler“ eingesetzt. Das sind Menschen, die dafür zuständig sind zu erklären, was diese seltsamen technischen System eigentlich machen.

2035 Peak Lithium

Schon 2014 hatte Fairphone dieses Problem erkannt und systematisch auf das Recycling von Handys gesetzt.

Bei den neuen Auflage des iPhones 2036 (iOS 37) setzt Apple jetzt konsequent auf das Fairphone Modell. Alle Apple Handys können in ihre Bausteine zerlegt und wieder gebaut werden.

Damit alle Hersteller mitziehen, musste allerdings 2037 die EU Öko-Design Richtlinie modifiziert werden, um nicht nur die Belange der Umwelt, sondern auch den Menschen mehr Kontrolle über ihre eigenen Daten zu geben. Seit Jahren sind physische Ausschalter für alle Kameras und andere Sensoren gesetzlicher Standard und kein Mensch benutzt diese albernen Kameraaufkleber mehr.

Plan B

Format: Die Zeitreisende ist eine Vertreterin des FAANG-Konzerns und präsentiert die Unternehmensbilanz für das Jahr 2048. Im Zuge dessen werden einzelne Unternehmensbereiche abgearbeitet. Die Gewinn- und Geschäftsentwicklung ist stark mit der politischen Lage verknüpft.

Vorstellung: Hallo, herzlich Willkommen bei der Vorstellung der Jahresbilanz von FAANG Inc. (Facebook, Apple, Amazon, Netflix and Google).

BEGRÜSSUNGSSLIDE

Ich freue mich sehr, sie als Aktionäre hier bei der Jahreshauptversammlung begrüßen zu können und möchte mit einem kurzen Rückblick auf unsere erfolgreiche Geschichte diesen Augenblick zusammen mit Ihnen würdigen.

HISTORY-SLIDE

In der 18jährigen Geschichte unseres Konzerns markiert das Jahr 2048 ohne Zweifel einen neuen Rekord. Nach den Datenschutzskandalen um Google und Facebook im Jahr 2020 und dem damit verbundenem Aktiencrash, wurden zunächst - wie wir alle wissen - Anti-Trust-Gesetze etabliert, die eine Zerschlagung unserer Mutterkonzerne zum Ziel hatten. Hinzu kam die doch sehr menschliche Angst vor Strafzahlungen auf Basis der DSGVO und hohen Schadensersatzforderungen von US-Verbrauchern. Schnell stellte man jedoch fest, dass westliche Produkte dann aufgrund der enormen Netzwerkeffekte und Economies of Scale im digitalen Bereich keine Chance gegenüber der chinesischen Konkurrenz gehabt hätten. Aus diesem Grund wurde erstmals das Gesetz für „Strategische Fusionsförderung aus nationalem Interesse“ durch die demokratische US-Präsidentin Ivanka Trump etabliert.

Google und Facebook fusionierten daraufhin zunächst zu FG Inc. Dies stärkte die Konkurrenzfähigkeit westlicher strategischer Digitalprodukte gegenüber dem größten

Konkurrenten AliTen (Ali Baba & Tencent). Nach dem großen Cloud-Handelsstreit, kam es im Jahr 2025 zu einer feindlichen Übernahme durch Amazon, welches sich zuvor Netflix einverleibt hatte. Fünf Jahre später begann die strategische Kooperation mit Apple, die in einer Fusion mündete. Damit wurde heute vor 18 Jahren der Grundstein für den erfolgreichsten Digitalkonzern in der Geschichte gelegt.

SLIDE EUROPA

Die Zufriedenheit unserer europäischen Kunden ist uns wichtig. Wegen der hohen Steuerlast im europäischen Raum haben wir die Unternehmenssitze der FAANG-Töchter weitest möglich aus der EU verlagert – um weiterhin niedrige Verbraucherpreise für ihre EU-Nutzer gewährleisten zu können. In den letzten Jahren haben wir Fortschritte bei der Aufklärung der Abgeordneten gemacht, es hat allerdings nicht gereicht, um einen zeitweiligen Wahlerfolg datenprotektionistischer Kräfte in Großbritannien zu verhindern. Dieser politische Backlash fortschrittsfeindlicher Kräfte hat uns langfristig jedoch nicht geschadet – so hat etwa der einzige ernstzunehmende Konkurrent im Bereich der Clouddienste SAP-Europe durch seine Zerschlagung deutliche Einbußen hinnehmen müssen.

Wir freuen uns ausdrücklich bei dieser Sitzung mitteilen zu können, dass wir erste Übernahmegespräche aufgenommen haben. FAANG und SAP ergänzen sich im Bereich der Business Produkte hervorragend. Selbstverständlich werden wir im Fall einer Übernahme die Zusammenarbeit mit „Macrosoft“ bei Office 365-21 fortsetzen. Mehr noch, wir freuen uns anzukündigen, dass Arbeitgeber zukünftig nicht nur die Tastaturanschläge und Kommunikationsströme ihrer Mitarbeiter live monitoren können.

SLIDE SOCIAL-HEALTH

Durch eine Erweiterung mit unserem beliebten Tool „SocialHealth“ werden Social Media Beiträge automatisiert auf Auffälligkeiten gescreent. Bei Daten, die auf eine Depression oder Verstimmung hinweisen, wird eine automatische Meldung mit Bitte um Meldung beim Betriebsarzt versendet. Gerade im US-amerikanischen Raum, wo Krankenversicherungen traditionell über den Arbeitgeber abgeschlossen werden, sehen wir großes Potential für dieses Produkt. Es gab bereits erste Tests im Amazon-Packlager Kansas. Wir haben infolge der Ergebnisse eine wichtige Anpassung vorgenommen. Die Skala für das zulässige Stresslevel der Angestellten kann vom Arbeitgeber flexibel gestaltet werden, so dass branchen- und einkommensspezifisch unterschiedliche Benchmarks für die psychische und körperliche Zufriedenheit gesetzt werden können.

SLIDE RayBan – wache, fitte Menschen

In der Sparte Arbeitssicherheit gibt es eine weitere Neuerung: In Kooperation mit RayBan werden wir eine neue StyleEdition unserer intelligenten Brille „AwakeAndFresh“ auflegen. Wie beim Vorgängermodell wird auch hier die Müdigkeit und Konzentration anhand der Augeninteraktion gemessen und automatisch ans zentrale Arbeitssicherheitssystem

übertragen. Dies soll bei Hochsicherheitsjobs wie Zugführern, Konvoyfahrern und Flugpiloten mehr Sicherheit garantieren. Arbeitnehmer, die ihre Ruhezeiten nach Feierabend nicht strikt einhalten, werden so effektiv erkannt und aus dem Dienst entfernt.

SLIDE Doppelhelix/ perfekte Menschen

Das Softwareupdate von „KnowYourEmployee“ bietet Arbeitnehmern neue Datenanalysen ihrer Gen-Bewerbungen. Dank der Fortschritte in unserer Gen-Forschungsabteilung 23&me konnten wir neue Risikofaktoren für Wochenbettdepressionen und Alkoholismus genetisch bestimmen. Dies führt zu mehr Sicherheit bei Neueinstellungen für alle Beteiligten. Transparenz schafft Vertrauen!

Selbstverständlich wird dieses Feature auch bald bei unserem Datingdienst „EliteGenePartner“ mit dem nächsten Update verfügbar sein.

SLIDE NATUR

FAANG kann seinen im Jahr 2022 - dem Jahr der „Coal-Papers“ - eingeleiteten grünen Kurs nun abschließen. Unsere Datacenter laufen inzwischen zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien. In enger Kooperation mit dem WWF - der unsere Produkte zertifiziert - wollen wir so ein Zeichen setzen: Verantwortung fängt im Kleinen an!

Nun zu den Zahlen:

SLIDE GRAFIK

Unsere E-Sparte der selbstfahrenden Automobile entwickelt sich weiterhin gut. Insbesondere das neue Modell des Google-Porsche erfreut sich guter Absatzzahlen in Asien und Nordamerika. Mit Freude gebe ich bekannt, dass wir uns in Zusammenarbeit mit dem Unternehmensverband der selbstfahrenden Automobilindustrie eine verbindliche Selbstverpflichtung - den sogenannten „Effizienzkodex“ - voraussichtlich nächsten Monat veröffentlichen werden.

In Zusammenarbeit mit führenden Ökonomen und Vordenkern der politischen Ökonomie haben wir komplexe Präferenz-Ranglisten für Problemsituationen erstellt. Diese sollen erstmals global einheitlich regeln, nach welchen Kriterien komplexe Fahrsysteme entscheiden, wenn sie vor schwierigen Entscheidungen stehen. Etwa, wenn ein Ausweichmanöver ebenfalls Todes- oder Verletzungsrisiken nach sich zieht. Das ausführliche Dokument zu der Nutzentabelle potentieller Verkehrsoffer werden wir im Anschluss an diese Präsentation erstmals der Presse zugänglich machen. Mit besonderem Stolz erfüllt mich die Tatsache, dass wir durch eine Verknüpfung mit der Zentralen Gesundheitsdatenbank in Nordamerika das Morbiditätsrisiko betreffender Personen dank Gesichtserkennung mit einbeziehen können und somit die theoretischen Vorgaben in der Praxis nahezu vollkommen umsetzen können.

SLIDE AGRAR

Im Agrarbereich verzeichnen wir durch die neue BostonDynamicCrops 3.0 Drohne deutliche Absatzsteigerungen. An dieser Stelle ist es mir noch einmal wichtig, auch im Namen unseres Bereichsleiters Agrar Presseberichte zurückzuweisen, wonach FAANG für Todesfälle durch die Schädlingsdrohne BostonDynamicsPredator 6 in Nicaragua und Rumänien haftbar gemacht werden könnte. Nur um das noch einmal klarzustellen: Es ist vertraglich absolut klar geregelt, dass allein der Käufer dafür haftet, den Wirkungsradius der Drohne menschenfrei zu halten und entsprechende Maßnahmen in Form von Beschilderung und Umzäunung vorzunehmen.

Des Weiteren freuen wir uns, weitere Fortschritte im Bereich der genetisch veränderten Agrarprodukte zu vermelden, die dank unseres mit BaySanto finanzierten Durchbruchs in der Sensorbionik und Nanotechnologie auch Pflanzen kontrollieren zu können (Pollenflug, Messung und Kontrollierung von chemischen Substanzen, Ortung von Schädlingen innerhalb der Pflanzen, die Auswirkungen der mit der Nahrung aufgenommenen Nanosensoren werden von US-amerikanischen Experten als unbedenklich für den menschlichen Organismus eingestuft).

Das neueste Modell unserer KI-gesteuerten Bienendrohne „BeeMee“ schlägt, wie vorhergesagt, alle Verkaufsrekorde. Das Aussterben der meisten bekannten Bienenarten hat zwar eine Wende in der Pestizid-Politik herbeigeführt, jedoch war diese zu spät um den Trend umzudrehen. Die FAANG Inc. Beteiligt sich am entwicklungspolitischen UN-Projekt „Bees4thePoor“ und spendet jedes Jahr rund 100.000 „BeeMees“ an Länder, in denen die lokalen Kleinbauern sonst auf manuelle Bestäubung angewiesen sind, wodurch Landwirtschaft in großem Umfang nicht mehr möglich ist.

SLIDE INFORMATIONSPOLITIK

Politisch möchten wir hervorheben, dass wir die Personalinvestitionen für unseren Beitrag im Rahmen der Stakeholderkonsultationen der Regulatorischen Kooperation durch die neuen Möglichkeiten im Rahmen von NEW-NAFTA ausweiten werden. Wir sind stolz, dass wir mit Christian Lindner (SLIDE aus seinem Wahlkampf mit Smartphone) in den vergangenen Jahren einen versierten ehemaligen deutschen Minister für uns gewinnen konnten, der gleichermaßen für Digitalisierung und Erfolg einsteht. Um seinem Andenken gerecht zu werden, haben wir beschlossen, die neue Kampagne für ein europäisches Wahlcomputersystem unter dem Namen „Digital first, Bedenken second“ zu starten. Wir sind zuversichtlich, dass wir bei der anstehenden Abstimmung am 18.06.2048 – dem Tag der Digitalwirtschaftscharta der EU – gewinnen werden. Gewinnen bedeutet: Ja zum Wahlcomputer für die Nord-EU. Das Budget für die Kampagne, die wir gemeinsam mit unserem europäischen Partner EUSAP gestartet haben, beträgt 3,5 Milliarden US-Dollar.

Vorwürfe, unsere großen Investitionen in die Kampagne würde andere Stimmen benachteiligen, weisen wir entschieden zurück. Es ist ein fairer Wettbewerb zwischen den Parteien und wir begrüßen die im Zuge der Wahlreform von 2025 abgeschaffte Grenze für

Kampagnenfinanzierung. Jeder Kunde und Nutzer von FAANG und EUSAP muss die Möglichkeit haben, seine Interessen angemessen vertreten zu sehen. Auch das ist Demokratie meine Damen und Herren. Wir müssen auch die Wahl der Konsumenten respektieren.

SLIDE - Angela Merkel Girl Empowerment

In Gedenken an die großartige Kanzlerin, UN-Generalsekretärin und FAANG-Advisory Board Member Angela Merkel haben wir in diesem Jahr den „Angela Merkel Girl Empowerment“ Fund gegründet mit einem Startkapital von 100 Millionen US-Dollar. Diese Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, Mädchen in MINT-Fächern gezielt zu unterstützen und Voraussetzungen zu schaffen, die es uns ermöglichen, den Frauenanteil in Vorständen im Sinne der freiwilligen Selbstverpflichtung im Jahr 2070 auf realistische 30 Prozent anzuheben.

SLIDE ZAHLEN – „Gewinnerlächeln“

Der Quartalsgewinn beträgt 73 Milliarden US-Dollar, wodurch sich ein Jahresgewinn von 258 Milliarden US-Dollar ergibt. Die Steuerlast im Jahr 2048 beläuft sich auf 5,16 Milliarden US-Dollar. Damit wurde eine effektive Besteuerung von 2 Prozent des Gesamtumsatzes erreicht. Optimierung war vor allem durch eine kluge Aufteilung der Besitzrechte an unseren Marken zwischen den einzelnen Unternehmensteilen möglich. Wir freuen uns, unseren Aktionären an dieser Stelle eine Dividende von 20,42 US-Dollar pro gezeichnete Aktie in Aussicht stellen zu können.

Im Rahmen unseres Programms „Social Engagement and Responsibility“ spendet FAANG die unglaubliche Summe von 100 Millionen US-Dollar, um in MINT-Fächern besonders begabte Kinder von einkommensschwachen Süd-EU-Familien vom Schulgeld in Höhe von 1000 Südeuro pro Kind und Schuljahr zu befreien. Einen herzlichen Applaus. Wir freuen uns an dieser Stelle auch mitteilen zu können, dass durch das „iSchool“-Programm zahlreichen Kindern in einkommensschwachen Regionen Zugang zu einem bezahlbaren Lerngerät bereitgestellt werden konnte. Voraussetzung hierbei ist natürlich, dass die Eltern in die unbegrenzte Datenanalyse und Datennutzung der Verhaltensdaten einwilligen, damit FAANG das Produkt weiter verbessern kann.

SLIDE – dünne Kinder lächeln in ihre Smartphones etc.

Im Rahmen von FAANG-Zero haben wir die Entwicklungshilfe auf eine neue Schwelle geführt. Kostenloser Zugang zu allen Diensten der FAANG Familie mit allen Telekommunikations-Providern des lokalen Südens. Um Familien in schwachen Regionen ein regelmäßiges Einkommen zu ermöglichen, haben wir das Programm „Data feeds the World“ ausgeweitet. Die maximale Altersgrenze für die Teilnahme an unserem „ChildCare“-Datenspendeprojekt wird auf 16 Jahre angehoben, damit auch Schulkinder durch eine Erfassung von Körperdaten die Möglichkeit haben, nicht nur einen positiven Beitrag für wichtige Felder der künstlichen Intelligenz und Datenmedizin zu leisten, sondern auch einen Beitrag für die Ernährung ihrer Familie zu erreichen.

SLIDE CLOUD

Im Bereich Cloud konnte FAANG den Marktanteil in der westlichen Welt deutlich ausbauen, wobei es allerdings auf dem chinesischen Markt einen deutlichen Rückgang zu verzeichnen gab. Dies muss wohl auch vor dem Hintergrund zunehmender Unsicherheiten bezüglich eines möglichen Neuen Handelsstreits zwischen US-EU und China gesehen werden, die seit 2028 nie ganz aus der Welt geschafft wurden und immer wieder aufflammen. Aus Angst vor Handelsembargos, die auch ein Einfrieren ausländischer Datenbestände nach sich ziehen können oder gar eine Besteuerung von Daten, sind Unternehmen in diesen Tagen vor allem darauf bedacht, Daten bei ansässigen Datenanbietern zu lagern. Wir haben diesen Trend schnell erkannt und bieten mit der „MoveHome“-Kampagne Vergünstigungen und Umzugshilfen für kleine und mittelständische Unternehmen an, die ihre Daten „heim“ holen wollen. Gefördert wird dies unter anderem durch den „IndustrialEspionagePrevention“ Fund der EU. Wir sind hochofreut, dass die Kosten für heimische Cloudanbieter nun in vielen Ländern von der Steuer absetzbar sind. Hier hat der Einsatz unseres Spitzenpersonals im Bereich politische Kommunikation Früchte getragen.

SLIDE PUBLIC CODE

Im Bereich der JustizIT müssen wir leider eine Stagnation der Gewinne verzeichnen. Dies ist aber vor allem in der bereits großen Marktdurchdringung begründet. Für das nächste Jahr peilen wir vor allem eine Ausweitung der Geschäftsaktivitäten im nordafrikanischen Raum an. Gefördert wird dies im Rahmen der „IT-Development“ Funds der UN. Als neues Feature bieten wir an, nicht nur die Social Media Daten sondern auch die Mausbewegung von Beschuldigten anhand der Datensätze unserer Unternehmenstochter „Heatmap4.0“ in die Analyse mit einzubeziehen. Neue Forschung zeigt, dass es einen deutlichen Zusammenhang zwischen impulsiver Mausbewegung und Gewaltbereitschaft gibt – vorausgesetzt es werden natürlich die 30 weiteren bestehenden Indikatoren des Systems mit einbezogen.

SLIDE SOCIAL SCORE

Auch aufgrund gegenläufiger Tendenzen in China erzielt unser größter Konkurrent AliTen trotz wirtschaftspolitischer Spannungen zwischen EU, NeoEU und Nordamerika einen neuen Gewinnrekord. Dies ist auch den deutlich gestiegenen Investitionen des chinesischen Staats in Online-Monitoringsysteme wie dem SocialScore zu verdanken.

Inspiziert von diesen Entwicklungen freuen wir uns, bei FAANG eine neue Strategie bekannt zu geben. FAANG will in der in 3 Jahren anstehenden neuen Runde um das Reshaping der SocialScore-Systeme in China mit einem eigenen System mitbieten. Dies steht auch in Verbindung mit den immer wieder an unser Management herangetragenen Wünschen aus dem westlichen Markt, dass zeitgemäße Möglichkeiten staatlichen Bürgermanagements sich am chinesischen Erfolg orientieren sollten. Insbesondere im südeuropäischen Raum ist es angesichts steigender Preise für Grundnahrungsmittel zu Unruhen gekommen, die die öffentliche Ordnung gefährden. Durch unsere Präsenz im Markt des „GatedHappyNessCommunity-Programms“, bei dem wir auch eng mit privaten

Sicherheitsdiensten zum Schutz gegen wohlstandsneidbedingten Terrorismus und Öko-Terrorismus zusammenarbeiten, bringen wir viele Erfahrungen mit. Die bestehenden Produkte und Monitoring-Tools wie etwa Amazon-Face-Prediction zum Monitoring der Laune von Kunden in Einkaufszentren werden selbstverständlich auch hier ihren Platz finden. Vorstellbar wären etwa automatische Analysen von Menschenansammlungen beispielsweise im Rahmen von Demonstrationen. Anhand von Körpertemperatur, Stimmanalyse und Gesichtsausdruck kann die Gewaltbereitschaft vorhergesagt werden. Entsprechende Meldungen an die Sicherheitskräfte werden dann automatisiert versendet. Erste Tests eines solchen Systems in Ungarn stimmen uns positiv.

Um es kurz zu machen: Stolz verkünde ich den Launch der neuen Sparte „HappyScore“ für das 2. Quartal 2049. Wir bieten ab Mai 2049 einen eigenen Baukasten für staatliche Akteure an, mit denen die Erziehung und Pflege des Wohlbefindens der Bürger noch einfacher und effizienter wird.

Unsere Zusammenarbeit mit GlobalAllianz entwickelt sich weiterhin äußerst positiv. Die individualisierten Gesundheitstarife basierend auf Puls und Fitnessdaten führen zu mehr Gerechtigkeit bei der Ausgabenverteilung und können die Kosten gerade in den geringen Einkommensbereichen deutlich senken. Wir werden aufgrund der ausgezeichneten Erfahrung mit den implantierten Tracker-Chips diesen Weg weiterführen. Vor allem, da es in den vergangenen Jahren doch recht prominente Fälle von Gesundheitsbetrug gegeben hat.

Auch die Verknüpfung von HappyScore mit SocialHealth ist angedacht, wofür nach dem 18.06. auch die rechtlichen Grundlagen geschaffen worden sein werden. Damit wagen wir einen Vorstoß in den Versicherungssektor, der unsere einmalige Marktstellung noch ein wenig erweitern dürfte.

Die Gewinne der Sparte „NewStart“ im Bereich der Gesichtsoptionen, eine Initiative die nach dem Großen Cloud-Desaster von 2020 begonnen wurde – entwickelt sich weiter positiv. Im vergangenen Jahr haben rund 10 Millionen Menschen einen frischen neuen Start gewagt und ihr Erscheinungsbild an ihre neue Identität angepasst.

Positiv entwickelt sich ebenfalls der Bereich „Dateneigentum – Datensouveränität“. Rund 100 Millionen Kunden haben das „Care“-Paket zum Monitoring ihres Datenschattens abonniert, Tendenz stark steigend. Davon haben 75 Prozent zusätzliche Zahlungen für die Löschung personenbezogener Vergangenheitsdaten geleistet. Das ist ein Plus von 10 Prozent! Besonders im Bereich der Kreditoptimierung und Arbeitsplatzsuche haben wir einen deutlichen Anstieg zu verzeichnen.

SLIDE ZUKUNFT

Im Jahr 2044 haben wir vor der Küste von Südafrika mit dem Abbau von Lithium begonnen. Das Projekt wird um schwimmende Serverfarmen ergänzt. Diese Serverfarmen unterliegen keinem Recht. Schafft Arbeitsplätze. Wir danken dem Präsidenten für die gute Kooperation und werden die Spenden fortsetzen.



Klima und Energie

Anmerkung: Bei diesem Text handelt sich um ein fiktives Zukunftsszenario im Rahmen der Konferenz Schöne Neue Welt (www.snw2048.de). Der Text spiegelt nicht unbedingt die reale Meinung der Vortragenden wieder, die hier eine Rolle eingenommen haben. Die Szenarien orientieren sich an der fiktiven Zeitleiste, die den roten Faden für alle Szenarien bildet und auf der Website zu finden ist.

Der folgende Text stellen nur die Eingangsstatements dar. Im Anschluss folgte eine Diskussion zwischen Plan A und Plan B sowie eine Auseinandersetzung mit den Teilnehmenden.

Plan A

Mein Name ist Sarah Reiche. Ich bin Chef-Communication-Officer von E-union, einem transeuropäischen Energieversorger, der durch einen Zusammenschluss der Konzerne E-on, EDF, Engie und Iberdrola. 2018 begann ich meine Karriere bei RWE mit einer Feuertaufe. Vielleicht erinnern Sie sich an die Proteste im Hambacher Wald. Die erste Erfahrung, die ich in diesem Zusammenhang mitnehmen durfte war, dass wir als Energiekonzern einiges stark unterschätzt haben. Damals hatten wir mit der sogenannten Kohlekommission, die einen Ausstiegsfahrplan für die Kohlekraftwerke definieren sollte, zu tun. Eigentlich dachten wir damals, zumindest zu Beginn des Jahres, das wir ganz gut aufgestellt wären. Die Proteste zum Hambacher Forst haben uns allerdings ganz schön auf die Probe gestellt. 2019 beschloss die Kommission Kraftwerke mit 10 Gigawatt Kapazitäten sofort vom Netz nehmen. Alle anderen Kohlekraftwerke sollten bis 2036 vom Netz genommen werden. Diesen Kompromiss haben wir uns mit verschiedenen Zugeständnissen in der Sicherheitsbereitschaft vergolden lassen. Aber trotzdem hat diese Entwicklung uns Energieversorger sehr getroffen. So hatten wir auch in den folgenden 10 Jahren immer wieder mit den Auswirkungen dieses Protests zu tun.

Auf diese Entwicklung reagierten unsere Kontrahenten mit einem neuen Gerät. Das Speichersystem „Sunstore“, das sowohl Solar- als auch Windenergie speichern und lokal in Wärme umwandeln konnte, löste eine massive Zunahme autarker Energiesysteme aus. In den Jahren nach 2021, der Markteinführung dieses neuen Geräts, stieg die Quote der erneuerbaren Energien erstmals auf über 50% im deutschen Strommix. Der Grund dafür war nicht nur, dass das Gerät günstig war und auch sehr gut funktioniert hat – obwohl es grauenhaft aussieht und grauenhaft vermarktet wurde – sondern auch, dass das Gerät auch quartiersweit genutzt wurde. Dies war durch eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes möglich. So konnten in Quartieren Energielösungen entwickelt werden, die nicht nur einzelne Einfamilienhäuser versorgten, sondern über mehrere Straßenzüge hinweg Energie genutzt und auch gespeichert werden konnte.

Auswirkung neuer politischer Machtverhältnisse und Umweltkatastrophen

An dieser Stelle möchte ich Ihnen gerne darlegen, wie es zu der Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes kam. Der ausschlaggebende Punkt war, dass die Grünen 2020 mit Robert Habeck den Bundeskanzler stellten. Diese Entwicklung zeichnete sich bereits Ende 2018 mit dem Beginn des Endes der Ära Merkel ab. Annegret Kram-Karrenbauer wurde damals Vorsitzende der CDU und bei vorgezogenen Neuwahlen 2019 erlebten wir dann die erste Grün-Schwarze Koalition im Bund. Diese Koalition novellierte nicht nur das Energiewirtschaftsgesetz, sondern führte gemeinsam mit Frankreich, Schweden, Dänemark und den Benelux-Staaten auch einen CO₂-Preis ein. Dieser löste eine kräftige Wiederbelebung der UN-Klimadiplomatie aus und legte uns in den folgenden Jahren immer wieder Steine in den Weg.

Die Elb-Hochwasserkatastrophe von 2020 zerstörte den Großteil der Dresdner Innenstadt. Die vollkommen zerstörte Semperoper sollte zwar mit Milliarden wiederaufgebaut werden, doch diese Bemühungen reichten nicht aus, sodass am Ende ein kompletter Neubau finanziert wurde. Noch viel tragischer war allerdings, dass wir 1000 Tote zu beklagen hatten. Dazu kam, dass über eine Millionen Menschen im Zuge der Katastrophe obdachlos wurden. Natürlich wurde die Katastrophe von der grünen Regierung ausgenutzt und zog politische Konsequenzen nach sich. Auch Massenproteste in der Bevölkerung führten schließlich zum „Fukushima-Moment“ für die Kohlekraftwerke. Der Kohlekonsens, der in den Jahren zuvor erstritten wurde, wurde unter den neuen Gegebenheiten wieder in Frage gestellt und die Diskussionen erneut aufgenommen. So kam es schließlich dazu, dass das letzte Kohlekraftwerk nicht wie geplant 2036, sondern schon 2028 vom Netz ging. Wir als Energiekonzern haben natürlich alles darangesetzt, um das zu verhindern. Unsere Warnungen vor Blackouts fanden allerdings kein Gehör. Diese Entwicklung haben sich einige Nachbarländer zum Vorbild genommen und nach einer Weile zogen die restlichen europäischen Länder nach. So kam es, dass 2030 der Anteil erneuerbarer Energien bei über 75 Prozent lag. Diese Entwicklung war viel schneller, als wir als Energiekonzern das erwartet hätten.

Veränderte politische Gefüge und eine Fusionierung als letzte Rettung

2021 kam es zu einem erdrutschartigen Sieg von Jeremy Corbyn in Großbritannien, was auch in Deutschland die politische Landschaft neu durchmischte. Zwar hatte sich nach der katastrophalen Niederlage in der vorgezogenen Bundestagswahl die SPD aufgelöst, doch

erfuhr nach den Umstürzen in Großbritannien wieder Aufwind und wurde unter dem Namen „Aufbruch“ neu gegründet und erlebte großen Zulauf. 2024 führte das zu einer Rot-Grün-Roten Bundesregierung. Diese Bundesregierung hat besonders im Energiesektor ihre Spuren hinterlassen. Beispielsweise wurde nach massivem Druck aus der Parteibasis die direkte Demokratie eingeführt. Aus unserer Sicht ist das ein hässliches Instrument, denn seither regiert in dieser Regierung die Angst vor dem Volk, was an vielen Stellen spürbar wird. Die Details erspare ich Ihnen in diesem Fall. Vor diesem Hintergrund erlebte mein ehemaliger Auftraggeber – zum Glück war ich mittlerweile woanders – eine katastrophale Pleite. RWE musste Konkurs anmelden und fusionierte mit E-on. 2025 schlossen sich schließlich E-on und EDF, Engie und Iberdrola gemeinsam mit der Telekom zum Energieversorger E-union zusammen. Eigentlich hatten wir uns nicht die Telekom, sondern Google als Partner gewünscht. Doch Google hatte zu dieser Zeit nicht mehr so viel Interesse an großen Energiekonzernen. Ich gehe davon aus, dass Google erkannt hat, dass sich konservative Energiekonzerne auf dem absteigenden Ast befanden. Durch diese Fusion ist es uns aber gelungen, trotz der immer weiter wachsenden Anbieter autarker Energieversorgung, bestehen zu bleiben. Allerdings muss ich Ihnen offen gestehen, dass wir schwer zu kämpfen haben.

Bürgerbewegung verändert Markt

Nun möchte ich noch auf ein ganz anderes Thema zu sprechen kommen, das aber auch für den Klimaschutz nicht ganz irrelevant war. Im Jahr 2029 kam es zu der Pleite von VW. Diese Pleite war, anders als Pleiten im Energiesektor, keine politikgetriebene, sondern eine marktgetriebene Pleite. Als das E-Auto Toyota little E mit einer Reichweite von 500 Kilometern ohne Ladestation – was damals sehr viel war – auf den Markt kam, haben die Verbraucher einfach keine Verbrennungsmotoren mehr gekauft. Wie sie wissen, gibt es heute, außer ein paar wenigen Liebhabermodellen, keine PKW mit Verbrennungsmotor mehr. Zulieferer und Hersteller dieser Branche widmeten sich anderen Sektoren oder sind gnadenlos in den Abgrund gerutscht. Auslöser für diese einschneidende Marktverschiebung war die Leipziger Bewegung. Diese startete 2022 mit einer ähnlichen Dynamik und Aktivisten, wie damals im Hambacher Forst, eine Protestbewegung in Leipzig, die Straßenkreuzungen blockierte. Zu Beginn gingen wir alle noch davon aus, dass diese Proteste nicht lange anhalten würden und sich in einer autofreundlichen Nation wie Deutschland nur auf wenige Freaks beschränken würde. Doch dem war nicht so. Ziemlich schnell mussten wir feststellen, dass die Bewegung besonders auch durch Familien starken Zulauf erhielt und so salonfähig und zur Massenbewegung wurde. Darüber hinaus schaffte es die Bewegung ihr Anliegen mit Schlagworten wie Lebensqualität, Gesundheit und Sicherheit für unsere Kinder, gut zu verkaufen und traf offenbar einen Nerv. Die Folge war eine Etablierung von autofreien Städten in ganz Deutschland. 2035 gab es schließlich in allen der europäischen Metropolen autofreie Innenstädte. Was aus meiner privaten Sicht allerdings das Schlimmste an dieser Bewegung war, ist, dass auch die endlich auf den Markt gekommenen Flugtaxen aus den Innenstädten verbannt wurden.

Wie Sie sehen, gab habe die letzten dreißig Jahre den Energiesektor stark gewandelt. Aus unserer Sicht wurden an vielen Stellen die falschen Schrauben gedreht, aber wir als E-union stehen weiterhin für eine sichere und konservative Energiepolitik.

Plan B

[wird nachgereicht]



Zukunft der Demokratie

Plan A: Roman Huber, Mehr Demokratie e. V.

Plan B: Dr. Christina Deckwirth, Lobbycontrol

Anmerkung: Bei diesem Text handelt sich um ein fiktives Zukunftsszenario im Rahmen der Konferenz Schöne Neue Welt (www.snw2048.de). Der Text spiegelt nicht unbedingt die reale Meinung der Vortragenden wieder, die hier eine Rolle eingenommen haben. Die Szenarien orientieren sich an der fiktiven Zeitleiste, die den roten Faden für alle Szenarien bildet und auf der Website zu finden ist. Der folgende Text stellen nur die Eingangsstatements dar. Im Anschluss folgte eine Diskussion zwischen Plan A und Plan B sowie eine Auseinandersetzung mit den Teilnehmenden.

Plan A

Mein Name ist Prem Gallahad, ich bin Mitglied im Global Consciousness Council. Der GCC ist angeschlossen an den Global Earth Charta und überprüft deren Entscheidungen: Sind diese enkeltauglich, entsprechen dem globalen Gemeinwohl und sind die Rechte aller fühlenden Wesen und der Erde selbst gewahrt? Wir haben Vetorecht. Wir müssen dieses aber kaum mehr ausüben, da die meisten Entscheidungsvorlagen von großer Weisheit getragen sind.

Ja natürlich, Sie können ja nicht wissen, dass im Jahre 2038 die Global Earth Charta verabschiedet wurde. Nach langem Ringen hatte auch China zugestimmt.

Nach dem Wirtschafts-Crash in 2030 gab es eine zweite Kulturrevolution. In einer Reminiszenz an seine alten Philosophen setzte sich die Lehre eines im Westen nicht sehr bekannten Philosophen durch, nämlich Mengzi, der in China berühmteste Nachfolger Konfuzius'. Dessen Kernaussage war, dass der Mensch von Natur aus gut sei und eine ungerechte Herrschaft durch die Untertanen beendet werden darf, das sog. Prinzip des „Gémìng“ -> Wechsel des Mandats. Das war das Symbol der Revolution, nach der die kommunistische Partei abgeschafft wurde. Alle Kontrollsysteme wurden ersatzlos aufgelöst.

Es wurden völlig neue Regierungsform entwickelt, eine Hybridform aus Mitbestimmung, Höflichkeit, Ethik und Mitgefühl – the chinese way. China ist heute das Reich der Harmonie.

Aber der Reihe nach: Wie war die Welt im Jahr 2018? Ich lade Sie jetzt ein, sich in diese Zeit zu versetzen, um die folgenden Fragen im Stillen zu beantworten?

1. Durchschnittliche weltweite Lebenserwartung im Jahr 1800 war auf der Welt? 30 Jahre! Im Jahr 2018?

- 50 Jahre
- 60 Jahre
- 70 Jahre

2. Im Weltdurchschnitt gingen Männer, die im Jahr 2018 zwischen 25 und 34 Jahre alt sind, 8 Jahre lang zur Schule. Wie viele Jahre gingen die Frauen in gleichen Altersgruppe zur Schule?

- 3 Jahre
- 5 Jahre
- 7 Jahre

3. Hat sich damals von 1990 bis 2010 der Anteil der in extremer Armut lebenden Weltbevölkerung

- fast verdoppelt.
- im Großen und Ganzen nicht verändert.
- fast halbiert.

Die richtigen Antworten sind 70 Jahre, 7 Jahre und die Armut hatte sich halbiert. Wer von Ihnen wusste alle richtigen Antworten? Nun das sind weniger als 10 Prozent. Ich möchte Sie trösten, auch im Jahr 2018 wussten die Menschen nicht mehr, als sie heute. Damals verzweifelte auch der Epidemiologe Hans Rosling und verfasste das Standardwerk „Factfulness“. Wie wir lernen, die Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist“. Es wurde im Jahr 2019/20 ein internationaler Bestseller und ist auch heute noch antiquarisch zu erwerben.

Ein anderer damals bekannter Wissenschaftler, Steven Pinker, wies nach, dass es schon in den 10er Jahren des 21. Jahrhunderts prozentual weniger Kriege, weniger Morde, weniger Hinrichtungen, weniger Vergewaltigungen und weniger häusliche Gewalt gab als jemals zuvor. Es war damals schon die friedlichste und bestausgebildetste Zeit der Menschheitsgeschichte.

Viele stellten sich damals vor, die Weltbevölkerung würde exponentiell ins Unermessliche wachsen und allein deswegen seien alle fortschrittlichen Projekte zum Scheitern verurteilt. Doch aufgrund der Geburtenrate war damals schon sicher, dass die Weltbevölkerung zwar bis zu ca. 11 Milliarden erreichen wird, aber nicht mehr.

Im Nachhinein ist schwer vorstellbar, wie voreingenommen die Wirklichkeit damals wahrgenommen wurde, gerade auch vor allen von den Akteuren der Zivilgesellschaft, die in einer Art Negativ-Blase lebten.

Lassen Sie uns den Blick auf Deutschland werfen, einer der Hot Spots und Ursprungsländer der weltweiten Transformation der kommenden 20er und 30er Jahre. Es war damals eines der beliebtesten Länder der Welt, nur nicht in der Wahrnehmung der Deutschen. Deutschland war damals schon mehrfacher Gewinner einer BBC Umfrage, welches Land den positivsten Einfluss auf die Welt habe.

Im Jahr 2019 zerbrach nach langem Hin und Her die große Koalition und es gab Neuwahlen. Alle waren müde, denn die vorherigen Wahlen hatten ja gerade im Jahr 2017 stattgefunden. Die Menschen wollten nicht wieder monatelang in Untätigkeit verharren. Anstelle eines langweiligen, sachthemenfreien Wahlkampfs beizuwohnen oder die Wahlprogramme der Parteien abzuwarten, taten sich eine Reihe von großen NGOs und kleinen NGOs zusammen und nahmen das Ganze selbst in die Hand.

Sie starteten die Agenda 2020. Sie organisierten einen riesigen Beteiligungsprozess im ganzen Land. Per Los gewählte BürgerInnenräte und Citizens Assemblies, übers das ganze Land verstreut, arbeiteten gut koordiniert die Eckpunkte des neuen Regierungsvertrages aus.

Im ersten Schritt wurden die wirklich drängenden Probleme ermittelt, im zweiten Schritt wurden in Themenpanels Lösungen erarbeitet. Die Themen waren

1. Klimawandel/Energie: 1,5 Grad-Ziel nur erreichbar bei sofortigem Umsteuern
2. Fluchtbewegungen: Derzeit 67 Mio. Menschen, perspektivisch 200 Mio.
3. Ungleichheit: Kluft zwischen Arm und Reich in Dtschl./der EU/weltweit

- | | | |
|----|------------------|--|
| 4. | Rüstung: | Aufrüstung und Rüstungsexporte |
| 5. | Digitalisierung: | Gesellschaftliche Folgen, Arbeitslosigkeit |
| 6. | Demokratie: | Spaltung der Gesellschaft, sinkendes Vertrauen |
| 7. | Europa: | Zentralismus, Eurokrise, Abschottung, Rechtspopulisten |
| 8. | Landwirtschaft: | Industrielle Landwirtschaft, Bodenfruchtbarkeit |

Ein Historiker entdeckte übrigens, dass all diese Themen in einer – mittlerweile legendären – Konferenz in einem Krematorium (vor-)bearbeitet wurde. Witzig oder?

Das Beteiligungsprojekt – die Agenda 2020 genannt – wurde von zwar von den Qualitätsmedien begleitet, aber der Durchbruch geschah eher zufällig: Da die Mitglieder in den BürgerInnenräten ja gelost wurden, saß da zufällig der Mann einer verantwortlichen Redakteurin der BILD Zeitung drin. Er berichtete zu Hause so superpositiv, dass die BILD das Potential des Projektes erkannte und Einstieg. So wurde jeden Tag auf der neuen Seite Drei der BILD Zeitung über die Agenda 2020 berichtet, bald schon auf Seite 2 und 3 und der Titelseite...

Zusätzlich wurde ein riesiger Online-Prozess – BILD dir deine Meinung – gestartet. Auf einmal beteiligten sich Hunderttausende online und lauschten den spannenden Diskussionen der BürgerInnen. Da dieser Prozess davon lebte, dass unabhängige Pro- und Contra-Informationen in den Prozess eingespeist wurden, wollten immer mehr Top- Wissenschaftler pro bono am Prozess teilnehmen. Sie wussten ja, dass die BILD Zeitung und auf Youtube 100.000nde ihre Beiträge sahen. Es bildeten sich daraufhin fact-checking Panels, alle Daten wurden sofort von der Crowd überprüft. Schon jeweils am Tag darauf konnten die Teilnehmer der BürgerInnenräte sehen, wo Ihnen Mist erzählt wurde. Auch alle Abhängigkeiten wurden sofort transparent gemacht.

„Dynamic facilitation“ stellte sicher, dass immer konstruktiv an der Sache diskutiert wurde. Der Umgang der Menschen in diesem Prozess war so vorbildlich, dass sich erste Talk Show Formate herausbildeten, die diese Art der Moderation übernahmen. „Hart, aber fair“ wurde durch „Warm und konstruktiv“ abgelöst. Die Einschaltquoten für diese Talkshow stiegen immens. Plötzlich ging es nicht mehr nur um narzisstische Ego-Strukturen. Achtsame Kommunikation und Kreativprozesse vor laufender Kamera wurden zum Standard. Natürlich gab es dann als Gegenbewegung noch härtere Trash-Formate... Schrei-Diskussionen und Hate-Speech-Wettbewerbe ... aber das war nur eine gewisse Subkultur.

Zurück zum Jahr 2019:

Die Inhalte des Wahlkampfs traten in den Hintergrund – was im Grund kaum einer merkte. Spitzenkandidat der Grünen Robert Habeck versprach, dass er in einer Regierungs-Koalition diesen Prozess in jedem Fall fortsetzen werde und die Ergebnisse als Richtungsvorgaben in den Koalitionsvertrag übernehmen werde.

Habeck konnte dieses Versprechen abgeben, ohne die Angst abgewählt zu werden, weil er das Wesen von BürgerInnenräten und dem Losverfahren verstanden hatte. Die Lösungen waren nicht nur inhaltlich hervorragend, SONDERN demokratisch umsetzbar, weil sie mehrheitsfähig waren. Das war der wesentliche und entscheidende Unterschied. Sie hatten keine Angst mehr, für einen Veggieday einzustehen, sondern forderten, was die BürgerInnen forderten. Radikale Lösungen, die gesellschaftliche Akzeptanz hatten.

Das war der entscheidende Unterschied. Von der Apathie zur Beteiligung, von der Fremd- zur Selbstbestimmung.

Da inhaltliche Facharbeit so im Vordergrund stand, konnte die AfD kaum mehr punkten, ihre Agenda war abgeräumt, so dass sie sich bei rund 10 bis 15 Prozent in allen Parlamenten einpegelten.

In der ersten Jamaika-Koalition auf Bundesebene im Jahr 2019 wurden die wichtigsten Punkte dieses Prozesses in die Koalitionsvereinbarungen aufgenommen. Habeck wurde Vizekanzler und (seine Kollegin Bärbock vier Jahre später Kanzlerin der Christlich-grünen Union - CGU). Die Zivilgesellschaft feierte und freute sich auf die Umsetzung der selbst erarbeiteten Punkte im Koalitionsvertrag.

Kurz darauf gab's 2020 wieder einen unglaublichen Datenskandal rund um Facebook und Google und vielen jungen Menschen riss die Hutschnur. Ein junger anarchistischer Programmierer, Vitalik Buterin, der schon die Kryptowährung Ethereum geschaffen hatte, programmierte mit seinen Freunden die blockchainbasierte Open Source Plattform Friendbook, unhackbar und ohne Werbung. Junge Leute flohen in Scharen von Facebook und Co. und organisierten sich selbst. So setzte sich nebenbei bemerkt auch Ethereum gegen Bitcoin durch und wurde fortan die Krypto-Leitwährung. Da die Hälfte des Online Handels auf Ethereum und IOTA umstellte, waren unglaubliche Ressourcen bei der IOTA Foundation vorhanden, die alle in gemeinnützige Programmierungen gesteckt wurden.

E-Government, der digitale und transparente Staat, setzte sich durch. Die schon in den 2010er Jahren weltweit größte Beteiligungsplattform Consul, die von den ehemaligen Podemos Revolutionären in Spanien programmiert wurde, verbreitete sich Anfang der zwanziger Jahre weltweit, sodass kommunale Bürgerhaushalte Standard wurden. 10 bis 20 Prozent der Mittel der kommunalen Haushalte wurden von den BürgerInnen verteilt, im Grunde der ganze freie Teil des Haushaltes.

Außerdem hatten die Parteien, wie 5 Stelle in Italien und andere, die schon früh auf partizipative Gesetzgebung mit der Software Rousseau setzten einen Klassenvorteil, da ihre Gesetzentwürfe zunehmend das Wissen der ganzen Crowd und vor allem auch der Wissenschaft in sich vereinten. Dafür verantwortlich waren auch die neuen Filter- und Wissen-Aggregationsprozesse.

[Zeitleiste]

2021 Corbys Erdrutschsieg in Großbritannien

2022 RWE-Pleite, Überschwemmungskatastrophen

Nach der anfänglichen Freude in Deutschland machte sich Unmut breit, weil die Umsetzung nicht klappte... Die Ergebnisse der Beteiligungsprozesse wurden einfach nicht verabschiedet. Kleine juristische Scharmützel hier, ein Gutachten da, Blockaden aus nicht nachvollziehbaren Gründen. Irgendwie schafften es die Konzernlobbyisten und ihre angeschlossenen finanzierten Lehrstühle die wichtigsten Gesetzentwürfe zu verhindern, zumindest zu verzögern.

Das Blatt wendete sich nach einem üblen Pestizidskandal im Jahr 2024. Denn genau vor diesen freigesetzten Giften war in der Agenda 2020 gewarnt worden. Bei beherzter Umsetzung hätte das Unglück vermieden werden können. Hunderte von Kinder wären nicht qualvoll vergiftet worden und gestorben. Das schlug dem Fass den Boden aus und Massen von Menschen, jungen Familien, Eltern, Großeltern gingen auf die Straßen und forderten verbindliche Mitbestimmung – „Für unsere Kinder“, war der Slogan. Der Pestizidskandal saß der CDU im Nacken. Sie hatte erfolgreich seit 80 Jahren Volksentscheide verhindert hatte, lenkte jetzt aber ein und es kam zur großen Demokratiereform im Jahr 2025.

Das große Demokratiepaket wurde aber nicht nur parlamentarisch ausgearbeitet, sondern in einem speziellen neu designten Verfahren von Losverfahren, BürgerInnenräten, in Kooperation mit erfahrenen WissenschaftlerInnen und vor allem den PraktikerInnen. Mittlerweile hatte sich herumgesprochen, dass kluges Prozess-Design der entscheidende Faktor war.

Die wichtigsten Bestandteile der Wahlrechtsreform waren: Mehrmandatswahlkreise, Panaschieren und Kumulieren und in einigen Testwahlkreisen wurden sogar Experimente mit systemischem Konsensieren, Losverfahren und anderen spannenden Verfahren unternommen.

Bundesweite Volksentscheide wurden eingeführt mit den besten Rahmenbedingungen, die man sich damals vorstellen konnte. Es war ein Best-Practise-Modell, in das Erfahrungen aus der ganzen Welt integriert wurden. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: die Unterschriften-Hürden wurden aus der Schweiz, die Offenlegungsregelungen in Bezug auf Finanzen aus Kalifornien übernommen, der Faktencheck wurde nach dem Verfahren des Citizens Initiative Review aus Oregon geregelt und das Ganze wurde clever ins deutsche Grundgesetz eingepasst. Es gibt eine verbindliche Normenkontrolle, die klarstellte, dass die BürgerInnen nicht über den Grund- und Menschenrechten stehen.

Wie gesagt, das kollektive Prozesswissen war mittlerweile weit entwickelt. Jeder wusste, dass das Ergebnis auch vom Verfahren abhängt: Ein so miserables Verfahren wie das, das zum Brexit führte, wäre mittlerweile undenkbar geworden.

- Die Distanz zwischen BürgerInnen und PolitikerInnen verkleinerte sich.
- Die Menschen hatten das Gefühl, dass Macht feiner verteilt wird.
- Die Kompetenz der BürgerInnen nahm zu.
- Die Gesellschaft lernte mehr, BürgerInnen wurde etwas zugetraut.
- Integrationskräfte der Gesellschaft wurden stärker, Minderheiten wurden gehört.

- Entscheide wurden legitimer, Souveränität wurde ernst genommen.

Die Erkenntnis setzte sich durch, dass klug gestaltete Volksentscheide strukturierte Prozesse zur Herstellung von kollektivem Bewusstsein sind.

In dieser Zeit einigte sich die Zivilgesellschaft in einer Konferenz auf eine verbindliche Zusammenarbeit. Die CoCreation Agenda wurde ins Leben gerufen. Die Idee war, sich zu synchronisieren. Das heißt, gemeinsam wurden die wichtigsten Themen festgehalten, die dann gemeinsam bearbeitet wurden. Also erst Klima, dann Landwirtschaft, dann xy... die Prioritäten und deren Rang- und Reihenfolge wurde in großen und repräsentativen Online-Wahlen bestätigt. Bis zu einer Millionen Abstimmenden beteiligten sich. So wurde Jahr für Jahr ein neues MEGA Thema bearbeitet. Interessant war, dass auch die NGOs erst ihr Konkurrenzdenken überwinden mussten, zu Beginn wurden noch Verträge gemacht... wer sitzt auf dem Podium, wer auf der Pressekonferenz, wer bekommt die Adressen. Die Währung der NGOs war ja mehr noch als Geld, die Aufmerksamkeit... Doch das lief sich schnell aus und es entstanden sehr erfüllende und kreative Zeiten in der Zusammenarbeit.

Dann wurde 2026 Angela Merkel UN-Generalsekretärin. So wurde „das deutsche Experiment“ auch global bekannt. Frau Merkel, als Bundeskanzlerin ja noch höchst widerständig gegen alle konkreten Formen der Mitbeteiligung, wurde zur besten Botschafterin. Sie war zwei Jahre hintereinander auf dem Time Magazin als wirkmächtigste Frau der Welt. Eine dritte UN-Kammer für Collaboration und Cocreation wurde geschaffen und die ersten globalen Prozesse gestartet. Schnell einigten sich alle Länder im Jahr 2027 Abkommen zur Stilllegung sämtlicher Steueroasen. Schnell war klar, dass dieses Projekt die höchste Zustimmung von BürgerInnen aus allen Kontinenten hatte. Die Menschheit als handelnder Akteur wurde zum ersten Mal sichtbar.

2029 wurde folgerichtig im Rahmen eines globalen Beteiligungsprozesses die SDG-Neuaufgabe verhandelt, ein Weltparlament mit erst nur beratender Funktion wurde eingerichtet. Erstmals wurde – und dies war dem Input vor allem von muslimischen Ländern zu verdanken – die ethisch-moralisch einwandfreie Lebensführung von Kandidaten wichtig. In Europa war dies ein schwierigerer Prozess, aber auch hier setzte sich langsam die Erkenntnis durch, dass Menschen nur ganzheitlich betrachtet werden können, auch und gerade Funktionsträger.

Dann kamen 2030 die Unruhen in China, die ich eingangs schon erwähnt hatte.

Chinas unglaublicher Beitrag, nachdem sie der Global Earth Charta zugestimmt hatten, war: 250 Millionen vom Staat finanzierte, freiwillige, chinesische Arbeiter forsteten weltweit – auf Einladung – ganze Ländereien wieder auf. Den Effekt genießen wir heute, eine Fläche von der doppelten Größe Brasiliens ist wieder bewaldet. Derzeit wird die Aufforstung in Nordafrika und der Sahara geplant.

Ein Aspekt, der in all diesen Jahren parallel lief und immer mehr oder weniger großen Einfluss hatte, war die Entwicklung der künstlichen Intelligenz. Sie erinnern sich sicher an das erste Gerichtsurteil auf Basis von KI im Jahr 2031.

Die Entwicklung der künstlichen Intelligenz stand in engem Zusammenhang und in Kombination mit kollektiver Intelligenz. Menschen und Maschinen wurden zu Superminds! Die technischen Aspekte kann ich ihnen nicht genau erklären, das ist nicht mein Fachgebiet. Jedoch stellte sich heraus, dass die Vorhersagen Ray Kurzweils und der anderen Apologeten zu Singularity, zum Upload des Bewusstseins in die Cloud etc. nicht eintrafen. Das menschliche Bewusstsein schien komplexer und ganzheitlicher als von den Transhumanisten angenommen.

Die Menschheit realisierte immer mehr, dass nicht nur Maschinen, sondern auch sie selbst sich weiterentwickeln können. Es entstand ein Bild der Erde und der Menschheit als gemeinsames Feld, als zusammengeschalteter Bewusstseinscomputer! Teilhard de Chardin postulierte bereits im 20. Jahrhundert das Entstehen der Noosphäre - der Sphäre des Geistes.

Die Menschheit verstand sich als gewaltiger Supercomputer zur Verarbeitung von Schöpfungs- und Evolutionsprozessen. Ein Supermind nicht nur auf der Basis von Information, sondern Bewusstsein. Kollaborative Gestaltungsprozesse machten sich breit und wurden ständig verfeinert. Menschen erlebten sich selbst wirksam als Kräfte im Feld.

Zu faktischen Informationen kamen intuitiv-spirituelle Erfahrungen, Emotionen, ja sogar Körperwissen hinzu. Nicht selten ging das einher mit tiefen Einsichten. Das Resultat dieser Arbeit waren kollektive Lernerfahrungen und infolge dessen immer mehr auch gesellschaftliche Verhaltensänderungen.

In den 20er Jahren gab es Versuche mit Gruppen von 10 bis 50 Menschen, manchmal 100, heute sind wir in der Lage mit Tausenden von Menschen Prozesse dieser Art zu gestalten. Wir kennen heute die Feld-Emergenz-Theorie, sie wird in Grundzügen bereits seit 20 Jahren an weiterführenden Schulen unterrichtet. Auch integrale Theorie, Spiral Dynamic oder das 4-Quadranten Modell uvm. sind heute Allgemeingut. Sie kennen das 4-Quadranten Modell nicht? – Gut, ich erläutere es kurz:

	Innen subjektiv	Außen objektiv (messbar, überprüfbar)
Ich – Singular	Haltung, Gedanken	Wissen, Körper, Ausbildung,
Individuell	Gefühle, Trauma	Verhalten
Wir – Plural	Kultur, Beziehung, Werte	Gesetze, Regeln,
Kollektiv	Ethik, kollektives Trauma	Institutionen, Strukturen, BIP

Die Dimensionen von ICH und WIR waren auch früher üblich. Sie entsprachen damals dem Spannungsfeld zwischen Individuum und Staat/Gemeinschaft. Wir sind heute gewohnt zusätzlich die Dimensionen INNEN und AUSSEN in der Politik mitzudenken.

Die Annahme heute ist, dass alle Ereignisse generell mindestens diese 4 Dimensionen haben. Noch in den 30er Jahren fand Politik fast ausschließlich im WIR – AUSSEN, im vierten Quadranten rechts-unten statt. Hinzu kam nun das dritte Feld links-unten.

Gruppen-Prozesse wurden früher am ehesten in der Disziplin der (Sozial-)Psychologie bearbeitet. Hier gab es auch vereinzelt gute Erfahrungen mit Großgruppen, auch ein erstes Hineinwirken auf die gesellschaftliche Ebene. Der Durchbruch kam erst, als das bislang vorhandene Prozess-Know How aus der individuellen Ebene konsequent auf die politische Ebene übertragen und angewandt wurde. Von den vielen hundert positiven Erfahrungen erzähle ich Ihnen zwei schöne Beispiele, damit sie eine Vorstellung bekommen.

Großes Aufsehen erregte eine mehrstufige, öffentliche Aufstellungsarbeit (nach Bert Hellinger) in Bezug auf den ewigen Palästina-Israel Konflikt. Im Anschluss konnte tatsächlich eine Zwei-Staaten Lösung vereinbart werden. Ja, ich weiß, es gab auch wieder Rückschläge, aber diese Erfahrung war international ein Quantensprung.

Ein zweites großes Thema war die Bearbeitung der Wasserfrage und der industriellen Landwirtschaft. Das dogmatische Festhalten an den überkommenden Produktionsmethoden bremste jeden Fortschritt. In einem persönlichen Kraftakt und mit jahrelanger Vorbereitung organisierte Otto Scharmer, längst emeritiert vom MIT und selbst schon steinalt, einen globalen, mehrwöchigen Landwirtschaftskongress. Das Besondere daran war, dass ihm gelungen war, die größten Landbesitzer der Erde – Einzelpersonen, Konzernsprecher, Staatenlenker – mit den besten Praktikern von holistischen Produktionsmethoden zusammenzubringen. Tausende von Landwirten, Biologen, Umweltschützern waren ebenfalls anwesend. Über seinen weiterentwickelten U-Prozess erreichte Scharmer einen harten Kern der Großgrundbesitzer von mehreren Millionen Hektar. Sie öffneten sich für nachhaltige, aufbauende Landwirtschaft und steuerten um. Das war der Beginn der Wende in diesem Bereich.

Deep Democracy wurde populär. Keine PolitikerIn wäre heute mehr wählbar ohne Persönlichkeitsentwicklung, ohne nachvollziehbare Arbeit am eigenen Ego. Das gilt natürlich auch für uns BürgerInnen. Interessanterweise veränderte sich durch die individuelle und kollektive Arbeit am eigenen Schatten auch das Konsumverhalten. Die innere Leere, die Entfremdung, die Millionen von Menschen quälte, veränderte sich. Sie musste nicht mehr nur durch Dauerberieselung der Medien gestopft werden. Auch das überbordende Suchtverhalten der 20er Jahre trat nach und nach ins öffentliche Bewusstsein und nahm langsam ab.

Ein riesengroßes Forschungsfeld von Kulturtechniken im „dritten Quadrant“ entstand. Die jungen Studenten überrannten die wenigen Lehrstühle, übernahmen auf freundliche Weise das Lehr-Kollegium, forschten und bestimmten die Curricula selbst. Natürlich gab's auch eine heftige Gegenbewegung. Wir erklären es uns heute so, dass durch die Arbeit an den inneren Aspekten von Großgruppen und dem „Volk“ wiederum tiefe Angst und Scham aktiviert wurde. Sie äußerte sich an der Oberfläche durch Aggression und Hass. Sogar Gustave Le Bon's

Hauptwerk „Psychologie der Massen“ vom Anfang des 20. (!) Jahrhunderts wurde neu aufgelegt. Aber die positiven Erlebnisse waren vitaler und überzeugten.

Entscheidend waren Forschungsergebnisse, die für die meisten Menschen vollkommen neu waren, zum Beispiel die Macht von kollektiven Traumata. Heute ist Gemeingut, dass diese intergenerationell wirken. Erst akribische, jahrelange Forschung in Epigenetik und anderen Gebieten überzeugte die letzten Zweifler. Nachgewiesen wurde, dass sich Traumata sogar genetisch weitervererben. Wir wissen heute mehr und mehr, wie diese endlosen Zyklen durchbrochen werden können. Auch im Jahr 2048 ist dies noch keine leichte Übung. Alle Versuche diese Arbeit zu automatisieren und zu digitalisieren schlugen fehl oder waren zu ineffektiv. Schulung von Achtsamkeit und Wahrnehmung ist heute mehr denn je Grundvoraussetzung für das Gelingen von Trauma-Arbeit oder anderen Kulturtechniken. Selbstdisziplin, Bescheidenheit, Mitgefühl erlebten ihr Revival. Neu war, dass dies in kreativen, selbstbestimmten und konfessionsfreien Rahmen erfolgte – auf Basis gut erforschter anthropologischer Zusammenhänge. Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften sind heute kein Widerspruch mehr.

Nun denn, ich muss weiterziehen, meine Lieben, ich habe hier nur einen kurzen Zwischenaufenthalt auf dem Weg zum Global Consciousness Project, das demnächst sein 50 jähriges Bestehen feiert...

Plan B

Bericht über den Zustand der Demokratie

Christina Deckwirth, ehemalige Mitarbeiterin bei Lobbycontrol, heute ehrenamtliche politische Recherche, November 2048.

Bis zum Jahr 2025 habe ich bei Lobbycontrol gearbeitet und wollte mich dort für eine bessere Demokratie einsetzen. Doch die Arbeit wurde immer schwieriger. Wir wurden mit Schmutzkampagnen überzogen, es gab immer mehr Konkurrenz in der NGO-Szene, aber vor allem schafften wir es nicht mehr, mit unseren Botschaften durchzudringen – das war ganz schön hart. Ich habe mich dann selbst entschieden zu gehen, weil mich die Entwicklung sehr frustriert hat. Das war ja nicht nur bei Lobbycontrol so, sondern bei vielen anderen NGOs auch. Ich verdiene jetzt mein Geld außerhalb von der Politik und versuche noch, mich ehrenamtlich zu engagieren und weiter zu recherchieren, doch auch das ist schwieriger geworden.

Mit Lobbycontrol hatten wir damals viele Erfolge. Unsere Stärke war es, mit unseren Positionen in die Öffentlichkeit vorzudringen – über das Internet und über Medien. Doch das wurde zunehmend schwieriger: Die fast vollständige Kommerzialisierung der Medienlandschaft trug dazu bei, dass kaum noch politische Inhalte über Medien vermittelt werden. Früher gab es ja so etwas wie politische Magazine im Fernsehen oder auch Rechercheabteilungen in den großen Printmedien. Nachdem der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Jahr 2023 abgeschafft wurde und Medien immer mehr auf Anzeigen und Klicks angewiesen waren, konnten wir mit unseren kritischen Botschaften von damals gar nicht mehr durchdringen. Kritische Berichterstattung findet heute nur noch in Nischen statt.

Öffentliche Debatten laufen heute im Wesentlichen über die Digitalplattformen – dort allerdings auch nur in bestimmten Blasen und Echokammern. Früher waren es ja auch viele kritische Menschen, soziale Bewegungen und so weiter, die das Internet nutzten, um Debatten anzustoßen und für Proteste zu mobilisieren. Heute ist das sehr, sehr teuer geworden – das liegt an den Algorithmen der Plattformen, aber auch an der Konkurrenz durch die vielen Botschaften großer Konzerne und Lobbygruppen. Für eine Demo zu mobilisieren, ist für schwächere Akteure sehr viel schwieriger geworden, für finanzstarke Akteure dafür leichter. Mit ihren Kampagnen, die auf künstlicher Intelligenz, BOTs, riesigen Datenmengen, psychologischen Tricks und aufwändig gestaltetem Design beruhen, können sie die öffentliche Meinung sehr weit steuern. Und das hat natürlich auch Rückwirkungen auf die Politik – auf politische Entscheidungen, auf Abstimmungen, Wahlen und auch Volksbegehren.

Wir haben es nicht geschafft, wirkungsmächtige eigene Kanäle aufzubauen. 2020 gab es die Initiativen, mit einem Bündnis aus NGOs gemeinsam aus Facebook, Instagram, Whatsapp und Co. auszusteigen und eine eigene Plattform zu nutzen. Aber da war zu viel Skepsis und zu wenig gemeinsames Handeln. Das ist dann irgendwie im Sande verlaufen.

Nächstes Jahr sind wieder Wahlen. Zwei Listen liegen vorne, die hauptsächlich durch zwei starke Persönlichkeiten bekannt geworden sind. Einer kommt aus der Wirtschaft, ein anderer ist durch eine Talkshow in einem privaten Streaming-Service bekannt geworden. Sie verfügen beide über ausreichend Geld, um einen aufwändigen Wahlkampf zu führen. Zu ihrem privaten

Vermögen kommt auch noch viel Wahlkampfunterstützung von Unternehmen, Verbänden und Superreichen – sie spenden direkt an die Listen oder, um verdeckt zu bleiben, finanzieren sie Wahlkämpfe durch Vereine, die das Geld einsammeln. Damit hatte vor 30 Jahren in Deutschland die AfD angefangen. Das ist nun ein übliches Verfahren. Mittlerweile profitieren zu viele Parteien und Listen von dieser Form der Finanzierung, dass es noch reguliert werden könnte. Schließlich wollen sich die Parteien nicht selbst ihre Geldhähne abdrehen.

Mit ihren Unternehmensanteilen im Digitalsektor verfügen die beiden Kandidaten auch über die nötigen Daten und Technologien, um zielgerichtetes Campaigning über das Internet und andere Technologien zu führen. Die Wahlbotschaften werden – ähnlich wie Werbebotschaften – nach Zielgruppe ganz genau ausgewählt. Teilweise sind sie gegensätzlich, doch das merkt kaum jemand, das ist schließlich nicht transparent. Gerade nach den großen Skandalen rund um Google und Facebook im Jahr 2020 gab es ein paar Versuche, diese Form der Wahlbeeinflussung zu regulieren, doch der Widerstand von den Digitalkonzernen und deren Lobbygruppen war zu groß.

Politiker, die nicht aus der Wirtschaftselite kommen, gibt es kaum noch. Wer kann sich schon noch ein solch aufwändigen Wahlkampf leisten? Und es kann sich auch keiner mehr leisten, sich gegen die großen Unternehmen und deren Kapitalgeber zu stellen – die Abhängigkeiten sind einfach zu groß. Es geht um Geld, technologische Ressourcen und Daten – letzteres liegt vor allem bei den Konzernen und nicht beim Staat.

A propos Staat – an einer Stelle ist er dann doch recht mächtig. 2024 während der EM gab es in Deutschland einen großen Terroranschlag in München. Es wurde nie so ganz aufgeklärt, von wem eigentlich. Daraufhin wurden nach vielen Jahrzehnten in Deutschland wieder Notstandsgesetze erlassen. In Sachen Sicherheit gibt es viele Indizien dafür, dass der Verfassungsschutz inzwischen mit den Digitalkonzernen kooperiert. Damals haben ja die NSU-Geschichten schon gezeigt, dass die Verfassungsbehörde außerhalb der demokratischen Kontrolle standen und sich verselbständigten. Es ist nicht genau nachzuweisen, aber es ist offenbar noch extremer geworden.

Manchmal frage ich mich: Leben wir überhaupt noch in einer Demokratie? Rein formal – zumindest im Sinne einer liberalen Demokratie schon. Es gibt ja Wahlen, es gibt eine Regierung, es gibt den Bundestag. Ja, es wurden sogar Elemente direkter Demokratie eingeführt. Doch die Institutionen erschienen mir immer mehr als Hüllen. Dass die wichtigen politischen Entscheidungen im Bundestag fallen, ist ja schon seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr so. Aber auch die Regierungen und Verwaltungen haben sich selbst immer mehr abgeschafft: Die wichtigen Entscheidungen fallen in Expertenrunden, Kommissionen, internationalen Institutionen, die weitgehend frei von demokratischer Kontrolle sind. Bevor ein Gesetz ausgearbeitet wird, gibt es verschiedene Gremien, in denen Unternehmensvertreter formelle Mitsprache- und Vetorechte haben. Die eigentlichen Beratungen finden hier statt, Parlamentarier haben längst nicht genug Informationen und Kapazitäten, um da mithalten zu können. Und wenn es noch politische Debatten im Bundestag gibt, sind die mittlerweile so verroht, dass wirklich niemand mehr zuhören will.

Was aber vor allem fehlt, ist das, was eine funktionierende Demokratie auch unbedingt braucht – nämlich das aktive Engagement vieler Menschen. Doch das gibt es kaum noch. Es ist schon seit Jahrzehnten von Politikverdrossenheit die Rede. Doch heute sieht es noch viel schlimmer

aus. Ja, es gibt immer mal wieder Begeisterung für einige populäre Kandidaten und Politiker – die werden dann gefeiert wie Popstars, gleich welche politischen Positionen sie vertreten. Doch ansonsten herrscht viel Frust vor, und Hoffnungslosigkeit. Gerade von den Ärmern gibt es kein Vertrauen mehr, dass Politiker oder Politikerinnen irgendetwas in ihrem Sinn entscheiden würden. Ja, auch zurecht. Politische Entscheidungen zugunsten von mehr Gleichheit, mehr Umweltschutz oder Verbraucherschutz gibt es kaum.

Und wo soll es auch herkommen? Früher wurde ja in den Schulen noch Politik unterrichtet. Dann wurde das Fach Wirtschaft eingeführt und hat mittlerweile das Fach Politik in allen Bundesländern verdrängt. Und Wirtschaftsunterricht heißt, dass Schulkassen hier früh in die Wettbewerbslogik eingeführt werden und schon früh auf Selbstvermarktung hin erzogen werden. Schon in der fünften Klasse gehört es zum Lehrplan, das eigene Instagram-Profil auf bessere Jobchance zu optimieren. Unternehmen sind an den Schulen sehr präsent – nicht nur mit Werbebotschaften, sondern auch mit Lobbybotschaften. Seit einigen Jahren gibt es immer mehr Schulen, die nach Unternehmen benannt sind. Im Freundeskreis geht ein Kind jetzt auf die Mark Zuckerberg-School. Die hat einen sehr guten Ruf, weil sie vor allem im Bereich Digitales sehr gut ausgestattet ist. Die Kinder werden dort, aber auch an anderen Schulen früh an digitale Medien herangeführt – das ist ja nicht per se schlecht, aber es geht dabei vor allem um Selbstoptimierung und -profilierung. Politische Bildung kommt dabei zu kurz.

Das ist spürbar in NGOs, politischen Vereinen, Bürgerinitiativen oder gar sozialen Bewegungen, bei denen nur noch wenige junge Leute mitmachen. Auch die enorme soziale Spaltung der Gesellschaft führt dazu, dass wenige sich wohl fühlen und die Politik beherrschen, während der Rest abgehängt ist. Früher hat so etwas ja mal zu Protesten, Aufständen oder ganz früher sogar zu Revolutionen geführt. Doch heute werden diese Abgehängten mit Bspäßung abgelenkt, Internetsucht ist zu einem der größten sozialen Probleme geworden. Früher hieß es Politikverdrossenheit – heute haben wir es eher mit völliger Passivität und Apathie zu tun. Die wenigen Leute, die sich jetzt noch engagieren, tun das bei der AfD und deren verschiedenen Gruppen, die immer mal wieder ein paar neue Sündenböcke durchs Dorf jagen. Das ist mittlerweile nicht mehr anrühlich, nachdem die AfD nun seit über 30 Jahren konstant Parlament sitzt.

Die meisten meiner Generation sind resigniert, innere Emigration sozusagen. Und die Jüngeren wissen ja kaum noch, was politischer Protest und Engagement überhaupt ist. Ihnen fehlen auch die Schlüsselmomente, in denen sie sich als selbstwirksam erlebt haben, eine Gemeinschaft erfahren haben, gemeinsam über Werte diskutiert haben. Damit fehlen Demokratie-Lernorte, Übungsfelder, gelebte Utopien – und die Erfahrung von Gemeinschaften, gemeinsamen Werten und Reflexionsfähigkeiten.



Ländlicher Raum und Urbanisierung

Anmerkung: Bei diesem Text handelt sich um ein fiktives Zukunftsszenario im Rahmen der Konferenz Schöne Neue Welt (www.snw2048.de). Der Text spiegelt nicht unbedingt die reale Meinung der Vortragenden wieder, die hier eine Rolle eingenommen haben. Die Szenarien orientieren sich an der fiktiven Zeitleiste, die den roten Faden für alle Szenarien bildet und auf der Website zu finden ist.

Der folgende Text stellen nur die Eingangsstatements dar. Im Anschluss folgte eine Diskussion zwischen Plan A und Plan B sowie eine Auseinandersetzung mit den Teilnehmenden.

Plan A

Demokratie

Nachdem der bundesweite Volksentscheid 2025 der Demokratie-Bewegung Rückenwind bescherte, wuchs der Wunsch, auch „weiter unten“ mehr mitentscheiden zu können.

Die Kompetenzen der Stadtteil/Kiez-Strukturen wurden wieder ausgeweitet, die Mitgestaltung durch Bürgerinnen und Bürger auch auf dieser Ebene kann auf vielfältige Erfahrungen zurückblicken.

Trotz Gebietsreformen passiert auch mehr Mitgestaltung auf Ebene einzelner Dörfer. In mehreren Bundesländern wurden zwischen Dörfern und ihren Gesamtgemeinden neue Kompetenzaufteilungen vorgenommen.

Ernährung / Lebensmittelproduktion

In den Städten hat sich die Beziehung zu Lebensmitteln deutlich gewandelt: Urbane Gärten und essbare Städte, Stadt-Imkereien und vertikale Gärten sind allgegenwärtig.

Ergänzende Versorgung nach dem DIY-Prinzip ist eine Selbstverständlichkeit in rund 70 Prozent der Haushalte. Seit wenigstens 15 Jahren führte das zu dem von Ethnologen

erwarteten Effekt, dass die Wertschätzung von Lebensmitteln messbar gestiegen ist, während die Bereitschaft zunahm, eingesparte Euros für Lebensmittel hoher Qualität und besonders regionaler Herkunft aufzuwenden.

Und so kam das: Die Dürreperioden von 2018, 2020, 2021 und der internationale Pestizid-Skandal 2024 entfachten breite Proteste. Die Kultusministerkonferenz 2031 beschließt auch angesichts bundesweiter Kinder-Demos:

„Lebensmittel anbauen und verarbeiten“ wird Schulfach in sämtlichen Bundesländern und es gibt Kurse dazu in den Kindergärten.

Das Höfesterben ist gestoppt. Solidarische Landwirtschaft ist raus aus der Nische: Beinahe 25 Prozent der Betriebe funktionieren heute so.

Und so kam das: „Wir brauchen jeden Hof!“- Vielfalts- und Struktur-Erhaltungsprogramme in Bund und Ländern entstanden, nachdem sich endlich Bauern und Konsumenten zusammenschlossen. Ein Auslöser war die Erschütterung 2020 über die massive Suizidwelle unter Bauern in Frankreich aber auch in Deutschland.

Erstmals demonstrierten im Januar 2020 über 100.000 Menschen bei der Demo „wir haben es satt“. Die Erschütterungen kosteten den kompletten Vorstand des Deutschen Bauernverbandes seine Posten und beendete die Ära einer Bauernvertretung, die in Wirklichkeit nur wenigen besonders großen Betrieben und der Agrarindustrie nutzte. ** Hofübergabegesetze verändert.

Regionale Märkte mit rund 80 Prozent Lebensmitteln aus der Region haben die großen Lebensmittelhandelsketten abgelöst. Lidl hat sich aufgelöst, Edeka besinnt sich wieder auf seinen genossenschaftlichen Ursprung, Rewe und Aldi verloren massiv Marktanteile.

Und so kam das: Das seit langem auflagenstarken Magazin „Landlust“ erlebte in den 20er Jahren eine der massivsten Protest-Kampagnen. Der Vorwurf, das Blatt verschärfe Unverständnis über Landwirtschaft führte zum Wechsel der Chefredaktion und einem ganz neuen Konzept. Die Auflage blieb – das Magazin und auch seine Nachahmer – nahmen in den folgenden Jahren relevant Einfluss auf die Betrachtung des Landlebens, das Verständnis von Landwirtschaft und sogar Ansiedlungsentscheidungen.

Es ist gelungen, den Konsum von Fleisch, Milchprodukten und Eiern um 58 Prozent zu senken.

Und so kam das: Greenpeace hatte schon 2017 publiziert. Das 60 Prozent-Ziel ist noch nicht erreicht, aber hier griffen Ordnungspolitik und Protest sowie neue Vermarktungsstrategien ineinander.

2027 die GAP-Reform 2027 stellt wichtige Weichen für vielfältige, umweltschonende Produktion zum Nutzen von Umwelt und Menschen. Explizit aufgenommen ist die Reduktion der Tierzahlen und die Förderung des Umbaus der Tierhaltung

Arbeit

Die Digitalisierung hat die Arbeitswelt verändert. Die 30-Stunden-Woche ist seit 10 Jahren Alltag. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zu einer Grundlage eigentlich sämtlicher Arbeitsverhältnisse geworden. Viele Menschen haben mehr Zeit - in der Stadt und auf dem Lande. Es gibt deutlich mehr Arbeit in der Peripherie. Zunehmend entstehen in den Kleinstädten Gründerzentren und zwar sowohl welche im IT-Bereich mit überregionaler und internationaler Zielgruppe, als auch Dienstleister und Handwerker-Kooperations-Projekte.

Uns so kam das: Repressionsfreies Grundeinkommen schon 2026 einer der ersten erfolgreichen Volksentscheide nahm Existenzängste.

Erfolgreiche Kampagne von Kirchen und Sozialverbänden: „Arbeiten und Aufwachsen in der Kleinstadt“. Über 800 Kleinstädte meldeten schon Ende der 20er deutlichen Einwohnerzuwachs.

Kultur- und Bildungsangebote nehmen deutlich zu.

Per Volksentscheid wurden die Landärzte-Förderstipendien auf Land-Lehrer*innen ausgeweitet - neue Vielfalt in der Schul-Landschaft.

Die bundesweite Arbeitsplatz-Offensive des Mittelstandes und der Start-ups ab Mitte der 20er Jahre haben die Zahl attraktiver Arbeitsplätze in Kleinstädten beinahe verdoppelt.

Mobilität

Insgesamt legen die Menschen weniger Wege zurück: Das liegt sowohl am deutlichen Rückgang der Pendlerzahlen und -streckenlänge als auch an attraktiveren Einkaufs- sowie Kultur- und Bildungsangeboten in Kleinstädten und „Speckgürteln“ rund um die Städte.

Und das kam so: Auf dem Land wirken sich der Boom der Dorfkulturprojekte und Mehrgenerationen-Begegnungshäuser positiv aus: Der Druck, zu Freizeitwecken in die Städte zu kommen, hat nachgelassen, ältere Menschen und Familien mit kleinen Kindern loben die Qualität der neuen sozialen Netzwerke.

20er Jahre: Genossenschaftsläden erobern sich die Dörfer zurück. Die Wege zum täglichen Einkauf des Grundbedarfs werden wieder kürzer.

Zugleich legen die Menschen ihre Wege weitaus stärker in modernen öffentlichen Verkehrsmitteln zurück.

Und das kam so: Modelle kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs sind in den meisten Städten zur Selbstverständlichkeit geworden.

Die Nahverkehrsnetze sind ausgebaut und konsequent vertaktet worden. Auch der Weg ins Nachbardorf ist auch für Omi kein Problem mehr.

Wohnen

Das Wohnen ist den Großinvestoren entrissen.

Mietwohnungen befinden sich zu etwa je einem Drittel in der Hand der Kommunen, von Genossenschaften sowie von Privatvermietern, die maximal 100 Wohneinheiten besitzen und vermieten dürfen. Genossenschaften dürfen eine Maximalgröße von 1.000 Wohneinheiten nicht überschreiten.

Das kam so:

2024: Die Mietstreik-Bewegung erreichte enorme öffentliche Wirkung: ihr kämpferischer Zweig in den Städten zahlt monatelang Mieten auf Sperrkonten und veranstaltet rund um die bestreikten Häuser Informations- und Protest-Veranstaltungen.

Mieter in allen Großstädten

Nach Skandal um Vonovia folgt deren Aufteilung und Übernahme in vor allem genossenschaftlich organisierte Modelle. Kartellrechtliches Vorgehen gegen weitere Großinvestoren stoppt die Konzentration am Wohnungsmarkt.

Der zaghaft nach der Finanzkrise von 2008 begonnene Trend zur Re-Kommunalisierung setzt sich fort und wurde in den 30er Jahren tonangebend.

In einem großen „Wohn-Ratschlag“ 2030 kam es zum Schulterchluss von Genossenschaften und Kommunen. Unter anderem mittels Erbpachtverträgen erreichen Kommunen langfristige Sozialbindung und behalten Eigentumsrechte. Viele Wohnungsbestände bleiben aber auch in öffentlicher Hand. Insgesamt ist klar: An hohen Grundstückspreisen dürfen Wohnprojekte nicht scheitern.

Sozial und ökologisch

Der Schulterchluss der Klimapolitik mit der Sozialpolitik hat eine „sozial-ökologische Bauwende“ vorgebracht. Wo Neubauten entstehen, sind nachwachsende Rohstoffe und geringer Energieverbrauch bei ihrer Herstellung zu Kriterien der Wohnungsbauförderung geworden.

Nachträglicher Ausbau von Dachböden mit ökologischer Dämmung bei gleichzeitiger langfristiger Sozialbindung hat attraktiven Wohnraum ohne zusätzliche Versiegelung und Zersiedelung geschaffen.

Verdichtung und Ökologisierung hat funktioniert – und zwar sozial und kreativ:

In einem großen Kraftakt entwickelten in den 20er Jahren Recht-auf-Stadt-Gruppen zusammen mit einem Ausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindetages ein Programm mit attraktiven Förderungen, Beratungen und (sinnvoll) reduzierten Brandschutz-Auflagen. Es wendet sich an private Vermieter und Genossenschaften sowie Eigenheimbesitzer, die zusätzliche Wohneinheiten zu schaffen.

Ein Trend zur Kleinstadt und hoch attraktive Dörfer mit lebendiger Infrastruktur und starker Nachbarschaft haben dazu beigetragen, den Druck von den Metropolen zu nehmen.

Hinzu kam aber die Entscheidung, dem Vorbild Wiens folgend soziale Wohnungsvermietung gemeinnützig zu machen und somit die Preissteigerungs-Spirale in den meisten Städten zum Stillstand zu bringen. Die Mieten sind seit 10 Jahren nicht mehr gestiegen.

Und das kam so:

Modell-Dörfer wie Heckenbeck bei Bad Gandersheim, Jühnde bei Göttingen und Westen im Aller-Weser-Dreieck inspirierten schon in den 20er Jahren über 500 kleine Ortschaften, neues Dorfgemeinschaftsleben zu entwickeln.

Die Kleinstädte sind hip: Die größere Übersichtlichkeit kommt sowohl Familien mit Kindern als auch alten Menschen entgegen. Sie erleichtert das Gestalten einer eigenen Work-Life-Balance. Tatsächlich loben die Kleinstadt-Fans die Vorteile aus Stadt und Dorf: Man kennt sich noch und rutscht nicht so leicht in die Anonymität ab, dabei gehört Weltoffenheit und viel Mitmach-Kultur zum Selbstverständnis der meisten Kleinstädte.

Auch einige „Wüstungen“, tote Dörfer in der ehemaligen Grenzregion, sind wieder gefragt und wurden feierlich 2019 – 40 Jahre nach dem Fall der Grenze – wieder bezogen. Die Flucht aus den ostdeutschen Bundesländern ist vorbei.

Nach Konferenz über „rural gentrification“ werden Förderprogramme für bisher schwach entwickelte Dorfstrukturen aufgelegt.

Lebensformen

Vielfalt ist hip! Das gilt auch für Lebensformen. Wer Lust auf ein Leben in einer klassischen Kleinfamilie hat, findet einigermaßen bezahlbaren Wohnraum in den Städten und auf dem Lande.

Während sich seit Jahrzehnten der Anteil der Menschen in Paar- und Familienwohnungen ungefähr hält, hat das Wohnen in nach Interessen und Sympathie gebildeten „Single-Gemeinschaften“ eine neue Bedeutung gewonnen. Diese Lebensform wird von vielen als ideal erachtet, weil sie mit reduzierter Verbindlichkeit, aber trotzdem täglicher sozialer Interaktion zu sehr vielfältigen Lebensentwürfen passt. Sie reduziert den ökologischen Fußabdruck deutlich und wird in Vergleichsstudien als befriedigender und dem Wohlbefinden und der Gesundheit zuträglicher als das Wohnen in Kleinfamilien-Einheiten bezeichnet.

Eine relevante Rolle spielen auch (Wahl-)Großfamilien. Sie wurden stark beeinflusst durch die Bewegung junger Geflüchteter, die in den 20er Jahren die Chance auf gegenseitige Hilfe, vielfältig gestaltete Integration und einem Sieg über die Einsamkeit auf dem Land erkannten und im Austausch mit Single-Gemeinschaften (aber natürlich auch anderen Dorf-Bewohnern) diese Wohnformen weiter gestalteten. Oft leben hier Familien mit Singles zusammen, man teilt Infrastruktur, unterstützt sich gegenseitig und profitiert von gemeinsamen Anschaffungen und gemeinsam bewältigter Instandhaltung auch größerer Anwesen.

Während in den Städten nach wie vor viele kleine Appartements individuelles Wohnen für Singles ermöglichen und auch auf dem Lande Allein-Wohnende auf ihre Kosten kommen, ist das „ehemalige Familienhaus“, in dem nur noch ein älteres Elternpaar wohnt, deutlich auf dem Rückzug.

Städtische Wohnprojekte sind besonders begehrt, die auf relativ engem Raum viele verschiedene Möglichkeiten des Wohnens anbieten.

Neue soziale Netzwerke: Von Kinderbetreuung bis Hausaufgabenhilfe haben die Mehrgenerationen-Kontaktbörsen im Internet zusammen mit den neu aufgelebten bunten Brettern in den Mehrgenerationen-Einrichtungen einen festen Platz im Leben von Millionen Menschen.

Das „Oma-Manifest“ der Berlinerin Luise Goldmann führt 2022 zu einer international beachteten Konferenz gegen die Einsamkeit des Internets.

Kultur & Freizeit

Die Städte sind nach wie vor Orte bunter und vielfältiger Kultur- und Freizeitangebote. Nach einer Phase zunehmender Kommerzialisierung hat sich der Anteil selbstorganisierter bzw. nicht-kommerzieller Angebote und Veranstaltungen wieder stark erhöht.

Das kam so: Soziologen bringen das in Zusammenhang mit dem Aufstand der Ehrenamtlichen 2026–2027. Damals organisierten engagierte Bürgerinnen und Bürger verschiedenster Vereine Protestmärsche „gegen die Scheinheiligkeit“. Vor der Bundestagswahl 2028 nahmen die stärksten Parteien dazu alle Aspekte in den Wahlprogrammen auf – vor allem im sozialen Bereich wurden daraufhin wieder Stellen geschaffen, die schleichend an Ehrenamtliche übertragen worden waren.

Auf dem Lande: zunehmend vielfältig, wobei für viele Menschen „Platz haben“ und „Entschleunigung“ ein Motiv bleibt, auf dem Land zu leben und sich dort gezielter Kulturangebote auszusuchen.

Wichtige Veränderungs-Impulse:

- Katastrophe und Protest wie bei Fukushima
- Starkes Votum für Veränderung aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft (FCKW-Kühlschrank und andere FCKW-Produkte)
- Regierung und Wirtschaft: Neue Perspektiven, neue Märkte (Energiewende)
- Starke Konflikte in Bevölkerung und Eliten, kombiniert mit Protestbewegungen
- Alternativen, die überzeugen
- Trends und Modehypes – aus denen mehr wird (Veganismus)

- Dynamiken aus guten Antrieben, mit so manchem (kapitalistischem) Haken (Bio-Bewegung)

Plan B

Ernährung / Lebensmittelproduktion

Die Ernährung in den Städten erfolgt überwiegend im Rahmen von öffentlichen Mensas und kommerziellen Gastro-Küchen. Zur optimierten Versorgung der knapp gewordenen Nahrungsmittel ist die individuelle Versorgung weitgehend eingestellt worden.

Unabhängig von den jeweiligen Speisekarten müssen alle Gastro-Zentren ihre Angebote in den drei gängigen Nahrungsmittelklassen (laborerzeugt, genetisch optimiert und biologisch) anbieten.

Der Nestlé-Kellogg's-Kraft-Konzerngruppe (NKK) hat sich den größten Marktanteil der laborerzeugten Lebensmittel gesichert und großflächige Produktionsstätten im Umland fast aller großen Metropolen errichtet, um die Transportwege möglichst kurz zu halten.

Die „Happy-Mead“, ein Joint Venture von Bayer und Wiesenhof, bietet inzwischen genetisch optimiertes „Fleisch“ aus künstlicher Produktion an. Die strengen Haltungsverordnungen und die staatlich regulierte Futtermittelbegrenzung haben die Massentierhaltung fast zum Erliegen gebracht. Entsprechend der Richtlinien zur regionalisierten Wirtschaftsentwicklung wurden viele Fleischlabore in den Umkreis der großen Metropolen verlagert. Die für die Fleischproduktion genutzten Proteine werden hauptsächlich von den riesigen Soja- und Lupinienfeldern im Umland der Städte gewonnen.

Urbane Farmen, Stadtimkerei, und horizontale Gärten haben sich in vielen Städten etabliert und werden im „Urban-Nature-Programm“ aus dem Nachhaltigkeitsfonds gefördert. Das Förderkriterium „wirtschaftliche Nachhaltigkeit“ wird in der Regel durch Produkt-Abnahme-Vereinbarungen mit den Gastro-Lieferfirmen der Regionen erfüllt. Demnach müssen 75 Prozent der biologisch erzeugten Produkte in den lokalen Wirtschaftskreislauf eingebracht werden. Im Gegenzug sichern die Gastro-Lieferanten die langfristige Zahlung von Nutzungspachtzinsen an die Grundstücks- und Gebäudekonsortien zu.

Die traditionelle und konventionelle Landwirtschaft ist fast völlig verschwunden. Vor allem in peripheren Regionen hat sich ein Netz von Bio-Bauernhöfen etabliert, die aber wegen der teuren Transportkosten weitgehend von den städtischen Märkten abgeschnitten sind. Wichtigste Einkommensquelle sind inzwischen die Unterbringung und Versorgung der obligatorischen Land-Feld-und-Wiesen-Wochen der städtischen Schulklassen der Klassenstufe 3 bis 7.

Mobilität

Die belastungsabhängigen Fahrverbote für einzelne Stadtregionen, Fahrzeugtypen und Tageszeiten haben zur Deattraktivierung des individuellen Kraftverkehrs beigetragen, sodass die Zahl der Autos deutlich zurückgegangen ist. Auch die Preissteigerung der Parkzonen und die Aufhebung der bis 2025 bestehenden Pflicht zu obligatorischen Stellplätzen und Garagen bei Neubauprojekten hat zur Reduzierung des Verkehrs beigetragen.

Trotz des Ausbaus und der Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs konnten die Infrastrukturen die gestiegenen Passagierzahlen nicht bewältigen. Mit der Ermächtigung der Städte eigene Verkehrsaufkommenregulierungsverordnungen (VaR-VO) zu erlassen, sind die meisten öffentlichen Träger des Nahverkehrs PPP-Projekte mit Onlineagenturen eingegangen, die über das Knowhow für Jetztzeitpreisbildungen verfügten, um die begrenzten Fahrgelegenheiten im Höchstgebotsverfahren zu vergeben. In 70 Prozent der Verkehrszeiten wird die maximale Auslastungsquote erreicht, sodass viele ihren Alltag gezielt nach den Kriterien der Mobilitätsvermeidung organisieren.

Als kostenintensivere, aber meist verfügbare Alternativen stehen Elektrotaxis zur Verfügung. Der Markt wird von drei großen Firmen beherrscht, die regelmäßig wegen vermuteter Preisabsprachen in die Kritik geraten.

Kürzere Strecken innerhalb der Stadt werden von den meisten Menschen mit dem Fahrrad bewältigt.

In den ländlichen Regionen wurde der motorisierte Individualverkehr durch die satellitenüberwachte 50-Kilometer-Regel deutlich eingeschränkt. Der individuelle Autobesitz wurde nicht verboten, doch die maximale Reichweite von Fahrten wird begrenzt.

Fahrten von größeren Strecken müssen über private Anbieter gebucht werden und setzen in der Regel langfristige Planungen voraus, weil auch hier die Kapazitäten begrenzt sind.

Arbeit

Die Digitalisierung hat die Arbeitswelt verändert und die vernetzten Arbeitsplattformen ermöglichen eine zeit- und ortlose Zusammenarbeit. Mit dem erfolgreichen Ausbau der Breitbandversorgung in allen Stadtteilen hat sich Berlin als erste 5-Millionen-Stadt im internationalen Wettbewerb der Co-Working-Cities beworben. Mit dem größten Investitionsprogramm der letzten Dekade wurde auch das Ziel erreicht, die Dichte der Flex-Office-Hubs auf 15 je 1.000 Einwohner zu erhöhen.

Die hohen Lebenserhaltungskosten in der Stadt zwingen aber viele Berufstätigen und Selbständige zu möglichst regelmäßigen Zweit- und Drittjobs im Service-Sektor und der Care-Industrie.

Aus den früheren Leiharbeitsformen ist mittlerweile die Helfende-Hände-Plattform entstanden, bei der sich alle mit ihren jeweiligen Fähigkeiten registrieren können und regelmäßig Jobangebote in der Nähe ihres jeweiligen Aufenthaltes erhalten. Um die Zuverlässigkeit der Plattform zu sichern, gibt es verpflichtende Mindestarbeitszeiten je Woche

und Monat. Dank der vernetzten Steuerungselemente von Gebäuden, Einrichtungen und Geräten kann die Arbeitszeit minutengenau abgerechnet werden. Durch die vergleichbaren Daten können die durchschnittlichen Arbeitszeiten für alle Arbeitsschritte erfasst werden, die in die Berechnung der Arbeitsproduktivität und die Lohnberechnung einfließen.

Untersuchungen zeigen, dass Selbständige, die ausschließlich über Helfende-Hände arbeiten im Durchschnitt 55 Stunden in der Woche arbeiten.

Wohnen

Das Wohnen wird weitgehend drei großen Konzernen bestimmt, die große Teile des Mietmarktes und der Unterkunftsverwaltung untereinander aufgeteilt haben. Die gründerzeitlichen Quartiere der Innenstädte sind weitgehend in Eigentumswohnungen umgewandelt und werden selbst genutzt oder als Firmenwohnungen vergeben. Seit dem Platzen der Immobilienblase 2008 wurden die Grundstückspreise auf einen Einheitspreis festgeschrieben und sind in ihrer Entwicklung an die Entwicklung der Leitzinsen gebunden („Basel III“). Der Weiterverkauf von Wohneigentum lohnt sich seither nicht mehr, sodass es in den Innenstädten nur noch wenig Fluktuation gibt. Da die meisten Innenstadtbewohner ihr Eigentum in den 2000er Jahren auf der Basis erfolgreicher Berufskarriere erworben haben, sind die Wohnviertel von relativ homogenen Altersstrukturen geprägt und gelten aufgrund des hohen Durchschnittsalters als „Silver-Cities“.

Die in den letzten 20 Jahren neu entstandenen Siedlungen am Stadtrand und ehemaligen Grünflächen wurden als „Integrierte Resiliente Stadtgebiete“ (IRS) im Null-Energiestandard geplant und errichtet und sind durch ein in sich geschlossenes System aller städtischen Nutzungen geprägt. Arbeitsplätze, Freizeitangebote und kommerzielle Konsumangebote sind über unterirdische Verbindungsgänge mit einander verbunden, so dass auch bei ungünstigem Stadtklima (Smog, Hitze, Dauerstarkregen) ein vollständiges urbanes Leben gesichert ist. Aufgrund der Kaufkraftanforderungen für ein vielfältiges Angebot wurde eine Mindestgröße für die neuen Siedlungen von mindestens 25.000 Wohnungen festgelegt. Um eine Wirtschaftlichkeit der Baumaßnahmen und eine Leistbarkeit der Wohnkosten zu sichern, wurden die Maximalgrößen für die Apartments so festgelegt, dass der individuelle Wohnflächenverbrauch auf unter 20 m² gedrückt werden konnte. Um eine soziale Durchmischung in den Siedlungen zu sichern und zu ermöglichen, müssen mindestens 20 Prozent der Wohnungen als Mikroapartements mit 12 m² vergeben werden. Die Küchenlosen und optimal eingerichteten Kleinstwohnungen sind insbesondere bei Studierenden und neu in die Stadt Kommenden beliebt, weil der Maximalpreis auf 50 Prozent des monatlichen Mindestlohns begrenzt wird.

Die älteren Großsiedlungen haben eine unterschiedliche Entwicklung genommen: Zum einen sind da die ehemals genossenschaftlichen Wohnungsbestände, die sich zu Gated Communities der neuen Wohngilden entwickelt haben und einen qualitativ hochwertigen Wohnen für die Mitglieder einer Berufssparte garantieren. Zum anderen haben sich Low-Price-Anlagen des Discountwohnens herausgebildet, in denen vor allem Haushalte untergebracht werden, die sich am Markt nicht selbst mit Wohnungen versorgen können. Die Miethöhen errechnen sich aus der Summe der Unterkunfts-kosten, die von den Sozialbehörden pro Person ausgezahlt werden. Seit in den Europäischen Staatsverträgen die Ausgaben für Wohn- und

Unterbringungskosten auf maximal 3 Prozent des Gesamthaushalts begrenzt wurden, lässt sich eine erhaltende Bewirtschaftung der Anlagen aus den Einnahmen nicht mehr finanzieren. Der Mitteleinsatz wird fast ausschließlich zur Parzellierung der Wohnungen genutzt, um möglichst viele Personen in derselben Fläche unterzubringen. Besonders beliebt bei den Bauträgern sind box-by-box-Nutzungen, bei der möglichst viele Vollwohncontainer in die zuvor entkernten Etagen gestellt werden.

Die fortgesetzte Urbanisierung verwandelt das Umland und den ländlichen Raum in das „Hinterland“ der Städte. Im verkehrlich gut angeschlossenen näheren Umland nimmt die Suburbanisierung von Eigenheimsiedlungen große Flächen in Anspruch. In einem zweiten Ring um die Städte konzentrieren sich die industrialisiert bewirtschafteten Anbauflächen von proteinhaltigen Monokulturen für die Fleischproduktion und plantagenartig geführte Anbauflächen für Obst und Gemüse. Eine wichtige Funktion kommt dem Umland auch bei dem immer noch umweltbelastenden Recycling von Müll und Industrieabfällen zu, die trotz neuer Technologien einen großen Flächenbedarf haben. Auch die Windkraftanlagen und Sonnenergiefelder breiten sich in den Regionen um die Städte aus. Die ehemaligen Landwirte haben in einem Förderprogramm Kompensationsmittel für 10 Jahre erhalten, wenn sie die landwirtschaftliche Nutzung zu Gunsten der Energiewirtschaft aufgaben („Energiebauern“). Eine klassische Landwirtschaft auf kleinen Höfen ist die Ausnahme.

Auch in den landschaftlich attraktiven Regionen gibt es nicht genügend Arbeitsplätze und Höfe und Grundstücke werden von den Besserverdienenden aus den Städten als Wochenend-Ressorts aufgekauft und nach den Freizeitbedürfnissen der erholungssuchenden Städter ausgebaut. „Erlebnisbauernhöfe“ in der Peripherie simulieren traditionelle Formen landwirtschaftlicher Kulturtechniken für touristische Zwecke.

Lebensformen

Die Individualisierung wird durch die Anforderungen des Arbeitsalltags noch verstärkt. Sowohl die prekären Arbeitsverhältnisse am Existenzminimum als auch die erfolgreichen Karriereorientierungen in den neuen Dienstleistungen sind vom Arbeitspensum, Komplexitätsdruck und Flexibilisierungserwartungen eher familienuntauglich.

Eheschließungen und dauerhafte Partnerschaften sind eher die Ausnahme und eine mögliche Elternschaft verlagert sich in die späteren Berufsjahre. Dank der medizinischen Fortschritte und einer weiter gestiegenen Lebenserwartungen können sich auch ältere Paare noch ihren Kinderwunsch erfüllen. Mit dieser Reetablierung von klassischen Kernfamilien sind frühere Formen von sogenannten Patchwork-Familien nahezu völlig verschwunden.

Mit der Verschiebung der Elternschaft in höhere Lebensalter erweitern sich die Phasen von experimentellen Lebens- und Wohnformen. Neben den Alleinwohnenden hat sich das gemeinschaftliche Wohnen von mehreren Erwachsenen zur häufigsten Wohnform entwickelt. Insbesondere die steigenden Wohnkosten und staatliche Anreize („Kommunalka-Prämie“) haben das gemeinschaftliche Wohnen als breit akzeptierte Wohnform etabliert.

Neben den bereits bestehenden Formen der sozialen und ethnischen Segregation gewinnt zunehmend eine berufsbezogene Segregation an Bedeutung. Einerseits um die notwendigen

persönlichen Arbeitskontakte auch im Home-Office zu ermöglichen, aber auch zur Komplexitätsreduktion gesellschaftlicher Erfahrungen etablieren sich Wohnviertel bestimmter Berufsgruppen, die dann auch in den Freizeiteinrichtungen und den Flex-Office-Hubs an die jeweiligen Anforderungen optimiert sind.

Kultur & Freizeit

Kultur- und Freizeitangebote gibt es in den Städten rund um die Uhr. Gerade wegen der weitgehend flexibilisierten Arbeitsstrukturen ist eigentlich fast immer für irgendwen After-Work-Party. Die biographische Verschiebung der Familiengründung vergrößert die Nachfrage nach Freizeitkontakten. Neben den klassischen Sportangeboten haben sich insbesondere Formen des gemeinsamen Gärtnerns und Kochens als beliebte Freizeitformen etabliert.

Als Gegenbewegung zur fortschreitenden Kommerzialisierung von Musik- und Filmbranche finden DIY-Angebote einen großen Anklang. Selbstgemachte Musik, halböffentliche Streaming-Partys am Rande des Urheberrechts und auch das Experimentieren mit selbst-designten Drogen gehören zum Alltag der Städter.

An Wochenenden und in den Ferien gehören gemeinsame Erlebnisfahrten in ländliche Gegenden zum Standard. Als eine Reaktion auf den gestressten Alltag in den Städten und den oft schwierigen Umweltbedingungen wird das Natur-Erleben zu einem wichtigen Bestandteil der Erholung.

Demokratie

Die wesentlichen Entscheidungen für das Klima und die Wirtschaft werden auf der supranationalen Ebene von kontinentalen und globalen Institutionen getroffen („globale Expertokratie“). Der Einfluss von gewählten Parlamenten und Regierungen ist beschränkt, weil sich auf allen Ebenen Governance-Modelle der Kooperation durchgesetzt haben.

Insbesondere auf der lokalen Ebene (der Nachbarschaften und der Stadt) haben zivilgesellschaftliche Gruppen gute Einflussmöglichkeiten – wesentliche Rahmenbedingungen zur Führung der öffentlichen Finanzen zu Klima- und Nachhaltigkeitszielen entziehen sich jedoch einem lokalen Einfluss.